

Sachlich 1 für Internet

Fremd – na und?

Medien und interkultureller Alltag

Beiträge zur Interkulturellen Woche 1995 in Niedersachsen

Warum noch ein Preis für Journalistinnen und Journalisten?

von Gabriele Erpenbeck

Lokalzeitungen und interkultureller Alltag

Workshop für Journalistinnen und Journalisten

Einleitung

von Wolf-Rüdiger Wagner

Sprachbilder – Fremde als Medienthema

von Frank Wichert, Siegfried Jäger und Margret Jäger

Was nicht in der Zeitung steht

- Hintergründe zum kurdisch-türkischen Konflikt

von Hans-Rüdiger Hesse

Die Lokalzeitung als multikulturelles Medium

von Michael Bechtel

Nichts beschönigen – nichts verschweigen

- Die multikulturelle Wirklichkeit in der Lokalberichterstattung

von Suzan Gülfirat

Journalismus als interkultureller Dialog

- Beispiele

von Suzan Gülfirat

Gute Nachrichten sind Schlechte Nachrichten?

Zum Bild der Migrantinnen und Migranten in den Medien

von Walter Hömberg

Ereignisse der Medien-Wirkungsforschung

Die Entwicklung unserer Ideen von der Wirkung der Massenmedien

von Klaus Schönbach

Fremd – na und? Niedersachsen: Ein Land lebt mit Einwanderung, Zuwanderung und Auswanderung

Journalistenpreis der Ausländerbeauftragten des Landes Niedersachsen

Kunst als konkrete Utopie

von Peter Becker

Die Tradition der Solidarität

von Wolf Weber

Menschen im Spannungsfeld zwischen Orient und Okzident

Der 1. Preis für Canan Topçu

von Asit Datta

Nachrichtenwert hat das Außergewöhnliche

Der 2. und 3. Preis für Frank Grünberg (2. Preis) und Wilfried Hinrichs
von Wolfgang Mauersberg

Anhang:

- Canan Topçu: Türkische Familien am Deister. Die Fremde Welt ist vielen zur Heimat geworden
- Frank Grünberg: „Wir schaffen uns unsere Kultur selber“
- Wilfried Hinrichs: Aussiedler in Osnabrück

Autorinnen- und Autorenverzeichnis, Bildnachweise, Literaturhinweise, Impressum

Fremd – na und?

Medien und interkultureller Alltag

Beiträge zur Interkulturellen Woche 1995 in Niedersachsen

Warum noch ein Preis für Journalistinnen und Journalisten?

von Gabriele Erpenbeck

1975 wurde – wie es damals hieß – der *„Ausländersonntag“* gemeinsam von der evangelischen, der katholischen und der griechisch-orthodoxen Kirche in der Bundesrepublik eingeführt. Er sollte einen festen Platz im Jahresablauf haben und Gelegenheit bieten, über das Zusammenleben von Einheimischen und Fremden nachzudenken, zu diskutieren, neue Wege aufzuzeigen und miteinander zu feiern. Daraus entwickelte sich unter wachsender Beteiligung fast aller gesellschaftlichen Gruppen der *„Tag des ausländischen Mitbürgers“*, die sich jetzt zur *„Interkulturellen Woche“* gewandelt hat. 1986 wurde im Rahmen dieser Woche der *„Tag des Flüchtlings“* eingeführt.

Damals wie in diesem Jahr lautete das Motto *„Miteinander für Gerechtigkeit“*. Damals wie heute ist das für manche Ohren vielleicht zunächst etwas pastoral klingende Motto durchaus politisch gemeint. Gerechtigkeit ist zwar eine individuelle Tugend aber zu allererst ein institutioneller Beurteilungsmaßstab, der zu gerechten Regelungen in der Gesellschaft führt.

Die Stellung von Ausländerinnen und Ausländern in unserer Gesellschaft zeigt, dass wir noch weit entfernt von gerechten Regelungen sind. Der *„Asylkompromiss“* steht auf dem Prüfstand des Bundesverfassungsgerichts, weil die Rechtsgrundlagen offensichtlich zu ungerechten Ergebnissen führen, und vielleicht sogar teilweise verfassungswidrig sind; aus allgemeinen ausländerrechtlichen Vorschriften entstehen ebenso häufig Entscheidungen, die zunächst von den Betroffenen als ungerecht empfunden werden, immer öfter aber auch von denjenigen, die diese Vorschriften umsetzen müssen, nämlich von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Behörden, bei

Polizei und Grenzschutz. Ein anderer Punkt, der immer noch unzulänglich geregelt ist, betrifft insbesondere die, die seit Jahren und Jahrzehnten in der Bundesrepublik ihren Lebensmittelpunkt haben: das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht. Es wurzelt in der nationalstaatlichen Philosophie des frühen 20. Jahrhunderts und verhindert für viele, die gleichberechtigte Teilnahme an diesem Gemeinwesen. Erst die deutsche Staatsangehörigkeit manifestiert die rechtliche Integration in diesem Land, aus ihr leiten sich die politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten ab, wie das allgemeine Wahlrecht.

Der Aufbau einer gerechten Gesellschaft ist eine bleibende Aufgabe. Die Interkulturelle Woche kann Ziele benennen, Wege aufweisen und um eine Mehrheit dafür werben.

Das alltägliche Zusammenleben von Einheimischen und Fremden, von Zugewanderten und „Eingeborenen“, von Deutschen und Nichtdeutschen findet in den Städten und Gemeinden, den Wohnvierteln, Schulen, Betrieben und auch in vielen Vereinen statt. Darüber berichten mehr oder weniger ausführlich die Medien, insbesondere die Lokalredaktionen der Tageszeitungen. Dieses vielschichtige Thema interessant, informativ und kritisch aufzubereiten, ist eine nicht leichte Aufgabe. Die positiv verstandene Normalität im Alltag ist nur selten eine Reportage, geschweige denn eine Nachricht wert. Und wer einen kleinen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten von und mit Migranten – vor allem in den Ballungsräumen – hat, fragt sich manchmal, warum sich dieses so selten auf den Lokalseiten der Zeitungen widerspiegelt. Dennoch gab es den Zweifel, ob dieser subjektive Eindruck richtig sei.

Um einen zeitnahen Überblick zu bekommen, haben das Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik und Theater Hannover, die Landesmediensstelle und die Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen mit Unterstützung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten einen Wettbewerb für Journalistinnen und Journalisten ausgeschrieben zum Thema „*Fremd – Na und? Niedersachsen: Ein Land lebt mit Einwanderung, Zuwanderung und Auswanderung*“. Mein besonderer Dank geht auch an Frau Milka Pavličević von der Chefredaktion ARTE/ZDF. Sie hat zusammen mit den anderen Juroren die schwere Aufgabe gehabt, aus den guten Einsendungen die besten auszuwählen und konnte zur Preisverleihung leider nicht anwesend sein. Gefragt waren Reportagen zu den verschiedenen Aspekten des Zusammenlebens. Die Ausschreibung war begrenzt auf die Lokalredaktionen niedersächsischer Tageszeitungen und Studierende der Journalistik.

Die Zahl und die Qualität der Einsendungen war erfreulich. Sie geben einen guten Überblick über verschiedene Aspekte der Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in diesem Land. Die preisgekrönten Beiträge sind in dieser Broschüre dokumentiert. Die Preise wurden in Hannover im September 1995 im Rahmen der niedersächsischen Auftaktveranstaltung zur 20. Woche der ausländischen Mitbürger – Interkulturelle Woche vergeben.

Lokalzeitungen und interkultureller Alltag - Workshop für Journalistinnen und Journalisten

Einleitung

von Wolf-Rüdiger Wagner

„Wer 'im Bilde sein' will, wer wissen will, was es draußen gibt, der hat sich nach Hause zu begeben“, schreibt Günther Anders in den 50er Jahren mit einem kritischen Blick auf das Fernsehen. Diese Feststellung muss man auf die Medien insgesamt ausdehnen, und man kann ihr zustimmen, ohne die damit verbundene kulturpessimistische Einschätzung zu teilen. Sind es doch die Medien, die unseren Wahrnehmungs- und Erfahrungshorizont erweitern – oder erweitern könnten.

Auf die nationalen und internationalen Zusammenhänge und Ereignisse trifft dies allemal zu. Aber wie sieht es im regionalen und lokalen Bereich aus? Sicherlich spielen hier unmittelbare Erfahrungen und persönliche Kontakte eine größere Rolle. Aber letztlich sind es auch hier die Medien, die den Blick über den „Gartenzaun“ ermöglichen.

Wenn ich Hannover als mein Wohnort angebe, dann ist dies eine amtlich korrekte Auskunft, die jedoch meinen lebensweltlichen Erfahrungsraum nur unzutreffend beschreibt. Tatsächlich wohne ich am Stadtrand, in einer bestimmten Straße und Nachbarschaft, bewege mich auf wenig variierenden Wegen von meiner Wohnung zu meinem Arbeitsplatz, kaufe in bestimmten Geschäften ein. Daneben gibt es Orte in der Stadt, die ich aus beruflichen oder privaten Gründen öfters aufsuche: Kinos, Restaurants oder die Wohnungen von Bekannten. Mein privater Stadtplan ist also nicht deckungsgleich mit Hannover. Hannover als geographischen Raum kenne ich nur von Stadtplänen und Luftbildaufnahmen. Ebenso bin ich letztlich auf die Medien angewiesen, wenn ich mir ein Bild von der gesellschaftlichen und politischen Realität Hannovers machen will. Sicherlich, im Prinzip könnte ich mich selbst auf „Forschungsreisen“ zu den „weißen Flecken“ auf meiner lokalen Landkarte begeben – in der Realität des Alltags bleiben es jedoch „weiße Flecken“, wenn sie nicht durch die Lokalberichterstattung ausgefüllt werden.

Die Medien – und auch die Lokalmedien – liefern aber mehr als eine Chronik der Ereignisse, sie liefern Hintergrundinformationen, setzen Themen auf die „Tagesordnung“ und bestimmen entscheidend mit, worüber gesprochen wird und wie Probleme wahrgenommen werden. Medien konstruieren Wirklichkeit für uns.

„Konstruktion der Wirklichkeit“ ist nicht mit Manipulation gleichzusetzen. Da sich „Wirklichkeit“ nicht objektiv widerspiegeln lässt, müssen Ereignisse und Abläufe bei ihrer Vermittlung durch die Medien zwangsläufig und notwendigerweise einen Auswahl-, Gestaltungs- und Interpretationsprozess durchlaufen.

Diese Überlegungen führten dazu, sich Vorfeld und zum Auftakt der Interkulturellen Woche 1995 vor allem mit der Rolle der Tageszeitungen zu beschäftigen. Grundlagen für die Arbeiten im Workshop lieferten eine Reihe von Texten und Beiträgen, die im Hauptteil dieser Dokumentation zusammengefasst sind. Hier einige Hinweise auf angeschnittene Themen und Zusammenhänge.

Journalisten haben die Aufgabe, ihrem Publikum Sachverhalte schnell und allgemeinverständlich zu vermitteln. Zur „Übersetzung“ komplizierter Sachverhalte bietet sich der Rückgriff auf Bilder und Symbole an. Wer den Begriff „exponentielles Wachstum“ im Lexikon nachschlagen müsste, dem leuchtet die Metapher „Bevölkerungsexplosion“ unmittelbar ein, ohne sich im Zweifelsfalle jedoch darüber bewusst zu sein, welche unterschiedlichen affektiven „Aufladung“ und Nebenbedeutungen die beiden Begriffe transportieren. Im Aufsatz „Sprachbilder – Fremde als Medienthema“ – einem Beitrag aus der „Duisburger Diskurswerkstatt“ – wird

das Netz der „*Kollektivsymbole*“ nachgezeichnet, welche in der Berichterstattung über Flüchtlinge und Asylbewerber dominierten, und analysiert, welche politischen Konsequenzen es haben kann, wenn Metaphern wie „*Flut*“ und „*Invasion*“ den Interpretationsrahmen für Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen liefern.

Der Beitrag von Hans-Rüdiger Hesse beschäftigt sich aus der Sicht des Verfassungsschutzes mit dem kurdisch-türkischen Konflikt und seinen Auswirkungen auf politische Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Die Überschrift „*Was nicht in der Zeitung steht*“ zielt auf ein strukturelles Problem der aktuellen Berichterstattung. Wenn „*Fremde*“ zum Thema der Lokalzeitung werden, dann sehr oft im Zusammenhang mit Zwischenfällen, Demonstrationen, Razzien usw. Hintergründe werden in dieser Berichterstattung ausgeblendet. Ohne Informationen über Hintergründe und Zusammenhänge lösen diese Nachrichten aber nur Unverständnis und sehr häufig pauschale Abwehrreaktionen aus. Hinter den Thesen Michael Bechtels „*Die Lokalzeitung muss ein multikulturelles Medium werden*“ steht weniger eine moralische Forderung als vielmehr der Versuch einer pragmatischen Annäherung an das Thema. Bechtel will Journalistinnen und Journalisten für die „*Lokalzeitung als Medium*“ interessieren, indem er darauf hinweist, dass die zugewanderten Menschen ein ernstzunehmendes *Marksegment*“ darstellen, die als Zeitungskäufer allerdings nur gewonnen werden können, wenn sie sich in der Lokalzeitung wiederfinden – und dies nicht nur in „*Räuberpistolen*“ oder „*Rührstücken*“, sondern mit ihrem Alltag.

Welche konkreten Probleme bei der Einlösung dieser Forderung auftauchen, wird aus Suzan Gülfirats Überlegungen zum Thema „*Nichts beschönigen – nichts verschweigen – Die multikulturelle Wirklichkeit in der Lokalberichterstattung*“ deutlich. Gleichzeitig zeigen die Beispiele aus ihrer Arbeit, dass erfolgreiche Schritte in diese Richtung möglich sind.

„*Gute Nachrichten sind schlechte Nachrichten? – Zum Bild der Migrantinnen und Migranten in den Medien*“. Die Überschrift dieses Beitrags stellt die oftmals zitierte Faustregel „*Bad news are good news*“ mit Blick auf die Lokalberichterstattung bewusst in Frage. Gerade im Lokalteil der Zeitungen finden sich auch die anderen Meldungen: die Nachrichten über Feiern, Einweihungen, Jubiläen und Alltagsereignisse. Aus dieser „*Positivberichterstattung*“ werden die Migrantinnen und Migranten jedoch ausgeblendet. Wenn es um diese Gruppen geht, gelten, wie Walter Hömberg mit Blick auf die Ergebnisse einer Inhaltsanalyse von Tageszeitungen feststellt, „*die Nachrichtenfaktoren Sensationalismus, Negativismus und Konflikt*“. Hömberg bleibt in seinem Beitrag nicht bei der Beschreibung der Untersuchungsergebnisse stehen, sondern leitet aus der „*Mängelliste*“ eine Reihe von praktischen Empfehlungen für das journalistische Handeln ab. Hier werden noch einmal Forderungen an den Journalismus zusammengefasst und begründet, wie sie bereits in den anderen Beiträgen auftauchten, aber insbesondere auch auf die institutionellen und strukturellen Voraussetzungen verwiesen, die geschaffen werden müssten.

Sich mit Forderungen nach einer differenzierten Berichterstattung über den interkulturellen Alltag an Journalistinnen und Journalisten zu wenden, heißt, die Tageszeitungen wie die anderen Medien als Faktoren der öffentlichen Meinungsbildung ernst zu nehmen, ihnen Wirkungen zuzuschreiben.

Dagegen steht scheinbar die Feststellung, dass man keine allgemeingültigen Aussagen über Medienwirkungen treffen kann. Dieses Fazit aus 50 Jahren Medienwirkungsforschung verführt oftmals zu dem logischen Kurzschluss, dass Medien

und ihre Berichterstattung folgenlos bleiben. So einfach ist es dann doch nicht. Zwar sind die Medien weder allmächtig, noch sind wir ihnen hilflos ausgeliefert, aber „*Medien schaffen und beeinflussen – in Zusammenarbeit mit ihrem Publikum – unser Bild von weiten Teilen der Realität*“. Die Felder, auf denen die Medien diese Wirkung haben, und die Bedingungen, unter denen diese Wirkung im Zusammenspiel zwischen Medien und Publikum zustande kommt, beschreibt Klaus Schönbach in seinem Beitrag „*Ergebnisse der Medien-Wirkungsforschung*“. In knapper und präziser Form vermittelt dieser Beitrag einen Überblick über den Forschungsstand. Die hier getroffenen Aussagen gelten für Medien insgesamt und damit auch für die Medien im lokalen Bereich.

Wie wäre nun die immer wieder aufgestellte Forderung einzulösen, der interkulturelle Alltag in unserer Gesellschaft müsse sich mit allen seinen Facetten in der Lokalberichterstattung widerspiegeln? Bei der Positivberichterstattung auf den Lokalseiten der Tageszeitungen handelt es sich nicht um „*bestellte Berichte*“, aber die Themen und Nachrichten ergeben sich nicht zufällig, sondern sind das Ergebnis einer Fülle von Kontakten, entstehen aus einer gewachsenen Nähe und Vertrautheit. Jeder der einmal aktiv in einer Gruppierung mitgearbeitet hat, die auf ein positives Echo in der Öffentlichkeit angewiesen war, weiß, wie wichtig es ist, sich kompetent und aktiv in diesen kommunikativen Netzen zu bewegen. „*Fremd sein*“ heißt auch, außerhalb dieser „*Netze*“ zu stehen. Und hier wäre ein Ansatzpunkt, denn „*kommunikative Netze*“ wachsen nicht nur, sondern können – um im Bild zu bleiben – bewusst „*geknüpft*“ werden.

Als man im 19. Jahrhundert anfang, über die Zeitung als Massenmedium nachzudenken, sah man im Journalismus das „*Sprachrohr des Zeitgeistes*“. In den Zeitungen, meinte man, finde das „*Selbstgespräch*“ statt, „*welches die Zeit über sich selbst führt*“. Zu hoffen ist, dass aus diesem „*Selbstgespräch*“ das vielstimmige Gespräch einer multikulturellen Gesellschaft wird.

Sprachbilder – Fremde als Medienthema

von Frank Wichert, Siegfried Jäger und Margret Jäger

1. Vorbemerkung

Dieser Text steht unter der Überschrift „*Sprachbilder – Fremde als Medienthema*“. Hiermit werden gleich zwei Ebenen angesprochen, auf die ich im folgenden näher eingehen werde: Zum einen möchte ich aus diskurstheoretischer Sicht auf den Begriff „*Sprachbilder*“ eingehen und zum anderen auf die Darstellung von Fremden insbesondere in den Printmedien.

2. Rassismus aus diskursanalytischer Sicht:

Seit dem Erstarken rassistisch motivierter Gewalttaten gibt es eine Fülle von Veröffentlichungen, die der Frage nach den Ursachen für die Eskalation der Gewalttaten nachgehen. Spätestens seit der Berichterstattung um die Grundgesetzänderung des Artikels 16a Abs. II gab es zahlreiche Politiker und Wissenschaftler, die den Medien eine Mitschuld an der Eskalation der Gewalttaten gegen Flüchtlinge zuwiesen.

Wenn ich im Folgenden von der Berichterstattung der Print-Medien spreche, so fasse ich diese als einen Teil des Mediendiskurses. Unter dem Terminus „Diskurs“ verstehe ich eine Form der gesellschaftlichen Redeweise, die institutionalisiert ist, was aber nicht heißt, dass diese institutionalisierten Regeln unveränderbar wären, und, darauf kommt es mir besonders an, mit Macht verbunden sind. Wenn ich mich im Folgenden insbesondere auf die Ebene des Mediendiskurses beziehe, dann lässt sich erahnen, dass es weitere Diskursebenen gibt, wie z.B. die der Politik, Erziehung, des Alltags, usw.. Aufgrund vorangegangener Untersuchungen hat sich gezeigt, dass diese idealiter voneinander unterschiedenen Ebenen einen starken gegenseitigen Einfluss aufeinander ausüben. So werden in Medien häufig Politiker zitiert, die sich wiederum auf die BILD-Zeitung, den Spiegel oder die Zeit beziehen. Ähnliches gilt für die Ebene des Alltags, denn auch hier findet ein wechselseitiger Informationsaustausch statt (Leserbriefe, Befragungen, Zeitunglesen, etc.). Somit lässt sich der gesamtgesellschaftliche Diskurs als ein ineinander verwobenes Netz darstellen oder, um die historische Dimension des gesamtgesellschaftlichen Diskurses mit einzubeziehen, als „*Fluss von Wissen und Unwissen durch die Zeit*“ (Jäger 1993).

Zur genaueren Bestimmung des Diskursbegriffes möchte ich noch einführend darauf hinweisen, dass ein Diskurs immer durch eine Form- und eine Inhaltsseite bestimmt ist. Grob gesagt wird eine Analyse dadurch bestimmt, was zu einem bestimmten Zeitpunkt wie geäußert wird. Gerade für die Behandlung eines Themas wie Rassismus ist dies von großer Bedeutung, denn Rassismus gilt in unserer Gesellschaft ähnlich wie Antisemitismus als tabuisiert. Diejenigen, die sich rassistisch oder ausländerfeindlich äußern wollen, müssen sich deshalb in einer Weise ausdrücken, die sie nicht sofort angreifbar macht. Mit einer Diskursanalyse können diese Mechanismen transparent und durchschaubar gemacht werden. Dies ist nicht unbedeutend, denn dies kann eine wichtige Voraussetzung dafür sein, die „Verstricktheit“ einzelner Personen oder Gruppen in diesen Diskurs zu ermitteln und bearbeitbar zu machen.

Dabei möchte ich besonders auf die eigenständige Wirkung hinweisen, die vom Diskurs, hier also dem Mediendiskurs, ausgeht. Damit unterscheide ich mich von denjenigen, die die Auffassung vertreten, die Medien bilden nur die Realität ab, bzw. gäben sie in einer 1:1 Relation wieder. Diese Funktion kann zwar auch durch den Mediendiskurs erfüllt werden, wichtiger ist es jedoch den Mediendiskurs als *echte Realität*“ zu begreifen oder, wie Jürgen Link sagt, als „*Materialität ersten Grades*“. In diesem Sinne dient der Mediendiskurs als Applikations- bzw. Anwendungsvorlage, die zur Subjektfindung bzw. –bildung beiträgt und auf diese Weise maßgeblich das Handeln von Individuen beeinflusst. Als Lieferant solcher Applikationsvorgaben dienen selbstverständlich nicht nur die Medien, doch ihnen kommt innerhalb der Gesellschaft eine exponierte Stellung als Vermittlungsinstanz zu.

3. Flüchtlinge und Einwanderer im Mediendiskurs der BRD

Bereits seit den späten 70er und frühen 80er Jahren lässt sich bei den Medien eine eigentümliche begriffliche Spaltung erkennen, wenn über Flüchtlinge berichtet wird. Seit dieser Zeit nämlich geistert die neue Bezeichnung „*Asylant*“ durch fast alle Medien. Was hat es mit diesem Neologismus auf sich?

Mit dem Terminus „*Asylant*“, von dem der Sprachwissenschaftler Jürgen Link zu Recht sagt, dass es sich dabei um ein Killwort handelt, werden vornehmlich bis ausschließlich nur die Flüchtlinge bezeichnet, die aus Ländern der dritten Welt zu uns kommen, während für solche aus Osteuropa weiterhin der Begriff „*Flüchtling*“ angewendet wird.

Durch diese Terminologie wird eine Aufspaltung in gute, - berechnigte – Flüchtlinge und schlechte, - nicht berechnigte – Flüchtlinge vorgenommen. Diese Spaltung spiegelt inhaltlich auch das neue Ausländergesetz wider.

Die Flüchtlinge, das sind die politisch Verfolgten, von denen es auch nur wenige gibt. „Asylanten“, das sind die Massen, die uns bedrängen, die mit dem Grundgesetz Missbrauch treiben. Der Spiegel hat diese unterschiedlichen Zuschreibungen in seiner Titelstory vom 9.9.1991 (Nr. 37) prägnant ausgeführt. Dort heißt es in negativer Steigerung: „*Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten – Ansturm der Armen*“.

Dabei ist von Bedeutung, dass hier ein soziales Problem aufgespalten und die eine Seite ausgegrenzt wird. Dies kann sich auch deshalb vollziehen, weil das Wort „Asylant“ mit seiner Endung –ant bei der deutschen Bevölkerung negativ konnotiert ist. Wir können feststellen, dass Worte, die mit dieser Endung abschließen, im umgangssprachlichen Bereich fast ausnahmslos negative Bilder bei den Rezipientinnen und Rezipienten hervorrufen. Asylant – das erinnert an Querulant, Simulant, Sympathisant und dergleichen. Menschen, die so bezeichnet werden, werden als in die Nähe von Tieren und Ungeziefer gestellte wahrgenommen.

Die Hierarchisierung von Flüchtlingen, die mit dieser Begriffsaufspaltung vorgenommen wird, verdeutlicht auch der Artikel der angesprochenen Spiegel-Story.

Dort wird der damalige Innenminister Schäuble damit zitiert, dass er vor allem drei Personengruppen von vornherein ausschließen will, um den „*wirklich aktuell politisch Verfolgen weiterhin Schutz und Zuflucht*“ gewähren zu können. Zuerst nennt er Flüchtlinge, die bereits in einem anderen Staat Asyl beantragt haben. Zum zweiten solche, die bereits in einem anderen „*Westeuropäischen Staat rechtskräftig*“ als Flüchtlinge abgewiesen wurden. Schließlich nennt er „*Asylanten aus Ländern, in denen etwa nach einer Expertise des Bonner Außenministeriums 'keine politische Verfolgung (mehr) stattfindet'*.“ Offenbar wird, dass der Begriff „Asylant“ erst dort eingesetzt wird, wo Zweifel an der Berechnigung der Fluchtursachen angemeldet werden. Dies erklärt auch, weshalb die Verbindung von Asylant und „*Schein-Asylant*“ sich so griffig herstellen lässt.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen – ich will hier nicht behaupten, der Begriff „*Flüchtling*“ habe bei den Deutschen einen positiven Klang; mit der Aufspaltung in „*Asylanten*“ verstärkt.

Indem die Zeitungen solche Begriffe reproduzieren, tragen sie mit dazu bei, die Flüchtlinge in der Bevölkerung mit einem negativen Bild zu versehen.

Doch das ist es nicht alleine. Hinzu kommt, dass der Begriff „*Asylant*“ in eine verhängnisvolle Verbindung mit anderen Symbolen gebracht wurde und wird, die mit zur Eskalation gegenüber fremden Menschen in unserem Land beigetragen hat.

Symbole, das sind Bilder, die gleichzeitig Träger eines bestimmaren Sinns sind. Das können Bilder im Wortsinne sein, also Fotos und Karikaturen, es können aber auch Sprachbilder sein. „*Wichtig ist, dass diese Symbolik der Medien für den Großteil der Gesellschaft sofort den Effekt von 'Verständlichkeit' hervorruft und eben 'sinnvoll' erscheint.*“ (Gerhard 1992 S. 165)

Wie mit solchen Symbolen gearbeitet wird, möchte ich Ihnen zunächst an folgendem Beispiel verdeutlichen, das ich wiederum einer Spiegel-Story (15/92) entnommen habe.

Obwohl solche Statistiken sich gerade immer den Duktus von objektiver Berichterstattung zu geben versuchen, indem sie vorgeben, der Leserin und dem Leser sozusagen die „harten“ Fakten zu servieren, geschieht hier gleichzeitig wenn nicht sogar in erster Linie, etwas ganz anderes.

Wie viele andere solcher Kurvendiagramme ist auch dieses mit einem Bild unterlegt, auf dem wir ein Gewimmel von Menschen erkennen können. Wir sehen dunkelhaarige Männer, kopftuchtragende Frauen und am linken Rand eine Frau mit blondem Haar und in einem hellen Kostüm. Die Verteilung auf diesem Foto ist sinnbildlich: die Einheimischen werden von den Fremden und Flüchtlingen an den Rand gedrängt, möglicherweise sogar verdrängt. Bei den Betrachtern stellt sich eine gedankliche Verbindung zur „Flut“ her, die die Deutschen wegschwemmt. In diesem Zusammenhang wirkt dann auch die Zahl 200.000 als die imaginierte Grenze des Fassungsvermögen der BRD, die überschritten zu werden droht.

Damit ist die Flutmetaphorik angesprochen, die in der Berichterstattung über Einwanderer und Flüchtlinge eine große Rolle spielt.

Ich möchte mich nun etwas ausführlicher der damit verbundenen Kollektivsymbolik zuwenden.

Unter Kollektivsymbolen sind *„kulturelle Stereotypen (zu verstehen) ..., die kollektiv tradiert und benutzt werden.“* (Drews, Gerhard, Link 1985, S. 265) Jede Gesellschaft besitzt ein solches System kollektiver Symbolik. Positiv ausgedrückt, dient ein solches System kollektiver Symboliken dazu, dass sich die Menschen in der Welt, die den einzelnen als komplexer Zusammenhang gegenübertritt, zurechtfinden und orientieren können. Insofern dient es einerseits dazu, die Widersprüche der gesellschaftlichen Wirklichkeit zuzudecken, ein harmonisches Bild der immer gleichen Normalität der eigenen Welt zu erzeugen. Jede noch so dramatische Veränderung lässt sich symbolisch integrieren, und es lässt sich damit deutlich zwischen *„Normalität“* und *„Abweichung“* unterscheiden. In dieser Funktion kann dieses System aber auch dazu dienen, Abweichungen von der Normalität symbolisch zu kodieren und zu überhöhen. Insofern kann die Kollektivsymbolik einer Gesellschaft auch zur Mythenbildung beitragen und diese im Massenbewusstsein verankern.

Das heute in der BRD (und anderen westlichen Industrienationen) gültige, d.h. wirkende System der Kollektivsymbolik lässt sich bildlich als eine zweigeteilte dualistisch nach Innen und Außen, Oben und Unten, rechts und links entgegengesetzte Struktur darstellen. Diese Topik kann durch Serien verschiedener Symbole nun konkret *„aufgefüllt“* werden.

Vor allem für die Bereiche Innen und Außen vollzieht sich dies über verschiedenen Symbolserien. Während die Innenwelt, mit der symbolisch der Westen, aber auch nur die BRD gemeint sein kann, zum Beispiel als Flugzeug symbolisiert werden kann, gelten für die Außenwelt solche Symbole wie etwa Ungeziefer, Stürme, Fluten, Gifte etc.

Der innere Bereich kann aber auch durch ein Auto, ein Schiff, ein Haus oder eine Fußballmannschaft dargestellt werden. *„Entscheidend dabei ist nun, dass das eigene*

System stets Subjektstatus besitzt... Es ist ein Körper mit Kopf, der sich Therapien gegen die Krankheit überlegen kann, es ist ein industrialistisches Vehikel mit Fahrer, der den Fuß vom Gas nehmen kann, es ist ein Haus mit vernünftigen Bewohnern, die die Tür zumachen können, usw. Dieser Subjektstatus gilt ... nicht ... für das außersystemische Chaos als solches.“ (Link 1991)

Gerade an der Debatte über Flüchtlinge, die seit Jahren in den Medien geführt wird, lässt sich nachvollziehen, wie durch den Einsatz und den Gebrauch solcher Kollektivsymboliken in der Bevölkerung ein Bedrohungsgefühl entstanden ist, das geradezu nach verlangt die Gefahr endlich abzuwehren und nun endlich – möglicherweise auch gewaltsam – dagegen vorzugehen.

Die Flut-Metapher, in diesem Kontext die „*Asylantenflut*“, habe ich bereits angesprochen. Dieser Symbolkomplex ist in der Presse ganz besonders häufig anzutreffen.

Am 8.8.1991 lautet eine Überschrift in der WELT: „*Schäuble: Asylantenflut stoppen*“. In der FAZ wurde der Kommentar vom gleichen Tag überschrieben mit „*Uferlos geht es nicht*“.

Auch mit Hilfe von Karikaturen wird diese Metapher an die Leserinnen und Leser herangetragen.

Besonders auffallend ist dies dem Spiegel gelungen, der das Titelbild mit der bereits angesprochenen Titel-Story mit einem hoffnungslos überfüllten Boot, das zudem noch auf die Arche Noah angespielt, aufmacht. Hier ist es das „*Schiff*“, das gleichzeitig auch als „*unser Dorf, unsere Stadt*“ oder „*unser Haus*“ gelesen werden kann, das in der Gefahr steht, überflutet zu werden. Diejenigen, die in diesem Haus, auf diesem Boot sitzen, sehen sich der Gefahr des Untergangs in den Fluten ausgesetzt.

Damit wird aber gleichzeitig auch eine Handlungsanweisung angesprochen, die da heißt: Das Boot ist voll, Schotten dicht. Die hier benutzte Symbolik legt gleichsam bestimmte Haltungen und Verhaltensweisen nahe. Daraus kommen auch diejenigen nicht heraus, die mit der gleichen Symbolik gegen solche Abschottungen argumentieren, indem sie sagen: „*Das Boot ist noch nicht voll.*“ Diese Argumentation greift zu kurz. Die WELT begegnet solchen Auffassungen in einem Artikel vom 10.8. auf folgende Weise: „*Natürlich ist rechnerisch „das Boot noch lange nicht voll“. Wir sind, gemessen am Gros der anderen, immer noch ein reiches Land. Aber Chaos und Panik können auch ein halbvolles Boot zum Kentern bringen.*“

Bezogen auf die Kollektivsymbolik muss dies folgendermaßen gelesen werden: Normalerweise gehen halbvolle Boote ja nicht unter. Wenn sie jedoch chaotischen Verhältnissen ausgesetzt sind, gibt es keine klaren Gesetzmäßigkeiten mehr, dann können sie trotzdem absaufen.

Doch die Flüchtlingsdebatte in der BRD wird nicht nur mit der Flut- und Boot-Symbolik in den Medien geführt. Hinzu kommt der militärische Symbol-Komplex, mit dem diesen Menschen begegnet wird.

In der WAZ vom 8.8.91 heißt es in einer Überschrift „*Flüchtlinge sammeln sich an den Grenzen Westeuropas.*“ Und die WELT-Überschrift vom 3./4.8.1991 erinnert den Leser sofort an Kriegsberichterstattung: „*Schäuble plant Abwehr illegaler Einwanderer, Lage*

an den Ostgrenzen verschärft.“ Auch in der Frankfurter Rundschau lassen sich im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte Begriffe auffinden wie „*Einfallsroute*“, und es ist vom „*Hinterland*“ die Rede. Der Spiegel berichtet von der Forderung „*Soldaten an die Grenzen*“ vom „*Einsatz von Militär, ...um den Ansturm abzuwehren*“ sowie von Schäubles Forderung nach einer „*umfassenden Abwehrstrategie*“.

Auch in Schaubildern wird dieser Zusammenhang dann und wann nahegelegt.

Der Effekt solcher Symbole ist deutlich: Flüchtlinge und Einwanderer werden zur militärischen Bedrohung, zur feindlichen Armee, die die Bundesrepublik bzw. Westeuropa belagert.

In diesem Zusammenhang passt auch das Symbol der „*Bombe*“: „*Noch mehr Asylanten in einer Stadt – ein Sprengsatz*“ so ist es im Spiegel nachzulesen. (Nr. 30/91 vom 30.9.1991).

Eine weitere Verknüpfung finden wir dort, wo Flüchtlinge und Einwanderer neben der Flut-Metaphorik in den Zusammenhang von Schleppern und Schleusern gestellt werden. Die Einreise von Flüchtlingen stellt sich auf diese Weise dar wie das Einschleppen gefährlicher Krankheiten.

Entscheidend für den Einsatz und die Wirkung von Kollektivsymbolen ist aber nicht allein, dass sie aufgrund ihrer bildlichen Logik Handlungsanweisungen nahe legen können. Hinzu kommt, dass verschiedene Kollektivsymbole durch Bildbrüche miteinander verkoppelt werden können, ohne dass die Verständlichkeit des Gesagten dadurch beeinträchtigt würde. Es ist ohne weiteres möglich, innerhalb einer thematischen Abhandlung das Symbol des Hauses mit dem des Flugzeugs oder der Eisenbahn zu verbinden. Dies ist deshalb möglich, weil die Symbole innerhalb des synchronen Systems der Kollektivsymbolik ähnliche Positionen einnehmen und daher semantisch äquivalent funktionieren können.

Ein Beispiel, bei dem die Bildspender der Kollektivsymbole mehrfach ausgewechselt werden, ohne dass dies als Stilbruch oder unlogisch erscheint, bietet der Artikel aus der FAZ von Sybille Tönnies (17.11.1992): „*Muss Asyl ein Grundrecht bleiben?*“

„Einer Bevölkerung, die sich vor Invasion geschützt fühlt, kann die Verantwortung für das Elend der Welt leichter nahegebracht werden, als einer solche, die Angst vor einer Überschwemmung durch die Notleidenden hat. Es gibt genug zu tun für Ausländerfreundlichkeit, auch wenn man die Fremden nicht mehr ans Knusperhäuschen heranlockt, es gibt Größeres zu tun, als ihnen einen Platz in dessen Käfig auf dem Hinterhof zu garantieren: es gilt, den Rückbau des aus zu billig eingekauften Kakao gebauten Schokoladenhäusern in Angriff zu nehmen und das Gebäude durch eine anständige Unterkunft zu ersetzen, die nicht diejenigen mehr anlockt, durch deren Ausbeutung und Schindung der Bau des Hauses möglich war. Nur weil man den chaotischen Zustrom durch eine bewusste Fremdenpolitik ersetzen will, verliert man seine vom Linkssein herübergerettete Identität keineswegs...“

Zunächst bedient sich Sybille Tönnies der Militär-Symbolik, dann der Flut-Symbolik, schließlich der Haus-Symbolik, um endlich zur Flut-Symbolik zurückzukehren.

Solche Kopplungsmöglichkeiten innerhalb der Kollektivsymbolik haben einen integrierenden Effekt. Sie wirken durchaus plausibel, obwohl sich durchaus mit ihnen

Widersprüche verdecken lassen. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, dass die Kollektivsymbolik sich „*wie ein Netz über die Diskurse ziehen und ihnen außerordentliche Festigkeit verleihen*“ kann (Jäger 1993b, S. 161)

Ein besonderes drastisches Beispiel hierzu hat uns die Bild-Zeitung geliefert: In einem Interview mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei wird dieser nach einer „*Asylantenpolizei*“ gefragt. Seine Antwort: Diese brauche man ebenso wenig wie eine „*Aids-Polizei*“.

Symbolisch vollzogen wird die Gleichsetzung von Flüchtlingen und Rauschgift in der ZEIT vom 16.8.1991, wenn sie aus Frankreich berichtet: „*Angst vor der Überdosis*“.

All diese Beispiele zeigen, dass die verschiedenen Symbole nicht isoliert von einander funktionieren, sondern in einem Zusammenhang stehen. Ute Gerhard aus der Diskurswerkstatt Bochum kommt in ihrer Analyse der Medien zu folgendem Ergebnis, dem ich mich gerne anschließen möchte: Es „*bilden die in den Medien zum Thema Asylstereotyp wiederholten Symbole eine Kette von Äquivalenzen, aufgrund der sich die folgenden Analogien ergeben. Die Bundesrepublik ist im Verhältnis zu Flüchtlingen und Einwanderern wie eine 'Insel', ein 'Land' ohne 'Damm' angesichts von Fluten; wie ein 'Boot', in den 'Fluten' mit 'geöffneten Schotten' bzw. 'Undichtigkeiten', wie ein Land, bei dem trotz einer 'Belagerung' bzw. 'Invasion' die 'Einfallstore' weit offen stehen, wie ein 'Haus', in dem ein 'Strengsatz' deponiert wird; wie ein 'Körper', der von 'Krankheiten', 'Giften', wie z.B. 'Drogen' bedroht ist; wie ein 'Haus' mit 'nicht funktionierender Tür' bzw. 'Tor' angesichts des 'Riesenandrängens' bzw. 'Ansturms' und schließlich wie eine 'Oase der Ordnung' die bedrängt wird von der 'Wüste des Chaos'*“ (Gerhard 1992, S. 170).

Hier wird ein Bild entworfen, das ein Subjekt in absoluter Bedrohung zeigt, eine existenzielle Situation, die gerade nach Handlungsbedarf schreit. Und genau hier ist das Moment auszumachen, wo die Medien mit dazu beitragen, bei den Menschen im Lande Handlungsbereitschaften zur Gewalt zu erzeugen bzw. diese Gewalt zu akzeptieren.

Wichtig aber ist, dass sich diese Notwehrsituation allein aufgrund der bildlichen Logik der Symbole ergibt. Die gewalttätigen Gruppen, die angesichts dieser Formulierungen in den Medien zur Tat schritten, müssen sich durch die Berichterstattung und Einschätzungen der Medien und Politiker dazu geradezu aufgefordert fühlen. Das erklärt auch mit, warum die Täter von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock und anderswo ihre Taten auch damit rechtfertigten, sie seien nur die Vollzieher dessen, was der größte Teil der Bevölkerung will und wozu sich die Politiker nicht trauen.

Ein besonders eklatantes Beispiel dafür, wie sich solche Handlungsbereitschaften fördern, wenn nicht gar herstellen lassen, konnten wir mit der Kampagne der BILD-Zeitung im Herbst des Jahres '91 verfolgen. Bereits im Sommer hatte die Flucht albanischer Menschen, die mit dem Schiff Vlora nach Italien zu kommen versuchten, in der Bundesrepublik eine heftige Diskussion ausgelöst, die in den Zeitungen mit den angesprochenen kollektiven Symbolen geführt wurde. Die BILD-Zeitung beteiligte sich daran in einer besonders krassen Form, die ihr nicht nur bei dieser Thematik häufig eigen ist.

Sie startete bundesweit eine Kampagne gegen Flüchtlinge. Im Ruhrgebiet unter dem Titel: „*Asylanten im Ruhrgebiet – Wer soll das bezahlen?*“ In anderen Großstädten

wurde das Wort Ruhrgebiet dann durch den entsprechenden Namen der Stadt ersetzt. Auf diese Kampagne möchte ich im Folgenden etwas genauer eingehen.

Die Story vom 16. September 1991 ist schnell erzählt. Der Flüchtling aus Sri Lanka, Mohammed, wohnt in einer Zechensiedlung, lebt von Sozialhilfe und besitzt einen ins Bild gesetzten Fernseher, die Stereoanlage usw.: „*alles da!*“ Und das bei 400 Mark Sozialhilfe im Monat. Mohammed ist ganz offensichtlich ein zu Recht abgelehnter Flüchtling, der nur deshalb in der BRD ist, weil es ihm hier so gut geht und nicht etwa deshalb, weil es ihm in seiner Heimat schlecht ergeht. Damit er nach Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka nicht abgeschoben werden kann, ist er auf der Suche nach einer deutschen Frau.

Aha, da haben wir's! Die Flüchtlinge sind nicht nur auf unser Geld scharf, sie sind auch scharf auf unsere Frauen. Nun wird auch der Stellenwert der Zwischenüberschrift für den Gesamtartikel deutlich. Ganz nebenbei bemerkt, kann diese Diffamierung natürlich nur dann fangen, wenn der Leser der BILD entweder ein Mann ist und / Oder er die Angst der deutschen Männer vor potenten ausländischen Konkurrenten um „*ihre*“ Frauen verständlich findet. Von dieser Voraussetzung ist bei den meisten BILD-Lesern jedoch auszugehen.

Nach dieser Eingangsstory werden die bekannten Argumente heruntergespult: Die Flüchtlinge kosten Geld und sind gar nicht verfolgt. Besonders am Herzen scheint den BILD-Redakteuren die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge zu liegen, sie zitieren die Sprecher verschiedener Städte, die bestätigen, dass eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr gewährleistet sei. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: „*Das Boot ist voll.*“ So ein Sprecher des Düsseldorfer Sozialministeriums und er sagt weiter: „*was wächst, ist die Ablehnung der Bevölkerung.*“ Denn es würden kaum Flüchtlinge abgeschoben, im Gegenteil: „*Wer das Zauberwort Asyl sagt, hat einen gesetzlichen Anspruch auf Sozialhilfe, kostenlose ärztliche Hilfe und ein Dach über dem Kopf.*“ Dazu würden die Flüchtlinge sogar in Hotels untergebracht, wodurch den Städten enorme Kosten entstehen, die für Kindergärten, Krankenhäuser und Wohnungen dringend gebraucht würden.

Interessant ist an diesem Artikel, dass trotz der eindeutigen Parteinahme gegen Flüchtlinge und für den deutschen Mann und Steuerzahler hin und wieder Gegenargumente eingestreut werden, um sie im nächsten Satz dann sofort zu widerlegen. Da finden wir den Hinweis auf die unzumutbare Unterbringung der Flüchtlinge, aber auch den auf die „*mahnenden*“ Stimmen, die sagen, Deutschland müsse alle Flüchtlinge aus Menschlichkeit aufnehmen. Allerdings wird bereits in der darauf folgenden Formulierung diese Haltung ad absurdum geführt: „*Koste es, was es wolle!*“ Solchen angeblich trauntänzerischen Positionen wird mit der bescheidenen Haltung begegnet: „*Wir können die Probleme dieser Welt nicht alle bei uns lösen.*“

Am nächsten Tag erscheint die zweite Folge der Serie, in der dann der Versuch eines illegal eingewanderten Rumänen geschildert wird, in der BRD Fuß zu fassen. Der Flüchtling trägt übrigens den bezeichnenden Namen „*Illi*“, der die Assoziation zur Illegalität nahe legt. Auch hier erfolgt zunächst eine Einzelfallschilderung, die dann verallgemeinert wird.

Eine Steigerung erfährt die Kampagne in der dritten Folge. Hier wird Gewaltanwendung gegenüber Flüchtlingen suggeriert. Ein Foto martialisch auftretenden deutschen Sportlern, die gewillt sind, notfalls ihre Sporthalle zu blockieren, sollten dort etwa

Flüchtlinge untergebracht werden, richtet das Augenmerk der Leser auf notwendige Gegenwehr der Bürger. Unterstrichen wird dies durch ein kleines Foto, auf dem zwei Frauen mit einer Waffe abgebildet sind, die sie auf den Leser richten. Drunter steht: *„Aus Vorsicht wurden die Verkäuferinnen vom „US-Verkauf“ mit Gaspistolen ausgerüstet. „Bei uns wurde schon am hellen Tag eingebrochen“.*

Dieses Bild ist aus mehreren Gründen interessant. Es legt die folgenden Gedanken nahe:

1. Flüchtlinge gefährden „*unsere Frauen*“.
2. Flüchtlinge sind kriminell.
3. Man muss sich mit Waffen ausstatten.
4. Es droht ein Bürgerkrieg. Schließlich wurden die Frauen mit Pistolen „*ausgerüstet*“, ein Wort, dass die Verbindung zu „*aufgerüstet*“ nahe legt, die wiederum eine militärische Auseinandersetzung assoziieren lässt.

Auch das Bild der Sportler hebt die Notwendigkeit von Gegenwehr hervor. Und zu alledem äußert sich der ehemalige SPD-Bürgermeister von Datteln Horst Niggemeier: *„Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen Ameise Asyl gewähren.“* Der Vergleich von Flüchtlingen mit Ameisen, die ja meist in Scharen auftauchen, ist bezeichnend. Doch bezeichnend ist auch, dass BILD in dieser Kampagne systematisch SPD-Politiker zu Wort kommen lässt und mit ihren Aussprüchen ihre „**Reportagen**“ garniert.

Vor diesem Hintergrund muss es zynisch klingen, wenn nach dem Brandanschlägen in Hoyerswerda und Hünxe die gleiche BILD-Zeitung scheinheilig fragt: *„Warum dieser Hass in Hoyerswerda?“*

Sie mäßigte ihre Hetztiraden in den folgenden Monaten zwar, hielt aber das Asylthema ständig am Köcheln. Auch jetzt nach Rostock wurde zunächst eine Schlagzeile gebracht, die von Schande für Deutschland sprach, aber zugleich werden wieder die bedrohlichen Fluten beschworen, die drohende Überfüllung. Am 1.9.1992 titelte sie auf der Front-Seite (mit Verlaub) *„Asylanten jetzt auf Schulhöfe. Neue Welle! Und bis Weihnachten kommen noch 400.000.“* (1.9.1992)

Ist nun die Presse Schuld an Hoyerswerda, an Rostock und den zu erwartenden weiteren Anschlägen? Hat sie die Menschen so manipuliert, dass diese nicht mehr anders konnten, als zur Tat zu schreiten? Sie merken aus der Polemik meiner Formulierungen, dass das so natürlich nicht geschlussfolgert werden kann. Auch ist BILD hier nur exemplarisch angesprochen, auch wenn die Drastik ihrer Vorgehensweise besondere Hervorhebung verdient.

Die Medien, hier die Presse und vor allem auch die BILD-Zeitung, trifft jedoch eine erhebliche Mitschuld an diesen Ereignissen. Sie haben dazu beigetragen, dass die Flüchtlinge, die in unser Land einreisen, als eine solch gravierende Abweichung von unserer Normalität angesehen werden, dass der daraus resultierende Handlungsbedarf geradezu als zwingend erscheint.

Denn die Normalität ist in der Bundesrepublik offenbar von besonderer Wichtigkeit. Ich möchte hier sogar die These wagen, dass wir es in der Bundesrepublik vorherrschend mit einer normalistischen Kultur zu tun haben. Das heißt, es besteht die Tendenz, alle Fakten und Ereignisse hinsichtlich der Normalität zu befragen und zu normalisieren.

Dies geschieht zum Beispiel dadurch, dass Durchschnitte errechnet werden, dass Richtwerte, Toleranzgrößen und Grenzwerte ermittelt werden, innerhalb dessen eine Entwicklung als normal angesehen wird. Alles, was noch in diesen Bereich hineinfällt, ist okay und normal, außerhalb dieser Bereiche beginnt jedoch „*Denormalisierung*“ und damit ein Handlungsbedarf, der darauf ausgerichtet ist, die Normalität wieder herzustellen.

Eindeutig ist in den letzten Monaten in der Presse das Bild von einer Denormalisierung im Bereich der Flüchtlinge und Einwanderer gezeichnet worden, bis hin zu dem fahrlässigen Gerede vom Staatsnotstand, der ausgebrochen sei, und gleichzeitig wird dies mit Hilfe der Kollektiven Symboliken in die Subjektivität der Menschen übersetzt. Obwohl es in der Tat in den letzten Jahren eine Reihe von Ereignissen gab, die als nicht normal angesehen werden könne, wie zum Beispiel die deutsche Vereinigung, der Zusammenbruch des Gegensystems Kommunismus, Kriege vor der Haustüre usw., wird dies in den Medien in der Tendenz als funktionierende Normalität dargestellt. Allein bei den Flüchtlingsbewegungen läuten die gesellschaftlichen Alarmglocken auf. Es ist von daher geradezu „*logisch*“, dass es Menschen gibt, die sich in diesem als aus den Fugen geratenen markierten Bereich ausagieren und Flüchtlingsheime anzünden, um Normalitäten einziehen zu lassen: Eine Bundesrepublik Deutschland ohne Fremde.

An dieser Stelle wird meines Erachtens noch eine weitere Funktion der Medien sichtbar: Sie markieren nicht nur Denormalisierung, sondern wirken gleichzeitig als Normalisatoren von Ereignissen. Dazu möchte ich zum Schluss noch einmal ein Beispiel geben. In jüngerer Zeit lässt sich eine Verschiebung der Berichterstattung hinsichtlich des Themas „*Einwanderung und Flucht*“ ausmachen, die sich zunehmend auf die Kriminalisierung der hier lebenden Einwanderer richtet. Neben der Berichterstattung über russische, italienische und chinesische „*Mafiaorganisationen*“, lassen sich immer mehr Artikel ausmachen, die das Thema „*Ausländerkriminalität*“ ganz allgemein behandeln. Wohlwissend der kritischen Stimmen, die bei einer „*einseitigen*“ Berichterstattung laut werden, versucht man mittels harter Fakten ein objektives Bild über die Lage in diesem Bereich abzugeben. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der jüngst auf den Markt getreten „*Spiegel-Konkurrenz*“ Focus zukommen. Durch die farbenprächtige Aufbereitung ihrer Artikel, bei denen zahlreiche Grafiken das Image einer objektiven Berichterstattung unterstützen sollen, erscheinen die getroffenen Aussagen besonders eindringlich, da evident. In der Ausgabe vom 7. Februar 1994 wird unter der Überschrift „*Ausländerkriminalität – Zahlen, Fakten und Vorurteile zum Tabuthema Nummer 1*“ über Statistiken berichtet, die eine erhöhte Ausländerkriminalität verorten und darüber, welches die Ursachen hierfür sein könnten. Im Mittelpunkt der Kritik an diesem Artikel steht jedoch nicht die Frage, ob die Statistiken glaubwürdig, die Experten redlich oder das Thema Tabu ist, sondern es sind vielmehr die letzten Zeilen, mit der der Artikel schließt: Hier wird der englische Staatsphilosoph Thomas Hobbes mit dem Satz zitiert (sinngemäß): Wenn der Staat nicht in der Lage ist seine Bürger zu schützen, so ist es ihre Aufgabe dies zu tun. Ungeachtet der Frage, ob diese Interpretation mit den Überlegungen von Thomas Hobbes in Einklang zu bringen wäre, am Ende eines Artikels über „*Ausländerkriminalität*“ kann darin nur ein Aufruf zur militanten Gewalt gegen Einwanderinnen und Einwanderer in diesem Land herausgelesen werden.

Was tun? Die Debatte darüber, inwiefern die Medien mit ihrer Berichterstattung zur Gewaltbereitschaft beitragen, in der Bundesrepublik nicht neu. Im Dezember 1989 noch veröffentlichte die „*Gewalt-Kommission*“ der Bundesregierung ihre Analysen über die

„Ursachen (zur) Prävention und Kontrolle von Gewalt“, und dabei nahm sie auch die Medien unter die Lupe.

„Gewaltdarstellungen in den Medien“, so heißt es da, „(haben) gewaltfördernde Auswirkungen.“ Besonders politisch motivierte Täter hätten es darauf abgesehen, dass die Medien über ihre Taten berichten, weil solche Darstellungen andere potentielle Täter dazu motivierten, weitere Straftaten zu begehen. Um deshalb den schädlichen Einfluss der Medien zu vermindern, solle die Sportberichterstattung z.B. nicht die Randalen am Rand der Spielfelder zeigen, sondern die friedlichen Fans zeigen – sozusagen als Vorbild. Sie solle sich zudem einer weniger militanten Sprache bedienen und auch subtile Degradierungen von Menschen, besonders von Frauen, sollten vermieden werden. Das sind die wesentlichen Aussagen der Gewalt-Kommission hierzu.

Ich hoffe, dass Sie nach meinen Ausführungen mit mir der Meinung sind, dass solche Empfehlungen zwar nicht restlos falsch sind, dass sie aber bei weitem nicht ausreichen, um das Problem zu erfassen. Sie können sogar negative Wirkungen erzeugen, dann nämlich, wenn sie von den Medien nur teilweise und/oder nur halbherzig umgesetzt werden.

Was aber sollte getan werden, dass die Medien, dass die Politik nicht zur Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung, sondern vielmehr zur Gewaltprävention beitragen können? Grundsätzlich ist dazu zu sagen: Wir müssen zunächst ein Bewusstsein über die Macht der Diskurse verbreiten, über die die Politiker und die Medien verfügen. Die Medien referieren eben nicht einfach die „Stimme des Volkes“, wie kürzlich ein Vertreter des Presserates im Fernsehen meinte, sie formen sie.

Die zweite, auch noch sehr allgemeine, Schlussfolgerung ist, dass die Medien den Politikern nicht nach dem Munde reden sollten, sondern ihre Aufgabe einer kritischen Analyse politischer Konzepte, zu der sie grundsätzlich verpflichtet sind, auch wahrnehmen. Dazu gehört auch, die von den Politikern benutzte Symbolik zu hinterfragen, also zu hinterfragen, ob wir es tatsächlich mit einer Situation zu tun haben, in der die Bundesrepublik wegen der Flüchtlinge am Rand des Abgrunds steht.

Schon durch eine kritische Hinterfragung der Anwendung solcher kollektiver Symboliken in diesem Bereich kann die Presse einen positiven Beitrag leisten. Ein weiterer positiver Beitrag könnte auch darin bestehen, dass sie weniger von der „*Flut der Asylanten*“ und mehr von den ökonomischen und politischen Hintergründen der gegenwärtigen Völkerwanderung, die in der Bevölkerung weitgehend unbekannt sind, berichtet. Dies ist freilich nicht ohne die Problematisierung des Reichtums der Industrienationen und der Armut im restlichen Teil der Welt zu haben. Auch hier ist es längst überfällig, dass die reichen Länder das Lied vom Teilen anstimmen. Solche Bemühungen sind auch im Fernsehen zu beobachten. So gab es mehrere Spielfilme, Dokumentation und Berichte, die alle zum Thema „*Eine Welt*“ liefen. Wenn wir uns dann allerdings die Sendezeiten anschauen, dann wissen wir, dass diese Filme nur einen Bruchteil der Bevölkerung erreichen können.

Insgesamt muss es darum gehen, wenn wir keine weitere undemokratische und autoritäre Entwicklung dieser Gesellschaft wollen, in den Medien und bei uns selbst das Gebot demokratischer und fairer Darstellung und Behandlung von Menschen jeglicher Herkunft, beiderlei Geschlechts, ob behindert oder nicht, ob gesund oder krank, jung oder alt durchzusetzen. Das wird nicht einfach sein!

Denn das bedeutet für einen Teil unserer Bevölkerung auch, sich darauf einzustellen, dass unsere Normalität, unser Reichtum, unser Lebensstandard nicht der einzige Gradmesser für künftige Entwicklungen sein wird. Wir werden lernen müssen, dass es keine „Festung Europa“ geben kann, auch wenn es zur Zeit so aussieht, dass die offizielle Politik genau diese Vision zu realisieren bemüht ist. Es werden weiterhin Menschen bei uns Zuflucht suchen. Dieses Problem ist nur bei Durchsetzung eines demokratischen Gesellschaftskonzeptes lösbar, nicht aber durch ein reaktionäres, das sich auf Abstammung, das *lex sanguinis* (also das Gesetz des Blutes und der Abstammung) und andere völkische Vorstellungen beruft, die heute wieder in der Politik, in den Medien und im Alltagsbewusstsein vorzuherrschen scheinen. Dazu ist vor allen Dingen erforderlich, dass keine Brandsätze mehr formuliert werden, die zu Brandsätzen gegen Einwanderer und ihre Unterkünfte transformiert werden oder gar zu kriegerischen Einsätzen gegen die Dritte Welt.

Der in der Bevölkerung grassierende Rassismus ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für rechtsextreme Ideologie. Das ist ein Grund mehr, ihn auf allen Ebenen, im Alltag, in den Schulen, in den Medien mit aller Intensität zurückzuweisen. Mit Rassismus und Rechtsextremismus steht unsere Demokratie auf dem Spiel. Es wird sie weiterhin nur dann geben, wenn die Mitglieder dieser Gesellschaft bereit sind, sie zu verteidigen und sich für ihre Weiterentwicklung in Richtung einer wirklich zivilen Gesellschaft einzusetzen.

Bei diesem Text handelt es sich um eine überarbeitete Fassung von: Margret Jäger / Siegfried Jäger (1993): Verstrickungen.

In: Siegfried Jäger / Jürgen Link (1993): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg.

Was nicht in der Zeitung steht - Hintergründe zum kurdisch-türkischen Konflikt

von Hans-Rüdiger Hesse

Die von den Verfassungsschutzämtern beobachteten, im weiteren Sinne „extremistischen“ Organisationen bzw. Gruppen setzen in der Regel ihre im jeweiligen Heimatland begründeten innenpolitischen Auseinandersetzungen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland fort. Auslösend dafür sind vor allem die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Heimatländern oder ungelöste Konflikte in einigen Religionen, wie z.B. in der Türkei und im Nahen Osten. Wichtigstes Aktionsmittel extremistischer Organisationen bzw. Gruppen ist die Agitation, in der Regel die Verbreitung von Propagandaschriften und öffentlichkeitswirksame Protestveranstaltungen.

Nicht selten schlägt jedoch ein durchaus berechtigtes politisches Engagement in Gewaltanwendung um. Häufig gehen diese Gruppen Aktionsbündnisse mit politisch oder ideologisch verwandten Gruppen, auch des Gastlandes ein. Als Beispiel dafür seien die Zusammenarbeit einiger militanter linksextremistischer türkischer Gruppen mit deutschen Autonomen und ihr gemeinsames Agieren bei gewalttätigen Ausschreitungen erwähnt.

Träger terroristischer Gewalttaten im Bereich des „*Ausländerextremismus*“ waren in der Vergangenheit u.a. palästinensische und islamisch-extremistische Terrororganisationen und Gruppen, die sich die Vernichtung des Staates Israel zum Ziel gesetzt haben und eine Lösung des Palästina-Problems auf dem Verhandlungswege strikt ablehnen.

Zu erwähnen ist in diesem Bereich auch die „*Arbeiterpartei Kurdistans*“ (PKK), die gerade in jüngster Zeit in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen westeuropäischen Ländern zahlreiche Gewaltaktionen gegen türkische Konsulate und Einrichtungen, u.a. Brandanschläge und Besetzungen mit Geiselnahmen, durchführte und damit eindeutig die Schwelle zum Terrorismus überschritt.

Mitte der 70er Jahre bildete sich an der Universität Ankara um den Studenten an der politischen Fakultät, Abdullah ÖCALAN, eine Gruppe, die bis 1978 unter der Bezeichnung „*APOCULAR*“ – in Anlehnung an dessen Spitznamen „*APO*“ (Onkel) – auftrat. Aus dieser Gruppe ging die „*Arbeiterpartei Kurdistans*“ (Partiya Karkeren Kurdistan – PKK) hervor, die am 27. November 1978 offiziell gegründet wurde.

Die PKK ist eine marxistisch-leninistische Kaderpartei. Ihr ist eine offensichtlich attraktive Synthese aus sozialistischem und nationalistischem Gedankengut gelungen. Die sozialistischen Programmvorstellungen fallen bei der unter nahezu feudalistischen Verhältnissen lebenden Bevölkerung Südostanatoliens auf fruchtbaren Boden, die nationalistischen Programmelemente der PKK entsprechen dem jahrhundertealten Traum der Kurden von einem eigenen Staat. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und dem Wegfall wichtiger Bündnisgenossen scheint der Marxismus-Leninismus in der Programmatik der PKK allerdings keine zentrale Rolle mehr zu spielen. Ursprüngliches Ziel der PKK war ein autonomer Kurdenstaat, ein Großkurdistan, dem große Teile der Ost- und Südosttürkei, den Nordirak, Teile des nördlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte.

Nach jüngsten eigenen Bekundungen würde sie zumindest zunächst mit einem autonomen Gebiet in der Türkei zufrieden sein, in dem die kurdische Identität gewahrt werden könne.

Die Partei wird von einem Zentralkomitee (ZK) geleitet, dessen Beschlüsse für alle Parteiuntergliederungen verbindlich sind. Als Vorsitzender dieses ZK und zugleich Generalsekretär der PKK amtiert seit ihrer Gründung Abdullah ÖCALAN, der damit faktisch uneingeschränkter Führer der Partei ist, wengleich den PKK-Statuten gemäß ein Parteikongress höchstens Parteiorgan ist, der alle zwei Jahre zusammentreten soll.

Der Sitz des ZK befindet sich in Damaskus (Syrien), wo sich ÖCALAN überwiegend aufhält.

Die Zahl der Anhänger der PKK in der Bundesrepublik liegt heute zwischen 7.500 und 8.000 Personen. Das bedeutet, dass sich ihre Anhängerschaft im engeren Sinne seit ihrem Betätigungsverbot in der Bundesrepublik am 22. November 1993 nahezu verdoppelt hat. Sie verfügt über ein Mobilisierungspotential von bis zu 50.000 Menschen.

In der PKK-Statuten ist festgelegt, dass das ZK „*im Ausland*“ Komitees gründen kann, die aus „*Parteimitgliedern bestehen und dem Programm und den Statuten der Partei entsprechend arbeiten*“.

So begann die PKK kurz nach ihrer Gründung mit dem Aufbau von Teilorganisationen im Ausland, insbesondere im westlichen Europa, das wegen der großen Zahl der hier lebenden Kurden dafür geradezu prädestiniert war. Die Partei charakterisiert ihre Aktivitäten in den verschiedenen europäischen Ländern als eine „*Arbeit hinter der Front*“ und Kader „*ideologisch – politisch und militärisch*“ zu schulen und auf eine „*baldige Rückkehr*“ zur Unterstützung des Kampfes in Türkisch-Kurdistan vorzubereiten. Daneben dient die Parteiarbeit in diesem Bereich der finanziellen Unterstützung des PKK. Zudem soll die PKK in Europa im Falle „*einer möglichen Niederlage in der Heimat*“ eine Reserveorganisation bilden, um mögliche Aktionen „*von hier aus zu leiten und zu steuern*“ und den „*nationalen Befreiungskampf*“ erfolgreich weiterzuführen.

Die PKK hat sich zum Ziel gesetzt, ein vereintes Kurdistan auf der Grundlage einer klassenlosen Gesellschaft zu schaffen. Sie stellt sich als straff organisierte und konspirativ arbeitende Organisation dar, die sich fast ausschließlich aus türkischen Staatsangehörigen kurdischer Volkszugehörigkeit rekrutiert.

Die PKK verfügt über zwei internationale Teilorganisationen:

- Die „*Volksbefreiungsarmee Kurdistans*“ (ARGK) und die
- „*Nationale Befreiungsfront Kurdistans*“ (ERNK).

Während die ARGK als militärischer Arm den bewaffneten Kampf in der Türkei führt, ist die ERNK auf internationaler Ebene für die Öffentlichkeitsarbeit der PKK zuständig. Um den Einfluss der PKK auf möglichst alle Lebensbereiche der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurden auszudehnen und damit die Parteiarbeit wirksamer zu gestalten, gründete die ERNK im Laufe der letzten Jahre „*patriotische*“ sog. „*Y-Gruppen*“ (Yekitiya = Union / Verband) u.a. für Arbeiter, Jugend, Frauen, Intellektuelle und Studenten.

Als legale Gliederungen der PKK gab es – bis zum Verbot am 26. November 1993 – in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl eingetragener kurdischer Arbeiter – und Kulturvereine, die sich im April 1984 zur „*Förderung er patriotischen Arbeiter – Kulturvereinigungen aus der Bundesrepublik Deutschland e. V.*“ (FEYKA-Kurdistans) mit Sitz in Köln zusammengeschlossen haben. Die PKK ist als Partei „*offiziell*“ nicht in Europa tätig. Ihre Aktivitäten gehen von ihrer internationalen Teilorganisation ERNK aus. Die Europa-ZK der ERNK befindet sich in Brüssel, die Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland werden von der ERNK-Zentrale in Köln gesteuert.

Die PKK – vertreten durch die ERNK – hat Europa in sogenannte Gebietskomitees „*aufgeteilt*“. Das Gebietskomitee Deutschland ist in mehrere ERNK-Gebiete unterteilt.

Abgesehen von dem Ziel, öffentliche Aufmerksamkeit für die *kurdische Sache*“ zu gewinnen, geht es der PKK in Deutschland vor allen Dingen darum, bei Landsleuten zur Finanzierung der Organisation Spenden zu sammeln. Neben der Versorgung und Ausrüstung der Guerillakämpfer gilt es, sowohl die Stützpunkte im Nahen Osten in Syrien, Libanon, Iran, Irak als auch den Parteiapparat in Europa zu unterhalten. Die von der PKK beauftragten Spendensammler üben dabei nicht nur massiven Druck auf zahlungsunwillige Landsleute aus, sondern gehen teilweise auch mit erheblicher Gewalt gegen sie vor. Die Polizei hat inzwischen in vielen deutschen Städten spezielle

Ermittlungskommissionen eingesetzt, die Fälle von Spendengelderpressung mutmaßlicher PKK-Anhänger bearbeiten.

Das Spendenaufkommen beläuft sich bundesweit jährlich auf bis zu 30 Millionen DM. Die türkische Regierung und türkische Journalisten behaupten oft, die PKK finanziere ihren Kampf im wesentlichen durch Einkünfte aus dem Rauschgifthandel. Diese Behauptungen können nicht generell bestätigt werden. Zwar gibt es Hinweise darauf, dass Drogendealer kurdischer Volkszugehörigkeit einen Teil ihrer Gewinne der PKK zur Verfügung stellen, doch liegen bislang keine Erkenntnisse darüber vor, dass sie im Auftrag der PKK ihrem Drogenhandel nachgehen. Das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte, insbesondere die systematische Zerstörung kurdischer Siedlungen, hat den türkischen Staat viele Sympathien gekostet. Nach Angaben der türkischen Menschenrechtsvereinigung (TIHV (Türkiye Haklari Vakfi) sind seit 1991 über 1.000 kurdische Siedlungen „entvölkert und zerstört“ worden.

Auch unter den Kurden, die mit der PKK nicht sympathisieren, steigt deshalb die Zahl derer, die sich durch den Staat nicht beschützt, sondern existentiell gefährdet sehen. Zahllose junge Kurden sind „in die Berge gegangen“ und haben sich dem Kampf der PKK gegen „die Besatzer“ angeschlossen.

Über den tatsächlichen Rückhalt der PKK in der kurdischen Bevölkerung und die Zahl ihrer aktiven Sympathisanten kann man nur Mutmaßungen anstellen. Fest steht, dass sich die PKK-Kämpfer in den Krisenprovinzen praktisch fast wie „Fische im Wasser“ bewegen können.

Durch die starke Binnenmigration hat die PKK auch in den städtischen Ballungszentren der Westtürkei Fuß gefasst. Um den schlechten Lebensverhältnissen und dem Krieg im Südosten zu entgehen, sind Millionen von Kurden nach Westen (insbesondere nach Istanbul, Izmir und Ankara) gewandert. Täglich treffen dort bis zu 1000 Personen ein. Dem verstorbenen türkischen Staatspräsident Turgut ÖZAL zufolge leben ca. 60 % der etwa 12 Millionen türkischen Kurden westlich von Ankara.

Obwohl die PKK mit menschenverachtender Brutalität gegen Andersdenkende vorgeht und tatsächliche oder vermeintliche Gegner rücksichtslos beseitigt, verfügt sie über beträchtlichen Rückhalt, auch in Teilen der in der Westtürkei lebenden kurdischen Bevölkerung. In der gesamten Türkei nimmt deshalb die Polarisierung zwischen „Türken“ und „Kurden“ zu.

Regelmäßig veröffentlichte amtliche Erfolgsmeldungen sind mit großer Vorsicht zu genießen. Anzumerken ist, dass seit 1990 die PKK nach offiziellen türkischen Angaben am jeweiligen Jahresende angeblich über mehr Kämpfer verfügt, als zu Jahresbeginn. Angesichts der Tatsache, dass die Sicherheitskräfte jährlich fast ebenso viele PKK-Kämpfer außer Gefecht gesetzt haben wollen, wie zu Jahresbeginn angeblich vorhanden waren, drängt sich die Vermutung auf, dass die türkischen Streitkräfte hier Desinformation betreiben.

Was führte nun zum Verbot der PKK?

Nachdem es bereits eine größere Anschlagswelle um die Jahreswende 91/92 gegeben hatte, nahmen am 24. Juni 1993 13 PKK Anhänger im türkischen Generalkonsulat in München 20 Geiseln. Mit einer europaweiten Gewaltwelle am 4. November 1993 stellte die PKK ihre deutliche verstärkte Gewaltbereitschaft erneut unter Beweis. An den

überfallartig vorgetragenen Angriffen auf türkische Konsulate, Reisebüros, Banken, Fluggesellschaften, wobei Scheiben eingeschlagen, Einrichtungsgegenstände zerstört und Brandsätze geschleudert wurden, waren je 3 bis 10 Täter beteiligt. Ein Brandanschlag auf eine türkische Gaststätte in Wiesbaden forderte dabei ein Todesopfer, das offenbar bewusst in Kauf genommen war. Damit hatte die PKK auch in der Bundesrepublik Deutschland deutlich die Schwelle zum Terrorismus überschritten.

Nach dieser Gewaltwelle der PKK hat der Bundesminister des Innern am 22. November 1993 die Tätigkeit der PKK in der Bundesrepublik Deutschland untersagt und ihre Teilorganisationen, in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Am 26. November wurde die Verbotsverfügung bundesweit vollzogen.

Die Verbotsverfügung erstreckt sich bundesweit auf 35 Organisationen, Vereine und Einrichtungen.

Das Verbot der PKK in der Bundesrepublik Deutschland führte zu Solidaritätsbekundungen verschiedener kurdischer Organisationen, die sich bisher von der PKK distanziert hatten. Zahlreiche deutsche Sympathisanten setzen sich für die Aufhebung des Verbots ein.

Trotz ihres Betätigungsverbotes ist die PKK bzw. sind ihre Nebenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland unvermindert aktiv.

Belege dafür aus jüngster Zeit sind die beiden Großdemonstrationen in Hannover aus Anlass des Todes des 16-jährigen Kurden Halim DENER sowie an dessen 1. Todestag, wo massiv PKK- und ERNK-Symbole gezeigt wurden. Ebenso die bedeutende Anschlagwelle im März dieses Jahres auf türkische Einrichtungen. Stellt sich die deutsche Polizei den PKK-Aktivisten in den Weg, wird diese zum unmittelbaren Gegner erklärt: Wir lassen uns das Recht, gegen die Unterstützung unseres Gegners Nr. 1, den türkischen Staat, durch den Gegner Nr. 2, die deutsche Regierung, zu demonstrieren nicht nehmen.

Dabei erkennt die PKK und insbesondere ÖCALAN durchaus, dass diese Verhaltensweise die Kurden in der Bundesrepublik in erheblichem Sympathie kostet. ÖCALAN verfährt daher zweigleisig: Er versucht daneben eine politische Lösung nach dem Vorbild ARAFATs, wobei ihm bewusst ist, dass er dazu auch die Unterstützung der deutschen Regierung braucht.

Die Lokalzeitungen als ein multikulturelles Medium

von Michael Bechtel

1. Berichterstattung über „Ausländer“ bewegt sich in den Extremen: Zwischen Räuberpistolen und multikulturellen Rührstücken, zwischen negativen Schlagzeilen und gutgemeinten Sozialreportagen gibt es wenig Normalität. Es sind dies zwei Seiten derselben Medaille. Beide Arten der Berichterstattung reproduzieren das vorurteilbehaftete Bild des „Ausländers“, das den meisten Menschen nicht erst eingeredet werden muss – das haben sie von ganz alleine.

2. Schwer zu entscheiden, was für ein friedliches Zusammenleben kontraproduktiver ist: Die unreflektiert ins Blatt gehobene Polizeimeldung von jugendlichen türkischen Rauschgiftdealern oder die von weniger schlechtem Gewissen des kosmopolitisch denkenden, weltläufigen Journalisten diktierte Story über den ehrlichen türkischen Finder einer deutschen Geldbörse. Mangelnde Distanz, unverhohlene Parteilichkeit und Sympathie, der moralischen Zeigefinder in Schlagzeilen, Bildern und Wortwahl lässt die gut gemeinte PR für ethnische Minderheiten ungewollte Wirkung erzielen – nämlich Neid, Ärger und Ablehnung.

3. Journalisten sind nicht die Oberlehrer der Nation, sondern erbringen in erster Linie eine Dienstleistung: Sie stellen nach bestem Wissen und Gewissen das Informations-Rohmaterial zur Verfügung, das Grundlage für den öffentlichen Diskurs, für Selbstverständigung und Bewusstseinsbildung einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft ist. Hinschauen und möglichst unvoreingenommen beschreiben, was wir sehen – so lautet die grundlegende Anforderung an diesen Beruf. Ich füge hinzu: Ohne Rücksicht auf die Auswirkungen! Es gibt keine Nachricht und keine Information, die der Journalist aus noch so gutgemeinten Gründen unterdrücken darf. Aufgeklärtes, liberales und tolerantes Denken kann nicht herbeimanipuliert und herbeigelogen werden.

4. Die multikulturelle Gesellschaft ist kein Paradies. Sie bietet Individuen mehr Chancen zu vielfältigen Erfahrungen und zu persönlicher Entfaltung. Es ist aber auch eine Gesellschaft, die von tiefen Konflikten geprägt und ständig vom Scheitern bedroht ist. Wie auch immer – wir können es uns nicht aussuchen: Die Ergebnisse wirtschaftlicher, politischer und sozialer Entwicklungen im Europa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind nicht ungeschehen zu machen! Die Medien sind verpflichtet, dieser Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten, sie in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit zu beschreiben. Dazu gehört auch, die subjektiv empfundenen wie realen Probleme von Deutschen mit „Ausländern“ ernst zu nehmen. Dazu gehört ebenso, problematisches Verhalten von „Ausländern“ – Individuen wie Gruppen – darzustellen und gegebenenfalls als Reaktion auf kulturelle Konflikte oder als Auswirkung von Entwurzelung, gesellschaftlicher Benachteiligung und verweigerter Akzeptanz verstehbar zu machen!

5. Journalistische Berichterstattung ist in der gleichen Falle gefangen wie das gesamte öffentliche Bewusstsein – zwischen Assimilation und Ausgrenzung kennen wir bislang keinen dritten Weg. Unsere Sprache spiegelt dieses Dilemma: Sie bietet nicht einmal einen Begriff für hier beheimatete Menschen fremdländischer Herkunft ohne Bürgerrechte. Was können wir Journalisten da überhaupt tun? Der wichtigste Schritt: in der Berichterstattung jene dritte Abteilung zwischen den Extremen aufzumachen, die ich heute vermisste. Beispielsweise die ungeliebte Abteilung Hofberichterstattung und Terminjournalismus, den wir allen anderen relevanten gesellschaftlichen Gruppen angeheißen lassen. Beispielsweise gezielter Service – Veranstaltungen, Termine, Tipps – für diese Zielgruppen.

6. Das erfordert Anstrengungen der Zeitungsmacher, denn hier wird uns zunächst nichts ins Haus getragen. Diese Informationen müssen wir wenigstens am Anfang mühsam beschaffen. Und es wird auch eine Zeitlang dauern, bis unsere Türken gemerkt haben, dass ein Blick in die Tageszeitung sich auch für sie lohnt. Zeitung muss sich – zumindest in den westdeutschen Ballungsgebieten – Schritt für Schritt multikulturell umorientieren. Solange unseren Großstadtzeitungen nicht anzusehen ist, dass in ihrem Verbreitungsgebiet ein Viertel der Menschen nicht deutscher Herkunft sind, sind wir nicht auf dem Weg in ein vernünftiges Miteinander.

7. Zeitung für alle sein – niemand sagt, dass das leicht wird. Erste Experimente gibt es! Die Redaktion des Ehinger Tagblatt beispielsweise, die Informationen aus dem Rathaus auch in türkischer und serbokroatischer Sprache ins Blatt gehoben hat, leistet mehr für ein gerechtes und friedliches Miteinander als alle sozialromantisch gestimmten Reportageschreiber dieser Republik zusammen.

8. Das lassen sich unsere deutschen Leser nicht gefallen? Die wollen keine Termine des portugiesischen Emigrantenvereins und erst recht keine Texte in fremder Sprache in ihrem Blatt? Da sind wir dann allerdings beim springenden Punkt: zweifellos wird es Abbestellungen geben. Aber wo liegen die langfristigen Interessen? Die Zeitung muss sich entscheiden, ob sie universales Medium für alle Bewohner einer Region bleiben will. Will sie das nicht, wird sie zum Medium einer ethnischen Gruppe, wenn auch der größten und dominierenden. Eine Weichenstellung, die fatal wäre für unsere Gesellschaft – vermutlich unter ökonomischen Aspekten auch für die Tageszeitungen.

Resümee:

Solange unsere Tageszeitungen deutsche Zeitungen bleiben, wird jegliche Berichterstattung – so gut oder so schlecht gemacht auch immer und so gut gemeint auch immer – mit „Ausländern“ immer nur eines tun: sie ausgrenzen!

Und ein PS ...

Wo bleibt hier das journalistische Engagement für eine gerechte Gesellschaft? Erste Bemerkung: Wer gar nicht an sich halten kann mit dem Bedürfnis, die Gesellschaft zu verändern und politisch zu gestalten, sollte den Journalismus an den Nagel hängen und Politiker werden. Zweite Bemerkung: Wenn wir unsere Hauptarbeit ordentlich gemacht haben, dürfen wir auch mit unserer Meinung unseren Argumenten in den öffentlichen Diskurs eingreifen – dafür gibt es schließlich die Kommentarspalten.

Nichts beschönigen – nichts verschweigen - Die multikulturelle Wirklichkeit in der Lokalberichterstattung

von Suzan Gülfirat

Berlin hat etwa 3,5 Millionen Einwohner. Davon sind knapp 340.000 Menschen mit ausländischen Pass, die im Laufe der Jahrzehnte eine multikulturelle Sozialstruktur geschaffen haben. Aus journalistischer Sicht liegen die schönen bunten und spannenden Themen aus diesem Leben auf der Straße. Doch wer glaubt, das sei der Fall, irrt gewaltig. Wer die Lokalseiten der großen Berliner Tageszeitungen durchblättert sucht vergeblich. Als ob in dieser Stadt kaum Ausländer leben. Es steckt nicht unbedingt böse Absicht dahinter, vielmehr unterstelle ich meinen deutschen Kollegen Desinteresse und mangelnde Sensibilität für diese Themen. Oft spielen auch Berührungspunkte mit dem anderen Kulturkreis eine große Rolle.

Dabei bietet es sich gerade im Lokaljournalismus an, Ausländer als ganz normale Mitglieder der Gesellschaft darzustellen. Doch wie soll ein deutscher Journalist eine türkische Frau mit Kopftuch ansprechen oder wie soll sich eine deutsche Journalistin in einem Männercafe verhalten? Und dann die Frage, ob es den deutschen Leser

interessiert, was zum Beispiel der ausländische Elternverein gestern beschlossen hat. Ich meine, es ist alles machbar. Auf den guten Willen und die Verpackung kommt es an. Themen über Ausländer oder deren Aktivitäten, die auch für Deutsche von Interesse sind, eignen sich sehr gut dafür.

Zum Beispiel eine Ausstellung oder eine EU-Förderung für eine deutsch-türkische Kita. Aber es müssen nicht immer die ganz großen Geschichten sein, denn auch die Information, dass der „und der Einwanderer aus der Türkei seinen Namen geändert hat, ist eine Meldung wert. Es geht nicht darum, die Welt zu verbessern. Das ist nicht die Aufgabe eines Journalisten, denn in erster Linie soll er informieren. Vielmehr sollen Ausländer in der deutschen Gesellschaft als ganz normaler selbstverständlicher Teil verstanden werden. Und ich glaube ganz fest daran, dass Journalisten ganz erheblich dazu beitragen können. Was aber auf keinen Fall sein darf: den Zeigefinger erheben, immer über *die bösen Deutschen und die guten Ausländer*“ berichten.

Also nichts beschönigen und nichts verschweigen. Natürlich ist das nicht immer einfach. Soll ich beispielsweise in meinem Kiezportrait darüber berichten, dass dort die Kriminalitätsrate nach der Einrichtung eines Flüchtlingsheimes nachweislich gestiegen ist und damit Vorurteile schüren? Ich würde in diesem Fall auf die soziale Situation der Flüchtlinge aufmerksam machen und andere Bezirke mit vielen sozial schwachen Menschen (Deutschen) nennen, denn das Portrait soll glaubhaft sein.

Mir ist bewusst, dass meine Bestrebungen „Normalität“ zu schaffen ein Kampf Davids gegen Goliath ist. Ich fühle mich oft genug auf weitem Feld alleine, denn es gibt kaum ausländische Reporter bei den großen Berliner Tageszeitungen. Deshalb müssten die Redaktionen viel multikultureller werden. Dort müssten mehr Kollegen arbeiten, die keine Scheu vor diesen Themen haben, die viel Hintergrundwissen und Kontakte haben. Allein ihre Anwesenheit würde das Bewusstsein in den Redaktionen ändern. Özcan Mutlu, ein Mitglied der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung, fragte mich am Anfang meiner Arbeit: „*Seitdem Du bei der Berliner Morgenpost arbeitest, bekomme ich öfter Anrufe von Journalisten*“.

Seitdem ich bei der Morgenpost arbeite habe ich auch festgestellt, dass all die ausländischen Vereine, kulturellen Einrichtungen usw. über die ich berichte, diese Zeitung lesen. Denn sie wissen, dass auch etwas über sie geschrieben sein könnte. Ich bekomme auch positive Resonanz von deutschen Lesern. Durch Anrufe oder wenn ich sei bei meinen Streifzügen durch die Bezirke treffe. Das ist nicht viel, aber ein Anfang, der hoffentlich eine Kettenreaktion hervorruft.

Journalismus als Interkultureller Dialog - Beispiele

von Suzan Gülfirat

Ein Herz für deutsch-türkische Kita

Ein Herz für Kinder zeigt die niederländische „*Bernard van Leer Foundation*“. In Zeiten, in denen in öffentlichen Etats die Zeichen auf „*Sparen*“ stehen, hilft sie mit ca. 350.000 DM Kreuzberger Kindern. Die Bernard von Leer Stiftung ist eine private Stiftung, die 1949 für humanitäre Zwecke eingerichtet wurde. Als van Leer 1958 starb,

hinterließ er den gesamten Kapitalanteil seines Unternehmens „*Royal Packaging Industries Van Leer*“ der Stiftung. Seitdem werden Projekte für Kinder weltweit gefördert: von Ägypten über Kreuzberg bis Simbabwe.

Über das ehemalige Vorstandsmitglied Ali Yurdagül erfuhr die Deutschlandbeauftragte der Stiftung, Henriette Heimgärtner, von der Einsatzbereitschaft des deutsch-türkischen Kindergartens „*Verein zur Förderung ausländischer und deutscher Kinder*“ (VAK), Oranienstraße 4. Dort werden 70 türkische und 30 deutsche Kinder betreut – erst das zweite Projekt der Stiftung in Deutschland. Baumgärtner: „*Wir sind an weiteren Projekten vor allem mit türkischen Kindern interessiert, wollen über Kreuzberg hinaus bekannt werden.*“ „*Wir wollen ein Forum für Eltern schaffen, in dem sie die Interessen ihrer Kinder gegenüber der Kita und Ämtern durchsetzen können*“, sagt Edith Giere-Kurt, Leiterin des VAK. Unter verschärften Lebensbedingungen mit Folgen wie Verunsicherung und Verelendung litten Kinder am meisten.

Am 1. Oktober begann das auf drei Jahre angelegte Projekt „*Kind im Mittelpunkt*“, kurz „*Kim*“.

Kreuzberger Hauptschüler haben es bei der Lehrstellensuche besonders schwer

„*Nach der 40. Bewerbung habe ich aufgehört zu zählen*“, sagt Mustafa Mohammed (18). Er ist einer der etwa 32.000 Jugendlichen (einschließlich der Abiturienten), die im Sommer die Schule beenden werden. Zunächst habe er sich mit seinem erweiterten Hauptschulabschluss nur für Kfz-Lehrstellen beworben, doch jetzt nehme er jede. Hauptsache er komme irgendwo unter. Auch Selma Dogan hat fast aufgegeben. Sie hat 20 Bewerbungen losgeschickt.

Ihre Sorgen sind nicht unbegründet: Denn bei vielen Betrieben mussten Bewerbungen spätestens am 31. Januar abgegeben werden. Wer jetzt noch keine Stelle hat, lebt vom Prinzip Hoffnung. „*100 Lehrstellen stehen etwa 180 Bewerbern gegenüber*“, sagt Melanie Nassauer, Sprecherin des Landesarbeitsamtes. Es gebe in diesem Jahr 12,2 Prozent weniger Lehrstellen und neun Prozent mehr Bewerber.

Das bedeutet: Mehrere tausend Jugendliche bleiben auch dieses Jahr ohne Lehrstelle – auch wenn viele in außerbetrieblichen Stellen unterkommen werden. Das sind zum Beispiel berufsvorbereitende Lehrgänge oder Benachteiligten-Programme. Die Anforderungen wachsen mit der Lehrstellenknappheit. „*Bei kaufmännischen Berufen kommt man ohne Abitur kaum weiter*“, heißt es im Arbeitsamt IV.

„*Die Baubranche ist gut*“, sagt Karlheinz Mundt von der Fachgemeinschaft Bau. Etwa 900 Lehrstellen werden vergeben. Jugendliche hätten noch die Chance in Berufen wie Zimmerer, Maurer oder Bau- und Stahlbetonbauer ausgebildet zu werden. Freie Lehrstellen gebe es ebenfalls im Bäckerhandwerk und der Gebäudereinigung, heißt es bei der Berufsberatung des Landesarbeitsamtes.

In dieser Situation haben es Jugendliche wie Mustafa besonders schwer. „*Kreuzberger Jugendliche aus Hauptschulen haben keine Chance auf dem Ausbildungsmarkt*“, sagt Jugendstadtrat Helmut Borhardt (SPD). Im vergangenen Jahr hätten von knapp 800 Kreuzberger Schulabgängern nur 230 eine Lehrstelle bekommen. Ein Teufelskreis für den Bezirk mit den meisten sozial schwachen Menschen.

„Zu groß sind die Vorurteile gegenüber Kreuzberger Schulen“, sagt Jochen Braun vom Projekt „Mentos“, Reichenberger Straße 44. Er betreut Jugendliche bei der Lehrstellensuche. „Selbst Kreuzberger Betriebe nehmen lieber Hauptschüler aus anderen Bezirken“, sagt er. Dabei ist er sich bei seinen Schützlingen sicher: Sie seien weder Chaoten noch unbegabt. Mustafa und Selma geben nicht auf.

Neuer Name für Einwanderer-Verein

„Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg“ ist die neue Bezeichnung des Bundes der Einwanderer aus der Türkei. Sprecher Safer Cinar sagte bei der Versammlung im Weddinger Rathaus, das unterstreiche die Zugehörigkeit der türkischen Minderheit zur bundesdeutschen Gesellschaft.

Bürgermeister Hans Nisblé (SPD) sagte, es gelte, Seniorenheime für türkische Senioren zu öffnen. Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) stimmte zu.

Ernste Gedenktafel für die Freundschaft zwischen Türken und Deutschen

Ali Aziz Efendi kämpfte schon vor 200 Jahren gegen Vorurteile

Berlin, 29. Oktober 1798: Durch die Friedrichstraße rollt ein von vier Pferden gezogener Wagen in Richtung Hallesches Tor. Auf der Ladefläche ein Holzsarg, mit grünem Tuch bedeckt. An den Seiten des Wagens sitzen fremdartig gekleidete Männer, die Leuten am Straßenrand Münzen zuwerfen. Im Sarg liegt der Leichnam des ersten in Berlin verstorbenen Türken: Ali Aziz Efendi, von Juli 1797 an osmanischer Botschafter in Preußen. 198 Jahre nach seinem Tod wird Ali Aziz geehrt: Eine Gedenktafel für den Efendi (vergleichbar mit westlichen Adelstiteln) wird am Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, an der Urbanstraße 20 enthüllt. Dort befand sich von 1798 bis 1866 der türkische Begräbnisplatz. Ali Aziz Efendi legte den Grundstein einer Jahrhunderte andauernden deutsch-türkischen Freundschaft, die fast vergessen und doch noch so lebendig ist. Heute lebt in Berlin die größte türkische Gemeinde außerhalb der Türkei: etwa 135.000 Menschen. Ali Aziz war allerdings nicht der erste Türke in Berlin. Bereits zwei türkische Botschafter hatten zuvor die Hauptstadt besucht. „Der aufregendste Besuch war der des Resmi Ahmed Efendi“, sagt der Aziz-Übersetzer Achmed Schmiede, der 1957 zum Islam konvertierte. Als dieser Efendi in der preußischen Stadt mit einem Gefolge von 70 Personen eintraf, sei ganz Berlin auf der Straße gewesen. Denn den Türken eilte der Ruf voraus, sie seien blutrünstig und barbarisch. „Vor Türken, Pestilenz und Not bewahre uns der Herre Gott“, sagt der Volksmund. Nun waren alle gekommen, um ein leibhaftiges Ungeheuer zu sehen. Doch siehe da, dieser war ein zivilisierter Mann. Eine wahre Türkomanie brach danach in Berlin aus. König Friedrich II. spottete: „Datteln zu essen, gehört jetzt zum guten Ton, und die Gecken pflanzen sich einen Turban aufs Haupt“. Ali Aziz Efendi sollte als ständiger Botschafter in Berlin bleiben. Doch er starb schon nach kurzer Zeit im Ephraim-Palais im Nikolaiviertel. Ein Platz an der heutigen Urbanstraße auf dem Gelände der Carl-von-Ossietzky-Oberschule wurde der diplomatischen Vertretung des befreundeten Landes als Begräbnisplatz zur Verfügung gestellt. Dort wurde er zur letzten Ruhe gebettet. Zur letzten Ruhe? Sein Grab verschwand unter Wildwuchs und geriet in Vergessenheit, als die Toten von der Urbanstraße auf den türkischen Friedhof am Columbiadamm umgebettet wurden. Man vermutete Ali Aziz ebenfalls dort und errichtete ein Denkmal. „Erst als dieses Denkmal im Jahr 1988 für 280.000 DM restauriert wurde, stellte man fest: Von den sterblichen Überresten des Ali Aziz Efendi war keine Spur“, schmunzelt Schmiede. Mit Hilfe von alten Karten fand das

Vermessungsamt Kreuzberg die alte Beerdigungsstelle wieder. 28 deutsche und türkische Schüler der Carl-von-Ossietzky-Oberschule an der Urbanstraße 20 haben zu dem Thema nun eine Ausstellung vorbereitet, die in der Schule angeschaut werden kann.

Gute Nachrichten sind schlechte Nachrichten?

Zum Bild der Migrantinnen und Migranten in den Medien

von Walter Hömberg

Meine Damen und Herren,

ich komme aus einem fremden Land – aus Bayern. In diesem Land sind die Medien derzeit voll mit Berichten und Kommentaren zum sogenannten „Kruzifix-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts. Darf man, soll man, muss man gar Kreuze in den Schulen aufhängen? Um diese Frage wird heftig gerungen, und nur wenige andere Streitfragen haben in letzter Zeit so viele öffentliche Stellungnahmen und so viele Leser- und Hörerbriefe provoziert.

Ein anderer Konflikt findet dagegen wenig Aufmerksamkeit: Es geht um einen Gebetsturm, den Muslime in der schwäbischen Stadt Bobingen errichten wollen. Unter dem Titel *„Ein Minarett passt nicht ins Ortsbild“* berichtete die *„Süddeutsche Zeitung“* am 24. August dieses Jahres, dass die Stadt Bobingen mit einem planerischen Schachzug den Bau eines Minaretts neben einer Moschee zu verhindern suche. Überraschend habe die Kommune den Bebauungsplan für das Wohngebiet, in dem sich das Gebetshaus befindet, geändert und auf dem Grundstück der Muslimischen Gemeinde die Baugrenzen so verschoben, dass kein Millimeter Platz für einen Anbau geblieben sei.

Weiter heißt es in diesem Bericht: *„Der Streit zwischen Muslimen und Stadt wegen des Baus eines Gebetsturms begann vor drei Jahren. Von vornherein hatten Stadträte und Bauverwaltung das Minarett abgelehnt, weil es mit 25 Metern höher sei als der Turm der barocken Liebfrauenkirche Bobingens und damit das Stadtbild ‘verfremden’ würde. In unmittelbarer Nähe der Moschee steht der 80 Meter hohe Fabrikschornstein der Hoechst Werke, den die Stadt aber als ihren ‘planerischen Willen’ bezeichnete.“*

Ich will dies jetzt nicht kommentieren. Aber ich denke, beide genannten Fälle werfen ein Schlaglicht auf die Phänomene – und auch auf die Probleme – der interkulturellen Kommunikation, um die es hier in dieser Woche geht. Und sie werfen die Frage auf nach der Toleranz im Spannungsfeld von Minderheiten und Mehrheiten.

I.

Auch mein Thema gehört in diesen Zusammenhang: Es geht um das Bild der Migrantinnen und Migranten in den Medien.

Der aus dem Iran stammende Student Mehran Saberi hat ein deutliches Urteil formuliert: *„Der Funke der Ausländerfeindlichkeit wird von den Medien von den Politikern und Intellektuellen dieser Gesellschaft übertragen. Die Medien spielen dabei eine ganz besonders zwielichtige Rolle. Sie sind es, die sich an der Meinung der Masse*

orientieren. Es geht um Einschaltquoten und Verkaufszahlen, es geht ganz banal ums Geld, nicht etwa darum, auf objektive Art Meinungsbildung zu ermöglichen; Meinungsmache ist angesagt."

So sehr eine solche Medienscheite auch verständlich ist bei einem Mitbürger, der selbst ausländerfeindlichen Attacken ausgesetzt war – wir sollten schon ein bisschen genauer hinschauen. Ich möchte im folgenden zunächst die Ergebnisse einer Untersuchung vorstellen, die wir an unserer Universität durchgeführt haben. Dann werde ich auf weitere Befunde zum Thema eingehen und im Anschluss an die Diagnose einige therapeutische Hinweise geben.

Unsere Studie hat sich auf jenes Feld konzentriert, das in den letzten Jahren im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stand: die Asylfrage. Auf allen politischen Ebenen, von den Städten und Gemeinden bis zu den Ländern und zum Bund, wurde dieses Thema kontrovers diskutiert. Und Sie erinnern sich sicher gut daran, dass sich an den Debatten um Einwanderungspolitik und Asylrecht nicht nur die Parteien, sondern auch die gesellschaftlich relevanten Gruppen beteiligt haben: Arbeitgeber- und Wohlfahrtsverbände sowie eine große Zahl von Bürgerorganisationen und Initiativgruppen. Die Diskussion flackert auch heute noch immer wieder auf – gerade die Auseinandersetzung um die Abschiebung der sudanesischen Asylbewerber in den letzten Tagen hat dies gezeigt.

Die Debatten wurden und werden ausgelöst durch die nationalen Auswirkungen der globalen Migration. Weltweit sind derzeit mehr als 200 Millionen Menschen auf der Flucht – manche Experten nennen sogar noch deutlich höhere Zahlen. Die Anzahl der politischen Flüchtlinge wird auf 13 bis 20 Millionen geschätzt, von denen etwa eine Million Zuflucht in Europa und Nordamerika suchen. Die Gründe für die Fluchtbewegungen sind vielfältig: Neben der Repression gegenüber politischen, religiösen, sozialen und ethnischen Minderheiten und der Missachtung fundamentaler Menschenrechte in den Herkunftsländern bilden Kriege, wirtschaftliche Zusammenbrüche, Armut, Hunger, Verelendung, Umweltzerstörung und Naturkatastrophen die wichtigsten Ursachen für die Migration.

Die Zahl der asylsuchenden Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland nahm seit Beginn der neunziger Jahre stark zu. Die Gründe für diesen Anstieg liegen zum einen im Zusammenbruch der politischen Systeme in Osteuropa, im Wegfall der Grenzbarrieren, in Krisen und Kriegen dort, zum anderen in der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Attraktivität der Bundesrepublik sowie in der – bis zur Grundgesetzänderung vom Juli 1993 – besonders liberalen Ausgestaltung des Asylrechts.

Die Zunahme der Asylbewerber fiel in eine Phase, die – bei aller äußeren Stabilität – von inneren Anpassungsproblemen nach der deutschen Vereinigung und wachsender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. Rechtsradikale Parteien, die ihre Wahlkämpfe mit ausländer- und fremdenfeindlichen Parolen bestritten, hatten seit Ende der achtziger Jahre an Boden gewonnen und waren in Stadträte und Landtage eingezogen. Es entstand eine brisante Gemengelage, die schließlich sogar zu terroristischen Aktionen gegen Ausländer, zu Straßenjagden und Mordanschlägen führte. Mölln und Rostock, Hoyerswerda und Solingen sind nicht die einzigen Orte, die auf der Landkarte fremdenfeindlichen Terrors in Erinnerung bleiben.

II.

Welche Rolle haben die Medien in diesem Zusammenhang gespielt? Welches Bild haben sie vom Thema Asyl und von den Asylbewerbern in Deutschland gezeichnet?

Um dies festzustellen, haben wir die einschlägige Berichterstattung in sechs Tageszeitungen empirisch untersucht. Die Inhaltsanalyse, die federführend von Sabine Schlemmer durchgeführt wurde, bezog sich auf zwei überregionale Abonnementzeitungen, die „*Frankfurter Allgemeine*“ und die „*Süddeutsche Zeitung*“, auf zwei Regionalzeitungen, das „*Freie Wort*“ und die „*Passauer Neue Presse*“, und auf zwei Boulevardblätter, den Kölner „*Express*“ und die Münchner „*tz*“.

Der Analysezeitraum erstreckte sich über die Jahre 1990 bis 1993, wobei aus forschungsökonomischen Gründen immer nur die zweite und dritte Septemberwoche des jeweiligen Jahres berücksichtigt werden konnten. Insgesamt haben wir 835 Artikel zum Themenfeld Asyl in Deutschland ermittelt, die mit Hilfe eines differenzierten Kategoriensystems untersucht wurden. Die Ergebnisse, von denen ich nur eine kleine Auswahl im Überblick präsentieren kann, geben vor allem Antwort auf vier Fragen:

1. Welche Themen werden in der Asylberichterstattung angesprochen?

An der ersten Stelle der Themenliste standen eindeutig Fragen der Asylpolitik und des Asylrechts. Mit großem Abstand folgte das Thema Unterbringung. Diese beiden Komplexe sind in der Hälfte aller Artikel die Hauptthemen. Am dritthäufigsten wurde die Gewalt gegen Asylbewerber behandelt, und an vierter Stelle stehen Artikel, die über kriminelle Delikte und Vergehen von Asylbewerbern berichten. In mehr als jedem siebten Artikel werden die Asylbewerber entweder als Opfer oder als Täter dargestellt.

Themen, die mit positiven Assoziationen verbunden sind und dadurch zu einer größeren Aufnahmebereitschaft und zu mehr Toleranz gegenüber dieser Personengruppe beitragen könnten, kommen selten vor. Berichte über freundschaftliche Begegnungen zwischen Asylbewerbern und Deutschen, über positive Beispiele des interkulturellen Zusammenlebens nehmen nicht einmal 3 Prozent der einschlägigen Berichterstattung ein. Auch fehlen Artikel, die näheren Aufschluss über die hier lebenden Asylbewerber geben könnten. Beiträge über die Fluchtursachen, die unterschiedlichen Kulturen oder die Herkunftsländer sowie Artikel, die sich mit den hiesigen Lebensverhältnissen der Asylbewerber beschäftigen, nehmen nur einen marginalen Raum ein.

Generell lässt sich feststellen: Mit Ausnahme des „*Express*“ bevorzugen alle untersuchten Zeitungen konfliktträchtige Themen. Positive Ansätze des multikulturellen Zusammenlebens werden somit durch Informationen verdrängt, die negativ besetzt sind. Dazu zählen Berichte über die Asyldebatte und Fragen der Unterbringung ebenso wie Artikel über Gewalt gegenüber Asylbewerbern und Kriminalität von Asylbewerbern. Die einschlägige Berichterstattung läuft bei fast allen Zeitungen entlang den Nachrichtenfaktoren Negativismus und Sensationalismus.

2. Welche Ursachen und Lösungen für die Asylfrage behandeln die Zeitungen in ihrer Berichterstattung?

Unsere Analyse zeigt, dass lediglich rund die Hälfte aller Artikel Ursachen oder Lösungen für die Asylfrage angaben. Wenn sie sich überhaupt mit Ursachen beschäftigen, vermitteln die untersuchten Zeitungen in zwei von fünf Artikeln den Eindruck, dass es zu viele Asylbewerber gibt und dass ein Großteil von ihnen das deutsche Asylrecht missbraucht. Daneben werden vor allem Einstellungen und Motive der Inländer sowie die Administration für das „Asylproblem“ verantwortlich gemacht.

Um die mit dem Thema Asyl entstandenen sozialen und politischen Fragen lösen zu können, wurden auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen Auswege gesucht, Konsequenzen diskutiert, Alternativen entwickelt. Dieser Diskurs spiegelt sich ebenfalls in der Presse wider. Wenn Lösungen erwähnt werden, dann sind das allerdings in zwei von drei Fällen administrative Lösungen. Plädoyers für mehr Solidarität und für internationale Kooperation finden sich nur selten.

Sowohl linksliberale Blätter wie die „Süddeutsche Zeitung“, das „Freie Wort“ und der „Express“ als auch eher konservative wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Passauer Neue Presse“ und die „tz“ veröffentlichen vornehmlich Aussagen, die für administrative Lösungen sind.

3. Wer sind die Handlungsträger in der Berichterstattung?

In gut der Hälfte aller Artikel dominieren als erste Handlungsträger Vertreter der Exekutive und der Parteien. Erst an dritter Stelle folgen Asylbewerber; sie treten in 13 Prozent aller Artikel als wichtigste Handlungsträger auf. Initiativen für Asylbewerber und ausländische Interessenvertretungen kommen kaum zu Wort. Zählt man zu dieser Gruppe die Repräsentanten der Kirchen, die innerhalb der Asyldebatte in der Regel für einen Erhalt des Artikels 16 des Grundgesetzes eingetreten sind und die deutsche Bevölkerung zu mehr Toleranz und Solidarität gegenüber Asylbewerbern aufgerufen haben, so sind Gruppen, die eine Lobby für Asylbewerber sein könnten, lediglich in knapp 4 Prozent aller Beiträge vorherrschende Akteure.

Eine eingehendere Analyse der Beiträge ergibt folgendes: Asylbewerber werden in jedem dritten Artikel, in denen sie den ersten Handlungsträger stellen, mit Kriminalität in Zusammenhang gebracht.

4. In welchen Kontexten und wie werden die Asylsuchenden dargestellt?

Hier zeigt sich, dass in jedem zweiten Presseartikel Asylbewerber direkt oder indirekt als Problem, Belastung oder sogar als Bedrohung für Deutschland dargestellt sind. Nur in 7 Prozent aller Artikel werden Asylbewerber als Bereicherung für Deutschland empfunden bzw. als unproblematisch angesehen.

Unsere Annahme, dass die untersuchten Zeitungen für Asylbewerber häufiger Personenbezeichnungen verwenden, die eindeutig negativ besetzt bzw. umstritten sind wie die Bezeichnung „Asylant“, konnte hingegen nicht bestätigt werden. Neutrale Bezeichnungen bzw. solche ohne sprachliche Distanzierung sind in allen Zeitungen sehr viel häufiger vertreten.

Im Zusammenhang mit der einschlägigen Medienberichterstattung wird oft bemängelt, dass Ausländer in den Medien vorwiegend als Masse dargestellt sind und Unterschiede zwischen den Gruppen, Nationalitäten, Kulturen etc. nicht getroffen werden. Die Ergebnisse unserer Studie unterstreichen diese Kritik. Asylbewerber werden in nur

jedem siebten der untersuchten Beiträge personalisiert bzw. als Individuen dargestellt. In der weit überwiegenden Zahl der Artikel erscheinen sie als amorphe Masse. Sie bleiben gesichtslos und dadurch fremd und befremdlich, ja unheimlich.

Hinzu kommt, dass diese pauschalierende Berichterstattung wenig dazu beitragen kann, eventuell bestehende Wissenslücken beim Leser abzubauen. Im Gegenteil, durch diese Verallgemeinerungen können bestehende Gruppenimages verfestigt werden. Zudem verstärkt eine solche Darstellung den Eindruck, dass tatsächlich nicht einzelne Menschen, sondern Massen nach Deutschland kommen. Bestehende Gefühle der Bedrohung können somit noch gesteigert werden.

Wir haben auch die Charaktereigenschaften und Persönlichkeitsmerkmale untersucht, die den Asylsuchenden zugeschrieben werden. Wenn solche Angaben gemacht werden, dann steht den genannten positiven Eigenschaften eine dreimal so häufige Anzahl von negativen Eigenschaften gegenüber.

III.

Ausgewählte Ergebnisse unserer Studie habe ich Ihnen deshalb näher vorgestellt, weil sie eine Reihe von problematischen Mechanismen in Nachrichtenauswahl, Themensetzung und Präsentation bei den Medien zeigen und weil manche Punkte auch auf die Berichterstattung über Migranten, ja über Ausländer allgemein zutreffen.

Gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen der Medienberichterstattung und dem Verhalten von einzelnen Personen und gesellschaftlichen Gruppen, wie der zu Beginn zitierte Mehran Saberi annimmt? Tatsächlich ist die Beziehung zwischen Medienberichterstattung, Meinungsbildung und gesellschaftlichem Handeln weit komplizierter. Das Stimulus-Response-Modell, das die Massenmedien einseitig als Lenkungsmittel und Persuasionsinstrumente sieht, hat sich in der langen Geschichte der Wirkungsforschung als wenig tragfähig erwiesen.

Zu fragen ist zunächst, woher Menschen in komplex organisierten Gesellschaften ihre Informationen über Ausländer beziehen und wie diese aussehen. Zweifellos kommt dabei den Massenmedien eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Allerdings müssen zur Beantwortung der Frage auch Erkenntnisse darüber berücksichtigt werden, wie das menschliche Bewusstsein Informationen über Sachverhalte oder Personen aufnimmt und verarbeitet. Bei der Wahrnehmung von anderen Personen und bei der Entstehung von Gruppenbildern spielen Images, Vorurteile und Stereotypen eine entscheidende Rolle.

Soziale Stereotypen helfen dem einzelnen, sich in einer komplexen Umwelt zu orientieren. Zu ihren Strukturmerkmalen gehören die extreme Reduktion von Komplexität, die Tendenz, bestimmter Dinge überzubetonen, zu verallgemeinern bzw. zu standardisieren sowie eine emotionale Einstellungskomponente. Soziale Stereotypen beeinflussen die Wahrnehmung von Gruppen und weisen eine dichotome Struktur auf, in der Selbstbilder und Fremdbilder miteinander verbunden sind. Dabei sind zwei Aspekte für das Selbst- und Fremdbild charakteristisch: Zum einen die „Übeneralisierung“ der positiven Eigenschaften der Selbstgruppe bzw. der negativen Eigenschaften der Fremdgruppe. Zum anderen die Spiegelbildlichkeit der Bilder. Das bedeutet, dass das gleiche Verhalten in der Eigengruppe als positiv, in der Fremdgruppe jedoch als negativ empfunden wird. Soziale Stereotypen sind äußerst

resistent gegen Veränderung und bedingen eine selektive Wahrnehmung und Auswahl an Informationen.

Journalisten benutzen soziale Stereotypen häufig bewusst, um komplizierte Sachverhalte vereinfacht darzustellen. Problematisch wird dieser Reduktionsmechanismus allerdings dann, wenn Sachverhalte einfacher beschrieben werden als möglich, wenn Sachargumente wegen ihrer Komplexität verschwiegen oder tabuisiert werden, wenn Personen und Personengruppen klischeehaft, einseitig und undifferenziert dargestellt werden.

Die Frage nach der Dosierung, das heißt danach, ab welchem Punkt Informationsverarbeitung mit Hilfe von Images und Stereotypen dysfunktional wird, lässt sich nicht pauschal beantworten. Abzuklären ist, ob Images tatsächlich den Zugang zur Welt erleichtern oder eher ein Vehikel für Vorurteile darstellen und vorhandene Ressentiments noch verstärken. Der Einfluss der Massenmedien ist vor allem dann nicht zu unterschätzen, wenn die Medieninhalte Themen behandeln, die im gesellschaftlichen Normensystem verankert sind, und wenn den Lesern, Hörern oder Zuschauern nur wenige andere Informationsquellen zur Verfügung stehen.

Die Gefahr von Images liegt demnach nicht in der Imagebildung selbst, sondern in der Art und Weise, in der sie die Komplexitätsreduktion vernehmen. Bezogen auf die Massenmedien bedeutet dies, dass Journalisten ihre persönlichen, aber auch die professionellen Wahrnehmungsmuster in Frage stellen müssen. Das trifft vor allem auf die Nachrichtenwerte und Nachrichtenfaktoren zu. Sie stellen gewissermaßen die Baugesetze dar, nach denen die Medienrealität konstruiert ist.

Die Berichterstattung der untersuchten Tageszeitungen bevorzugte die Nachrichtenfaktoren Sensationalismus, Negativismus und Konflikt. Das Bild der Asylbewerber ist vorwiegend klischeehaft und stereotyp. Sie treten als Kollektiv und amorphe Masse auf und sind, wenn überhaupt als Personen thematisiert, primär als Straftäter oder als Opfer von Diskriminierung und Rassismus dargestellt. Sie werden meistens erst dann zum Thema für die Medien, wenn sie sich mit einer wie auch immer gearteten Ausnahmesituation in Verbindung bringen lassen, das heißt, wenn Politiker einschlägige Entscheidungen treffen, es zu aggressiven Handlungen gegenüber Asylbewerbern gekommen ist oder wenn diese in kriminelle Straftaten verwickelt sind. Die vielschichtige Realität der betroffenen Menschen, ihre Individualität, ihre Einzelschicksale finden in den untersuchten Zeitungen kaum Beachtung.

Asylbewerber erscheinen somit selten in normalen Kontexten – die Berichterstattung ist grundsätzlich stark problemorientiert. Informationen, die negativ besetzt und konfliktträchtig sind, verdrängen solche über positive Seiten des multikulturellen Zusammenlebens und über Initiativen zur Integration. Durch die konstante Betonung von Problemen aber können fremdenfeindliche Stimmungen gefördert werden. Und auch die Überbewertung der Asyldebatte kann dazu beitragen, dass Ängste und Abwehrverhalten entstehen und sich Gefühle des Bedrohtseins in der Bevölkerung ausbreiten oder verfestigen.

„*Only bad news are good news*“, so lautet eine zentrale Arbeitsformel der Medienmacher. Wenn man den Journalismus als Frühwarnsystem der Gesellschaft begreift, dann gibt es sogar gute Gründe für die Bevorzugung schlechter Nachrichten. Aber diese Formel gilt nicht durchgängig für alle Berichtsfelder und Ressorts. So wird etwa in den Lokalteilen her positiv über die örtlichen Honoratioren und Vereine, über

Feste und Feiern, über Jubiläen und Alltagsereignisse berichtet. Für Ausländer und Migranten gilt das nicht – sie kommen auch hier vorwiegend in negativen Zusammenhängen vor.

Die Dosierung der Reizmittel hat durch die wachsende Medienkonkurrenz noch zugenommen. Früher hießen die Titel der Fernsehmagazine „Report“ und „Panorama“ heute heißen Sie „Brisant“ und „Explosiv“.

IV.

Auch wenn nicht unmittelbar von den Medieninhalten auf deren Wirkung geschlossen werden kann, sind der Informationsgehalt und die Aussagetendenz von Einzelbeiträgen für die Entstehung von Gruppenimages von Bedeutung.

Die Medien vermitteln durch ihre Berichterstattung ein Welt-Bild, das nicht ohne Einfluss ist. Empfehlungen für praktisches journalistisches Handeln sind somit allemal relevant.

Die erste Forderung an die Journalisten lautet deshalb, auch die Chancen und Entwicklungspotentiale der multikulturellen Gesellschaft wahrzunehmen und über positive Aspekte des Zusammenlebens zu berichten.

Dazu gehört auch historische Tiefenschärfe: Wer weiß schon, dass Ende des 17. Jahrhunderts Zehntausende von protestantischen Glaubensflüchtlingen – die Hugenotten – von Frankreich in die Länder des Deutschen Reiches gekommen sind und wegen ihrer Tüchtigkeit hier gern aufgenommen wurden? Und wem ist bekannt, dass die Entwicklung des Bergbaus im Ruhrgebiet um die letzte Jahrhundertwende ohne die eigens angeworbenen Arbeiter aus Polen nicht zu denken ist? Umgekehrt ist daran zu erinnern, dass die liberalen und radikalen Demokraten des Vormärz in Frankreich Zuflucht fanden und dass viele – wie man heute sagen würde – Wirtschaftsflüchtlinge aus deutschen Landen sich in Amerika eine neue Existenz aufbauen konnten. An diesen und vielen anderen Beispielen lässt sich zeigen, dass auch die Deutschen von der Migration oft profitiert haben.

Unsere Studie hat gezeigt, dass die Flucht und Asyl in den Zeitungen selten dargestellt werden. Auch das Thema, wie Asylbewerber in Deutschland leben, bleibt ausgespart. Solche Informationen aber könnten, wenn nicht zu einer positiveren, so doch zumindest zu einer verständnisvolleren Haltung gegenüber den betroffenen Menschen führen.

Forderung zwei also: Die Medien müssen verstärkt über Ursachen und Hintergründe der globalen Migration und über die Alltagssituation der Betroffenen informieren.

Weiter bevorzugt die Asylberichterstattung deutlich die Exekutive. Die Zeitungen beschränken sich fast ausschließlich auf die Wiedergabe von Politikerstatements. Urheber des Themas sind überdurchschnittlich oft die Repräsentanten des politischen Systems, das heißt Regierungs-, Behörden- und Parteienvertreter; seltener kommen Kirchen oder Interessenvertretungen von Asylbewerbern zu Wort, Asylbewerber selbst fast nie.

Die Hauptbetroffenen sind in der Berichterstattung selten Subjekt, sondern vorwiegend Objekt und Adressat bestimmter Entscheidungen. Sie bleiben passiv, ohne jedes Eigenleben und werden vorzugsweise aus der Perspektive von Deutschen thematisiert. Diesen wird die Möglichkeit eingeräumt, ihre Meinung und Überzeugung zum Thema Asyl darzustellen, das Thema als soziales Problem zu definieren und entsprechende

Lösungen zu finden. Die Betroffenen bzw. ihre Interessenvertretungen sind an der Problemlösung nicht oder nur in geringem Maße beteiligt.

Deshalb als dritte Forderung: Ebenso wie die deutsche Bevölkerung müssen die Journalisten mit den hier lebenden Migranten reden – und diese reden lassen.

Forderung vier: Die Medien müssen weiter daran arbeiten, diskriminierende Formulierungen und Inhalte zu vermeiden. Zwar hielten sich die untersuchten Zeitungen vorwiegend an neutrale Personenbezeichnungen, doch konnten in einer immer noch beträchtlichen Anzahl von Artikeln abfällige Bezeichnungen gegenüber Asylbewerbern registriert werden.

Mit Recht ist schon häufig darauf hingewiesen worden, dass bezüglich unseres Themas sehr problematische Sprachbilder Karriere gemacht haben. Vor allem Wasser-Metaphern werden immer wieder bemüht: „*Flüchtlingswelle*“, „*Asylantenschwemme*“, „*Asylantenstrom*“, „*Asylantenflut*“. Solche Bilder suggerieren, dass wir einer Naturgewalt ausgesetzt sind, die uns massiv bedroht. Auch die Metapher vom „*vollen Boot*“ kann Kollektivängste mobilisieren und verstärken.

Strategien, Strukturen und Verfahren der Nachrichtenauswahl müssen ebenso überdacht werden wie die Art der Vermittlung, der Stil, die Wiedergabe von Meinungen und persönlichen Sichtweisen. Schließlich hängt die Situation von Migranten nicht nur davon ab, welche Rechte ihnen hierzulande zugestanden werden, sondern auch davon, wie sie von der einheimischen Bevölkerung wahrgenommen werden.

Schließlich als fünfte Forderung: Die Medien müssen auch institutionell und personell einen besseren Zugang für ethnische Minderheiten schaffen. Mehr ausländische Journalisten in die Redaktionen und mehr Vertreter von Ausländergruppen in die Mediengremien, lautet die Devise.

Journalisten sollten stärker ressortübergreifend arbeiten. Denn solange „über den Bürgerkrieg in Somalia auf der Außenpolitik-Seite, über die folgende Hungersnot in der Chronik, über den Verfall der Rohstoffpreise im Wirtschaftsteil und über einen somalischen Asylanten, der von Skinheads verprügelt wurde, im Lokalteil geschrieben wird, solange kann in den Köpfen der Leser kein ganzheitliches Bild der Situation entstehen“, so hat es Roland Angerer vor zwei Jahren formuliert. In den beiden letzten Wochen konnten wir ähnliches beobachten – wobei es freilich auch erfreuliche Ausnahmen gab.

Journalisten sollten sich genügend Zeit nehmen, um sich über komplexe Sachverhalte kundig zu machen. Ein größerer Aufwand an Recherche würde auch dazu führen, dass Migrantinnen und Migranten häufiger in ihrem Alltag dargestellt werden könnten. Trotz bestehender Sprachbarrieren oder anderen Berührungängste sollten Journalisten verstärkt auf authentische Quellen zurückgreifen, damit die Betroffenen nicht immer nur von Dritten thematisiert werden, sondern selbst zu Wort kommen.

Im Bereich der Journalistenausbildung müssen verstärkt globale Sichtweisen vermittelt werden. Entwicklungspolitische Seminare und Studienreisen können den Horizont der Journalisten erweitern und sie für die Migrationsthematik sensibilisieren. Auch Journalistenpreise können hier motivieren.

V.

Fazit

Zum Schluss kann ich nur sagen: Da fremde Kulturen und Religionen, andere Mentalitäten und Sprachen immer mehr zum Teil unseres Alltags werden und das Migrationsphänomen sich zu einer gesellschaftlichen Herausforderung entwickelt hat, sollten sich sowohl die Kommunikationswissenschaftler als auch die Medienpraktiker diesem weiten Feld verstärkt zuwenden. Nur so ist dem Ziel einer interkulturellen Verständigung näherzukommen.

Weitere Ergebnisse der erwähnten Untersuchung sind veröffentlicht in dem Aufsatz von Walter Hömberg und Sabine Schlemmer: Fremde als Objekt. Asylberichterstattung in deutschen Tageszeitungen. In: Media Perspektiven, Heft 1/1995, Seite 11-20.

Ergebnisse der Medien-Wirkungsforschung

Die Entwicklung unserer Ideen von der Wirkung der Massenmedien

von Klaus Schönbach

Unser heutigen Vorstellungen von der Wirkung der Massenmedien beginnen mit einer Enttäuschung. Keine zwei Jahre, nachdem das damals noch recht junge Medium Radio einen besonders dramatischen Effekt ausgelöst zu haben schien, wurde 1940 in einer sorgfältigen Untersuchung der amerikanischen Präsidentschaftswahl deutlich: Weder Radio noch Tageszeitungen entfalteten den erwarteten Einfluss auf die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler. 1938 hatte eine Radiosendung – das Hörspiel „*Krieg der Welten*“ – angeblich Hunderttausende von New Yorkern zur Flucht aus ihrer Stadt verführt, weil sie eine Invasion vom Mars befürchteten. Eine geradezu dämonische Macht der Massenmedien, hier besonders des Radios, schien erwiesen. Sein Einfluss war offenbar unwiderstehlich, vernünftige Menschen ließen sich von ihm zu unvernünftigen Handlungen hinreißen. Dahinter stand die Idee eines simplen Reiz-Reaktions-Mechanismus: Die von Presse, Hörfunk und Fernsehen ausgehenden Botschaften werden ohne Umwege und ohne Veränderungen in die Köpfe des Publikums übertragen, gleichsam „injiziert“ („*hypodermic needle*“-Wirkung der Massenmedien). Und: Sie rufen genau die beabsichtigten Reaktionen hervor. Schon 1940 jedoch wurde die scheinbare Binsenweisheit, die Medien seien allmächtig, stark erschüttert: Bei der Präsidentschaftswahl in den USA brachten Presse und Radio erstaunlich wenige Wähler dazu, ihre Wahlentscheidung zu ändern. Was den Massenmedien allerdings durchaus gelang, war eine Aktivierung des Publikum; es begann, sich für die Wahl zu interessieren. Nur: Sobald das geschehen war, verstärkte Radiohören und Zeitungslesen nur die bereits zuvor vorhandenen Meinungen. Das interessierte Publikum – so wurde klar – ließ nämlich aus den ihm angebotenen Informationen nur diejenigen an sich heran, die zur Stabilisierung vorgefasster Urteile beitragen. Dazu stehen – das sieht die Medien-Wirkungsforschung auch heute noch so – grundsätzlich drei kraftvolle Mechanismen zur Verfügung: selektive Zuwendung, die dafür sorgt, dass Medien mit voraussichtlich „unpassenden“ Informationen gar nicht erst genutzt werden; selektive Wahrnehmung, die während des Lesens, Hörens und Zuschauens, falls nötig, zur Blockade der Aufmerksamkeit führt; und schließlich selektives Vergessen – es lässt unliebsame Informationen, die dennoch durchgedrungen sein mögen, nachträglich schnell verblassen.

Naturgemäß rückte nach diesen Erkenntnissen der Beitrag des Publikums für das Zustandekommen von Medienwirkungen in den Mittelpunkt des Interesses: Zusehens wurde akzeptiert, dass Menschen dabei nicht nur das defensive Bedürfnis haben, unangenehme Informationen von sich festzuhalten. Wir alle sind auch neugierig, besitzen Erwartungen und Wünsche, die danach drängen, Medienbeiträge nicht nur zu vermeiden, sondern sie geradezu zu suchen – z.B. um Zerstreuung zu finden, Spannung, Gesprächsstoff. Aus dieser Neubesinnung folgte: Wirkungen von Presse, Hörfunk und Fernsehen können nicht – wie zuvor angenommen – einfach Reaktionen darauf sein, was die Medien bringen. Das Publikum ist vielmehr souverän, sogar widerspenstig: Nicht die Medien wirken, sondern das Publikum lässt sie wirken.

Im Zuge dieser Überlegungen kristallisierte sich eine zweite neue Idee heraus: Die Wirkung der Massenmedien sollte man nicht so sehr im – sowieso schwer zu beeinflussen – Verhalten des Publikums suchen, sondern eher, und bescheidener, im Bereich des Wissens und der Vorstellungen von der Welt.

Beide neue Ideen zu den Wirkungen der Massenmedien gerieten allerdings in ein neues Licht, als drittens ein neues Medium weit genug verbreitet war: das Fernsehen. Das Fernsehen, so hieß es, sei ein besonders authentisches und damit glaubwürdiges Medium, gut geeignet, unsere (im buchstäblichen Sinne) Bilder von der Welt zu prägen. Gerade wegen seiner Bebilderung wurden seine Botschaften darüber hinaus auch sehr leicht verstanden. Und schließlich erschwere die Art seiner Informationsvermittlung – konsekutiv und mit von ihm vorgegebenem Tempo – die Auswahlmöglichkeiten der Zuschauer: Sie können oft nicht wissen, was als nächste Information kommt. Haben sie sich einmal zum Sehen entschlossen, bekommen damit auch unliebsame Botschaften eine Chance, wahrgenommen zu werden. Deshalb könne das Fernsehen den „Widerstand“ des Publikums am besten überwinden, es gleichsam „*übertumpeln*“. Diese Übertumpelungschance haben bei näherem Hinsehen allerdings auch andere Medien: Zeitungen und Zeitschriften können uns mit knalligen Überschriften einfangen, aber auch einfach durch Beharrlichkeit. Ein Thema, das uns immer wieder begegnet („*Kumulation*“), wird irgendwann zur Kenntnis genommen werden müssen.

Aus den Erkenntnissen sowohl zur Rolle des Publikums als auch zu den Möglichkeiten der Medien lernen wir heute: Medienwirkungen sind weder nur eine Reaktion auf die Medienbotschaft noch nur das Produkt einer absolut souveränen Entscheidung des Publikums. Vielmehr entstehen Wirkungen aus dem Zusammenspiel beider, aus der Medienbotschaft einerseits und den Wünschen und Vorstellungen des Publikums andererseits. Das sogenannte „*transaktionale*“ Modell der Medienwirkungen geht sogar noch einen Schritt weiter: Es begreift Effekte als Folge von – in der Regel unbewussten „*Aushandlungsprozessen*“ zwischen Medien und Publikum. Medien können z.B. Interesse wecken, das einerseits zu mehr Aufmerksamkeit für die Berichterstattung führt. Diese mag sich dann auf dieses Interesse einstellen und damit noch einmal Motivation erzeugen, sich mit ihrem Thema zu befassen. Erst danach entstehen vielleicht Änderungen in der Einstellung des Publikums dazu.

Wirkungsfelder

Medien schaffen und beeinflussen – in Zusammenarbeit mit ihrem Publikum – unser Bild von weiten Teilen der Realität:

Zum einen vermitteln sie Kenntnis über Ereignisse, die wir nicht selbst erleben (können).

Sie verbreiten darüber hinaus Vorstellungen, z.B. Images von Personen und – vor allem in der Werbung – von Produkten. Politiker beschwerten sich oft über die „falschen“ Images, die die Medien angeblich von ihnen entwerfen.

Zum Einfluss der Massenmedien auf unsere Wirklichkeitswahrnehmung gehört auch ihre Fähigkeit, Themen der öffentlichen Diskussion zu propagieren und / oder zu verbreiten („agenda-setting“). Sie sorgen mit dafür, dass wir uns Gedanken über Umweltprobleme, die Arbeitslosigkeit oder über die Kriminalitätsrate machen. Massenmedien vermitteln Eindrücke davon, welche Meinungen und Verhaltensweisen „modisch“ sind, welche nicht. Welches „Meinungsklima“ z.B. herrscht zum Paragraphen 218 oder gegenüber Ausländern vor? Aber auch: ist es derzeit schick, einen Minirock zu tragen?

Auch die Vorstellungen, die wir generell vom Zustand unserer Gesellschaft haben, stammen oft aus den Massenmedien („Kultivation“): Das Fernsehen in den USA beispielsweise – so amerikanische Forscher – vermittele den Eindruck, unser Leben sei bedroht von Kriminalität und Katastrophen. Gewalt erscheine alltäglich. Und auch das Bild der Politik verändere sich unter dem Einfluss der Massenmedien.

Im Gefolge dieser von Medien hervorgerufenen oder beeinflussten Vorstellungen können sich in einem nächsten Schritt Einstellungen, ja sogar Verhaltensweisen ändern oder verstärken. Damit erhalten Massenmedien weitere – nun allerdings im Unterschied zur alten Reiz-Reaktions-Idee indirekte – Wirkungschancen.

Medien schaffen und beeinflussen aber auch – in Zusammenarbeit mit ihrem Publikum – Stimmungen. Ihre Botschaften können entspannen, aber auch erregen („Stimmungskontrolle“), ja zu Aggressionen führen. Sie können fröhlich und traurig machen.

Wirkungsbedingungen

Die Stärke des Einflusses, den Medienbotschaften auf uns ausüben können, hängt von Bedingungen ab:

1. Medien haben Einfluss, wenn sie ihr Publikum zunächst einmal tatsächlich erreichen. Das ist nicht so trivial, wie es klingt, denn: Ihre Nutzungschance beim Publikum ist die Folge einer – meist unbewussten – Kosten-Nutzen-Rechnung. In sie gehen hauptsächlich ein:

- finanzielle Aufwendungen für das Massenmedium;
- die zeitliche „Dispositionsfreiheit“.

Wie stark ist das Publikum bei einem Massenmedium zeitlich gebunden? Dieser Teil der Kosten-Nutzen-Rechnung kommt vor allem der Presse und dem Radio zugute – zwei Medien, für deren Rezeption wir in der Regel nicht auf ganz bestimmte Zeiten angewiesen sind;

- der „Dekodierungsaufwand“. Damit ist der geistige Aufwand gemeint, dessen es bedarf, etwa eine Zeitung zu lesen, im Gegensatz zu dem Aufwand, der notwendig ist, um eine Sendung im Fernsehen zu verstehen. Darüber hinaus gibt es Unterschiede selbstverständlich noch zwischen einzelnen Sendungen und einzelnen Presseerzeugnissen;

- der Prestigewert und der „*Spielwert*“ eines Mediums. Ein neues Medium hat es in der Regel leichter, genutzt zu werden, weil es allein durch seine Neuheit eine gewisse Faszination ausstrahlt. Das traf z.B. auf das Radio in den 20er und auf das Fernsehen in den 50er Jahren zu.

2. Medien haben mehr Einfluss, wenn sie Ereignisse schildern, die wir nicht mit eigenen Augen überprüfen können. Dann sind wir auf ihr Bild von der Realität angewiesen.

3. Medien haben mehr Einfluss, wenn sie sich in ihrer Darstellung einig sind. Diese „*Konsonanz*“ der Medien ist einer der wichtigsten Wirkungsfaktoren, weil er den Beitrag, den Leser, Hörer und Zuschauer zur Medienwirkung leisten, stark zu reduzieren vermag. Das Publikum, das nur aus gleichgerichteten Medieninhalten auswählen kann, verliert seine Souveränität und damit die Chance, seinen Bedürfnissen gemäß Medienwirkung zu gestalten.

4. Medien haben mehr Einfluss, wenn sie über längere Zeiträume hinweg die immer gleichen Welt-Bilder verbreiten, sie „*kumulieren*“ lassen. Nach der Devise „*Steter Tropfen höhlt den Stein*“ erreichen ihre Botschaften so auch Rezipienten, die sich lange erfolgreich verschließen konnten.

5. Medien haben mehr Einfluss, wenn sie uns ihre Botschaften „*aufdrängen*“ können – durch auffällige Gestaltung und durch im weitesten Sinne sensationell (überraschend, erregend, verstörend) aufgemachte Inhalte.

6. Medien haben mehr Einfluss, wenn ihre Authentizität, Glaubwürdigkeit beigemessen wird.

7. Medien haben mehr Einfluss, wenn ihre Botschaften auf unerfahrene oder ängstliche bzw. unkritische Rezipienten treffen. Viele Medienwirkungen sind aus diesem Grund wahrscheinlich am stärksten bei Kindern, Jugendlichen und alten Menschen.

8. Medien haben natürlich dann mehr Einfluss, wenn es ihnen gelingt, auf die Interessen, Bedürfnisse und die Weltsicht ihres Publikum einzugehen.

Übrigens: Medien sind in einigen, ja vielleicht vielen Fällen am mächtigsten nicht bei ihrem Publikum, sondern bei denjenigen, die ihre Berichterstattung einsetzen wollen: bei den Politikern, Werbetreibenden und PR-Managern. Oft glauben diese Leute noch an eine bedingungslose Macht der Medien und verändern dann ihr eigenes Verhalten unter dem Einfluss vermeintlicher Medienwirkungen stärker als diejenigen, die diese Medienwirkungen tatsächlich verspüren sollen („*Third-person effekt*“).

Nachdruck aus:

Eberhard Maseberg, Sibylle Reiter, Will Teichert (Hrsg.): Führungsaufgaben in Redaktionen. Bd. 1: Materialien zum Redaktionsmanagement in Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996

Fremd – na und?

Niedersachsen: Ein Land lebt mit Einwanderung, Zuwanderung und Auswanderung

Journalistenpreis der Ausländerbeauftragten des Landes Niedersachsen

Kunst als konkrete Utopie

von Peter Becker

Fremd – na und? Das könnte von uns sein. Davon können alle ein Lied singen, die in dieser Hochschule lehren und lernen. Es ist ein schönes Lied. Und ein vielsprachiges, wie es das Miteinander von Studierenden aus 39 Nationen mit sich bringt.

162 unserer Studierenden (14 %) sind Ausländer, in der Professorenschaft liegt der Anteil bei 18 %.

An Kunst- und Musikhochschulen gibt es weit mehr ausländische Studierende als an Universitäten und Fachhochschulen. Das hat seine guten Gründe. Der beste ist wohl die Sache selbst, um die alle sich unter einem Dach versammelt haben.

Dass unter diesem Dach auch die Musikethnologie, das Europäische Zentrum für Jüdische Musik und die von ihrem Selbstverständnis her ohnehin grenzüberschreitende Journalistik zu Hause sind, gibt so etwas wie zusätzlichen Humus ab, auf dem Musik / Theater in ihrer künstlerischen wie pädagogischen Dimension ihre verbindende Kraft entfalten können.

Sich über alle sprachlichen Unterschiede im Medium der Kunst zu verständigen, sich einfügen und dennoch als Individuum behaupten, vom Verstehen des Fremden zum Verständnis für das Fremde zu kommen und - wo alles Verstehen ein Ende hat, die Kraft zu gewinnen, auszuhalten – so könnte man ein wichtiges Erfahrungsfeld beschreiben, in dem dieses Studium verläuft.

Kunst spiegelt nicht nur wider, ahmt nicht nur nach – sie ahmt auch vor und gibt der gesellschaftlichen und politischen Realität zum Trotz eine lustvolle Vorstellung von dem, was sein könnte. Im Umfang mit ihr erfahren wir etwas von dem, was Ernst Bloch KONKRETE UTOPIE genannt hat.

Das darf unseren Blick nicht trüben für das, was konkret und gar nicht utopisch unseren ausländischen Studenten Jahr für Jahr widerfährt, wenn sie auf Wohnungssuche gehen. Viele von ihnen spüren nur allzu oft, dass ihre Herkunft als das Andere, das Unbequeme und Bedrohliche erfahren wird.

Es bleibt noch viel zu tun, dieses Bild zu revidieren und jungen Menschen anderer Sprache, anderer Hautfarbe und überhaupt anderer Art, die Welt zu buchstabieren, aus ihrem chronischen Nomadentum zu erlösen.

Tonio Sciavo, von dem Franz Degenhardt um 1968 gesungen hat, hat viele Nachfahren, in Herne, Hannover und anderswo.

Der Frage, was zu tun sei, damit die von der Aufklärung propagierten Leuchtfeuer der Vernunft nicht vollends zu Brandfackeln auf Asylbewerberheime verkommen, kann keine von uns ausweichen. Joseph Haydn – darin ein Kind der Aufklärung – konnte von seiner Musik sagen: „*Meine Sprache versteht die ganze Welt.*“ 200 Jahre später sind wir in Gefahr, sprachlos zu werden, weil wir die Welt nicht mehr verstehen.

Das Menschenbild der Schöpfung von J. Haydn hat seine Spuren bis in unser Grundgesetz hinein gezogen: „*Mit Würde und Hoheit angetan...*“. Die Väter des Grundgesetzes wussten es sehr wohl und wir müssen es tagtäglich zur Kenntnis nehmen: Die Würde des Menschen ist antastbar.

Mir scheint, es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Journalismus, in dieser Situation stellvertretend für viele das Wort zu ergreifen, sehr frei nach Wittgenstein: „*Wovon man nicht schweigen darf, darüber muss man reden.*“

Das mag das eigentliche Movens für den Journalistenwettbewerb gewesen sein, den die Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, Frau Gabriele Erpenbeck, das Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung und die Niedersächsische Landesmedienstelle ausgeschrieben haben.

Ein Dank den Initiatoren, der Jury (Prof. Datta Uni Hannover, Dr. Mauersberg Chefredakteur HAZ, Milka Pavličević Chefredaktion ARTE / ZDF Mainz) und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Mit dem herzlichen Glückwunsch an die Preisträgerinnen und Preisträger verbinde ich die Hoffnung, dass Ihre Beiträge ein vielfaches Echo finden, dass Sie viele Menschen anstoßen, wachrütteln und nachdenklich machen, dass sie etwas bewegen und verändern.

Die Tradition der Solidarität

von Wolf Weber

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist gut und wichtig, regelmäßig, also alljährlich die interkulturelle Woche zu veranstalten, die bisher „*Woche der Ausländischen Mitbürger*“ genannt wurde.

Gut und wichtig ist es, mit den Aktionen dieser Woche der Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen, was im schnelllebigen Alltag oft untergeht, nämlich, dass es von unser aller Zusammenleben in Frieden, gleich in welchem Teil der Welt, abhängt, wie es jedem einzelnen von uns geht.

Das Motto „*Miteinander für Gerechtigkeit*“ umfasst diesen Gedanken, der in der Tradition meiner Partei, und inzwischen längst von vielen anderen „*Solidarität*“ genannt wird. Ich möchte aber den ursprünglichen Namen dieser Woche erweitern um „*Woche der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen*“.

Die Weltfrauenkonferenz in Peking, gerade beendet, hat viele Schlagzeilen über die Unterdrückung von Frauen in der ganzen Welt gebracht. Dass es auch hierzulande noch immer Benachteiligung von Frauen gibt, wird kaum jemand bestreiten. Wenig beachtet wird allerdings, dass es besonders die ausländischen Frauen in unserer Gesellschaft sind, die zurückstehen müssen.

Sie machen knapp die Hälfte der rund sieben Millionen Ausländer in der Bundesrepublik aus, aber sie sind überproportional vertreten in nicht sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungsverhältnissen, in un- oder angelernter Arbeiten, vor allem auch in der verdeckten Arbeitslosigkeit. Junge Ausländer, und auch hier sind die jungen Frauen besonders betroffen, sind auf dem Ausbildungsmarkt Schlusslichter; viele verlassen die Schulen ohne Abschluss. Ausländische Frauen brauchen auch dort mehr Unterstützung und rechtlichen Schutz, wo es um eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis geht. Dass sie bei Trennung von ihren Männern Rechte verlieren, löst häufig existenzielle Nöte aus.

Ich möchte aber auch noch erwähnen, dass der Anteil der Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern besonders hoch ist.

Dies sind nur Stichworte, die zeigen, wo auch in unserer Gesellschaft noch zu mehr Gerechtigkeit beigetragen werden kann.

Hier ist allerdings nicht nur der Staat gefordert, sondern auch die private Wirtschaft, z.B. mit der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen auch für ausländische Jugendliche.

Darüber hinaus bleiben natürlich auch andere Aufgaben einer Ausländerpolitik, die sich dem „*Miteinander für Gerechtigkeit*“ verpflichtet fühlt, auch wenn ich sie hier nicht ausdrücklich erwähne.

Insbesondere die aktuelle Frage der Asylverfahren – ich nenne hier nur das Stichwort Frankfurt – wird sicher anlässlich des „*Tags des Flüchtlings*“ am 29. September thematisiert werden. Die Position meiner Partei dazu ist bekannt und steht: Der Artikel des Grundgesetzes „*Politisch Verfolgte genießen Asylrecht*“ ist für uns Verpflichtung. Dass es gerade in diesem sensiblen Bereich auf das Miteinander ankommt, haben wir längst erkannt. Mit der Förderung der flächendeckenden Flüchtlingssozialarbeit hat die niedersächsische Landesregierung dazu beigetragen, dass Akzeptanz und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in unserem Bundesland weitgehend selbstverständlich geworden ist.

Ich wünsche mir, dass auch diese Woche dazu beiträgt, das Motto „*Miteinander für Gerechtigkeit*“ zu verwirklichen.

Menschen im Spannungsfeld zwischen Orient und Okzident

Der 1. Preis für Canan-Mermin Topçu

von Asit Datta

Die anwesenden Jurymitglieder waren sich auf Anhieb einig, dass Sie, Frau Topçu, den ersten Preis verdient haben. Sie haben ein schwieriges Problem umfassend, kenntnisreich, differenziert und doch verständlich dargestellt. Nicht nur der Bericht „*Menschen im Spannungsfeld zwischen Orient und Okzident*“, sondern die Zusammenstellung der ganzen Seite ist ein gelungenes Beispiel, wie man schwierige Sachverhalte allgemeinverständlich behandeln kann, ohne auf den Anspruch von Wissenschaftlichkeit zu verzichten. Einerseits haben Sie anhand der Familie Abul die Unterschiede in Wertvorstellungen, Normen, Lebenszielen der ersten und zweiten Generation einer türkischen Familie verdeutlicht, andererseits aber zugleich gezeigt,

wie die Familie sich gegenseitig beeinflusst und miteinander umgeht, ohne die Konflikte zu beschönigen.

Während Herr und Frau Abul durch die oder wegen der Kinder sich in ihrer zweiten Heimat, Deutschland, zu arrangieren scheinen, vollzieht sich der Loslösungsprozess bei Frau Fatma selbständig. Gegenüber der emanzipierten Fatma steht andererseits Ayfer als eine vollkommen von ihrem Ehemann abhängige Frau, bar jeder Freundschaft und von der Außenwelt abgeschnitten, hilf- und sprachlos dar.

Zur Gesamtdarstellung gehören auch das Bild eines in Berlin lebenden türkischen Malers, ein Gespräch mit einem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts für Soziologie der Universität Hannover über die Migrantenforschung, ein Prosastück der aus der Türkei stammenden Dichterin Handal Bal „*Zwei Jahrzehnte im Rückblick: Deutschland, kein Wintermärchen*“, sowie ein Textauszug aus Karl Valentins „*Die Fremden*“.

Sie vermitteln Fallbeispiele mit sozialwissenschaftlicher Relevanz, Sie lassen Innenansichten durchblicken ohne Voyeurismus, Sie nehmen Partei ohne parteiisch zu sein. Sie stellen literarische Texte auf einer Seite so zusammen, dass das Publikum einerseits den Eindruck eines sinnvollen Ganzen erhält, andererseits den Wunsch verspürt, sich mit den Problemen weiter zu beschäftigen.

Der Preis möge ein Ansporn sein, den Ansatz weiterzuentwickeln.

Canan Topçu wurde am 31. August 1965 in Bursa (Türkei) geboren, seit November 1973 lebt sie in Hannover. Dort hat sie nach dem Abitur Literaturwissenschaft und Geschichte studiert und als M.A. abgeschlossen. Während des Studiums hat Canan Topçu begonnen für die Stadtteilzeitungen in Hannover zu arbeiten, nach der Magisterprüfung hat sie sich ganz dem Journalismus verschrieben. Ihre preisgekrönte Sonderseite über Türken am Deister hat sie im Sommer 1995 zusammengestellt, ohne von dem Journalistenpreis zu wissen. „Eher zufällig habe ich die Ausschreibung genau auf den Punkt getroffen“, meint die Dreißigjährige. Der Preis habe auch Journalistenkollegen für das Thema sensibilisiert und ihre Position in der Redaktion gefestigt.

Nachrichtenwert hat das Außergewöhnliche

Auszeichnungen für Frank Grünberg (2. Preis) Und Wilfried Hinrichs (3. Preis)

von Wolfgang Mauersberg

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Preisträger, ich bin Professor Hömberg außerordentlich dankbar dafür, dass er uns nicht für alles verantwortlich gemacht hat. Ansonsten gilt der Titel „*Gute Nachrichten sind schlechte Nachrichten*“ auch für seinen Vortrag, weil wir ja hauptsächlich schlechte Nachrichten von der Presse erfahren haben, was sie alles nicht macht, was sie alles tun sollte und so weiter. Bei diesem Wettbewerb ging es eigentlich um etwas anderes. Wir wollten von unseren Kolleginnen und Kollegen draußen im Lande erfahren, was sie eigentlich zu diesem Thema produzieren. Wir sollten keine allgemeine Statistik, wie viele Beiträge zu

diesem oder jenem es gibt, sondern wir haben einen Preis ausgeschrieben. Mein Jurykollege, Herr Datta, hat gesagt, zu diesem Thema hätte er eigentlich eine ganze Flut von Beiträgen erwartet. Nun, eine ganze Flut ist es nicht geworden. Gottlob, jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbelastung der Jury.

Aber es sind doch recht gute und recht zahlreiche Beiträge erschienen, das ist mir nicht ganz unwichtig. Mich hat es nicht gewundert, dass es keine Flut gegeben hat, denn es war etwas besonderes gefragt. Das Thema – Ausländer und Deutsche, wie gehen wir miteinander um – ist tägliches Brot in Tageszeitungen und anderen Medien. Da taucht eben der Fall des Asylbewerbers auf, der ausgewiesen werden soll, eine Familie um die sich viele Menschen bemühen, damit sich nicht ausgewiesen wird, die Kirchenasyl bekommt. Darüber berichten wir eben auch. Das geht dann auf der anderen Seite, zugegeben, bis zur alltäglichen Kriminalität. Das Normale vermerken wir ja nicht, nur das Außergewöhnliche. Ich lasse mich auf diese Teilung schlechte Nachrichten – gute Nachrichten nicht ein. Die Teilung heißt: Gewöhnliche Nachrichten, also das, was jeder von uns aus seinem Erfahrungsleben kennt und über das wir ihn nicht mehr extra informieren müssen, und das Außergewöhnliche. Und ich behaupte einmal, auch wenn ich dafür sicher Widerspruch ernten werde, dass das Zusammenleben zwischen den hier geborenen Deutschen und den Zugewanderten schon ziemlich normal ist. Das spiegelt sich auch in den Beiträgen, in denen durchaus nicht überwiegend behandelt wird, wo das Zusammenleben nicht funktioniert, sondern auch und eher wo es funktioniert und wie es funktionieren kann.

Ich spreche jetzt für die mit dem zweiten und dritten Preis ausgezeichneten Beiträge, die sich ihrem Thema auf sehr unterschiedliche Weise nähern. Das eine ist eine in sich geschlossene Reportage, sie stammt vom Institut für Journalistik der Musikhochschule Hannover, die an einem besonderen Einzelfall durch Beschreibung etwas Allgemeines sichtbar und miterlebbar macht. Die andere spielt den Vorteil der Tageszeitung aus, die ein großes Thema in mehrere Einzelaspekte zerlegen und auf diese Weise ihren Gegenstand aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten kann.

Wir, die Hannoversche Allgemeine Zeitung und viele andere Tageszeitungen, neigen inzwischen mehr der zweiten Form zu. Ob berechtigt oder nicht, wir haben ein gewisses Misstrauen, ob die Mehrzahl unserer Leser einem einzigen großen, möglicherweise sich über eine ganze Zeitungsseite hinziehenden Artikel, die Treue halten und nicht vorher aussteigen. In jedem Fall ist die große Reportage die schwierigere Form. Es gilt über acht, zehn oder noch mehr Seiten den Spannungsbogen für ein einziges Thema, eine einzige Figur, durchzuhalten. Der Autor muss gleichsam mit einem Paukenschlag in das Thema einsteigen um den Leser überhaupt für seinen voluminösen Gegenstand zu gewinnen. Denn die Entscheidung des Lesers, oder Zuhörers oder Zuschauers, sich auf eine zeitraubende Beschäftigung einzulassen, fällt gleich zu Anfang. Und selbst wenn sie positiv gefallen ist, kann sie jederzeit revidiert werden. Das ist auch bei Vorträgen nicht viel anders. Auch sie alle werden bei sich beobachten können, wenn es langweilig wird, dann schweiften die Gedanken ab. Zu lange Vorträge sind per se dann schon sehr schädlich. Dieses Problem hat Frank Grünberg, Student der Musikhochschule, mit seiner Reportage über die Breaker der „*Original Crime Production*“ nach Ansicht der Juroren hervorragend gelöst. Die Reportage handelt formal über einen Tag im Leben von Mehmet, der an einem Break-Dance Wettbewerb im Pavillon teilnimmt. Sie beginnt am 17. Juli 1995 um 0 Uhr 34, als der Moderator der Veranstaltung zur Verkündung der Sieger ansetzte, und endet um 0 Uhr 35, als Mehmet mit seiner Gruppe nur Fünfter geworden ist. Das Mittel, Spannung zu erzeugen, liegt auf der Hand. Wer immer sich auf diese Geschichte eingelassen hat will wissen, wie der Held dabei abgeschnitten hat.

Das alles ist zunächst nur die Geschichte eines Tanzwettbewerbs und nicht in erster Linie die Geschichte eines Fremden in seine Situation. Preiswürdig an dem Beitrag ist, dass es Frank Grünberg gelungen ist beides zu einer Einheit zu verschmelzen. Wir erfahren vieles über Break-Dance und noch viel mehr über die Vorbereitung des 14-jährigen Türken und seiner Gruppe auf diesen Wettbewerb. Verwoben damit erfahren wir vom Selbstwertgefühl der Gruppe und ihrem Verhältnis zu Deutschen. „*Deutsch ist zwar meine Muttersprache, aber nicht meine Kultur*“, sagt Mehmet in der Reportage. „*Ich bin Türkin, lebe aber nicht als Türkin*“, sagt Azu. „*Ich fühle mich hier zu Hause, meine Heimat ist aber nirgendwo*“. Die Figuren sprechen für sich, nur für sich. Sie deuten aber auf etwas allgemeineres. Nämlich wie das Selbstgefühl eines Menschen ist, der hier lebt, sich auch hier zu Hause fühlt aber dennoch anders ist als andere. Frank Grünberg ist es gelungen, in diese Dimension vorzustoßen, aber er erspart uns und seinem Gegenstand den erhobenen Zeigefinger. Er lässt seine Person für sich sprechen. Aber er beutet sie nicht aus, um uns allen ein Lehrstück vorzuführen. Solche Lehrstücke mögen von guten Absichten getragen sein, aber sie gehen einem fürchterlich auf die Nerven.

Der Zeitungsprofi Wilfried Hinrichs von der neuen Osnabrücker Zeitung geht die Sache ganz anders an. So ähnlich wie die Preisträgerin des ersten Preises. Sein Thema ist die Eingliederung von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion, von denen viele nach Niedersachsen gekommen sind. Häufig an einen Ort, wo schon Familienangehörige, Freunde, Bekannte oder nur Schicksalsgenossen wohnen. Wir erfahren, wo die Aussiedler in der Gemeinde Belm untergebracht sind, meistens übrigens in früheren britischen Armeewohnungen, wie es ihnen ergeht. Im Mittelpunkt steht Urgroßmutter Ada Sommer (84) und ihre riesige Familie. Sieben Menschen, vier Generationen, die sich eine 78 Quadratmeter große Wohnung für 1200 Mark Kaltmiete teilen. Die Leser erfahren, was der Jugendtreff am Ort leisten kann, welche Sorgen die Menschen der Beratungsstelle vortragen und wie viele deutsche Bürger und Institutionen es gibt, die von den 2.000 Neubürgern in der einen oder anderen Form bzw. schön die Verhältnisse auch nicht. Das Resümee ist offen: „*Noch ist die Situation in Belm nicht eskaliert, doch die Gefahr besteht.*“ Einen klar gegliederten umfassenden Bericht, der die Probleme beim Namen nennt und nicht alles auf einen Nenner zu bringen versucht, solche Berichte wünschen wir uns häufiger. Wir sind uns aber klar darüber, dass dies in einer Tageszeitung nicht an jedem Tag und zu jedem Thema zu leisten ist. Um so beglückender ist es, wenn es ab und zu gelingt. Wilfried Hinrichs ist es gelungen die Sorgen der Aussiedler und die Sorgen über die Aussiedler in dieser Weise darzustellen, auch wenn das Ergebnis nicht heißt, fremd – na und.

Frank Grünberg wurde am 15. Juli 1966 in Frankfurt am Main geboren. Von 1987 bis 1994 hat er Physik in Aachen studiert. Schwerpunkt Halbleitertechnik, und als Diplom-Ingenieur abgeschlossen. Danach hat er das Aufbaustudium Journalistik an der Musikhochschule in Hannover begonnen. Die Entwicklung vom Naturwissenschaftler zum Journalisten hat für ihn 1992 begonnen, als er an einer Jubiläumsschrift der IG Metall mitarbeitete. Parallel zu seinem Journalistikstudium arbeitet er für das Deutschlandradio in Köln und die Obdachlosenzeitung Asphalt in Hannover. Technische und soziale Themen sind für ihn gleich wichtig. Als er die Ausschreibung des Preises an der Universität sah, entschied er sich sofort teilzunehmen. „Ich habe mich schon früher intensiv mit Rassismus auseinandergesetzt“ sagt er, „Das war für mich eine Gelegenheit diesen Faden wieder aufzunehmen“. In Folge des 2. Preises gibt es für ihn ein Angebot, frei für eine Tageszeitung zu arbeiten.

Wilfried Hinrichs wurde am 27. Februar 1963 in Dörpen an der Ems geboren. Nach dem Abitur studierte er Publizistik, Wirtschaft und Geschichte in Münster. Während des Studiums arbeitete er als freier Mitarbeiter für verschiedene Lokalblätter der Ems-Zeitung, nach der Magisterprüfung machte er ein Volontariat bei der Neuen Osnabrücker Zeitung. Dort arbeitet er jetzt seit fünf Jahren, drei davon im Mantelteil, seit zwei Jahren im Lokalteil. Seine Themen setzt er „wie Kraut und Rüben“, so wie es sich „aus dem Alltag ergibt“. Er will sich nicht an sozialen Themen „festbeißen“. Das Dilemma des Lokaljournalisten sei nun einmal, für alles zuständig zu sein. Seine Sonderseite über die Aussiedler in Belm, die mit dem 3. Preis ausgezeichnet wurde, habe sich quasi von selbst aufgedrängt: „Belm liegt in meinem Zuständigkeitsbereich, also wollte ich die brennenden Probleme schildern, ohne dabei Vorurteile zu schüren“ Als Wirkung seines 3. Preises sieht er, dass sich dadurch seine eigene Sensibilität gegenüber Ausländern und Aussiedlern verstärkt hat.

Anhang:

Türkische Familien am Deister

Die fremde Welt ist vielen längst zur Heimat geworden

von Canan Topçu

Menschen im Spannungsfeld zwischen Orient und Okzident

Mit dem Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei im Jahre 1961 beginnt die Arbeitsmigration. Ob in der Großstadt oder im Dorf, die Nachricht von der Arbeitersuche breitet sich schnell aus. Viele Frauen und Männer melden sich in den Anwerbebüros und lassen Gesundheitsuntersuchungen über sich ergehen, um als „Gastarbeiter“ in die Bundesrepublik einzureisen: Die Industrie deckt damit ihren Arbeitskräftebedarf ab. Viele kommen in dem Glauben, ein paar Jahre zu arbeiten und sich mit dem Ersparten in der Heimat eine Existenz zu gründen. Doch die Realität sieht anders aus: Aus ökonomischen Gründen entfernen sich die Unternehmen von dem Rotationsprinzip, wonach die Arbeitskräfte regelmäßig ausgewechselt werden sollen – daher auch der Begriff „Gastarbeiter“. Viele Türken bleiben hier und holen ihre Familien nach. Inzwischen gibt es neben der ersten und der zweiten auch die dritte Generation. In vielen Städten hat sich ein eigenständiges soziales Leben entwickelt, mit Sport- und Kulturvereinen, Moscheen und Cafés. Auch türkischsprachige Zeitungen und Fernsehsender leisten ihren Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität. Die Rückkehr in die Heimat ist oft nur noch ein Wunsch. Canan Topçu, Mitarbeiterin des Deister-Anzeigers, sprach mit türkischen Familien, Wissenschaftlern und Vertretern deutscher Behörden über das weite Feld der Migration.

„Wir haben Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen.“

Max Frisch

„Mich hat die Lust auf Abenteuer hierher geführt“, erzählt der 50jährige Muhsin Abul, der als Junggeselle nach Deutschland kam. Seit 23 Jahren lebt er inzwischen am Deister. Seine Frau lernte er während eines Türkeiaufenthaltes kennen, heiratete sie innerhalb von 14 Tagen und brachte sie sogleich mit nach Springe. Birsal und Muhsin sind seit 19 Jahren verheiratet, haben zwei Söhne und eine Tochter. Alle drei Kinder kamen hier zur Welt, die „Heimat“ kennen sie nur von den Ferien. *„Unsere Eltern sind*

Türken, also sind wir es auch“, sagt der 16-jährige Selcuk. Im Zimmer der Söhne hängt eine große türkische Fahne. Laut Identitätsausweis sind die Abul-Kinder türkische Staatsbürger, eigentlich aber Mischexistenzen. Im elterlichen Haus werden sie mit den Werten und Normen der türkischen Gesellschaft, außerhalb mit der deutschen Realität konfrontiert.

Tradition und Moderne

Besonders gravierend wirkt sich dies für die 15-jährige Tochter Betül aus. Während die Eltern nichts gegen die deutschen Freundinnen der Söhne haben, kommt ein deutscher Freund, gar ein deutscher Ehemann für Betül nicht in Frage. Ein türkisches Mädchen geht als Jungfrau in die Ehe. Und über die Einhaltung dieses ungeschriebenen Gesetzes wachen auch die Brüder. So ist einer von ihnen immer dabei, wenn sie mal abends ausgeht. Betül rebelliert nicht, nimmt es stillschweigend hin und merkt dabei, dass sie sich doch noch von ihren deutschen Freundinnen unterscheidet.

Während die Söhne in Gegenwart der Mutter rauchen, könnte sich Betül diese Freiheit nicht herausnehmen. Sei weiß, was sich gehört. Aber auch ihre Brüder wissen es: So verbietet es ihnen der Anstand, in Anwesenheit des Vaters zur Zigarette zu greifen. Selbstbewusst treten die Söhne der Abuls auf, empfinden sich hier nicht – anders als die Generation ihrer Eltern – als Gäste.

Der 17-jährige Serkan besucht in Hameln das Gymnasium und möchte Biotechniker werden. Selcuk zieht es vor, eine Lehre als Bürokaufmann zu machen. Und Betül träumt davon, einmal Stewardess zu werden. Die Sprache ihrer Eltern können die Kinder nur bruchstückhaft, inzwischen sprechen auch Birsal und Muhsin oft deutsch mit ihnen. Die Gelegenheit, ihre „Muttersprache“ zu sprechen, haben die Kinder sonst kaum.

In Bad Münden, wo die Familie seit 15 Jahren lebt, gibt es zwar auch andere türkische Jugendliche, doch die Abul-Kinder haben kein Interesse an ihnen. Auch die Eltern haben nur wenig Kontakt zu türkischen Familien. Beide sind berufstätig: Muhsin – gelernter Schneider – arbeitet seit 22 Jahren in einer Flaschenfabrik, Birsal hat eine Änderungsschneiderei in Springe. *„Es bleibt ja nicht viel Zeit für Besuche“*, sagt Muhsin, der an freien Tagen seiner Frau Arbeiten an der Nähmaschine abnimmt. Birsal ist von morgens bis abends im Geschäft, hier bekommt sie hin und wieder Besuch von türkischen Bekannten. Die wenigen Stunden ihrer Freizeit verbringt sie gerne zu Hause, und da ist sie meist mit der Hausarbeit beschäftigt.

Morgens Deutschland, abends Türkei

Familie Abul pflegt intensive Kontakte mit der Türkei, schreibt Briefe oder telefoniert mit der Verwandtschaft. *„Ach, wir sind jeden Abend dort“*, sagt der Vater ironisch und meint damit den über Kabel zu empfangenden staatlichen türkischen Fernsehsender (TRT-int.). Seitdem türkische Familien via Kabel in deutschen Ländern TRT-int. empfangen, fühlen sie sich hier viel heimischer. Allabendlich sitzt auch das Ehepaar in der Stube vor dem Fernseher, während die Kinder in ihren Zimmern Techno- oder Rap-Musik hören.

In ihren Heimatort fahren die Abuls jedes Jahr; dort sind sie inzwischen Besitzer mehrerer Wohnungen, wobei die Mieteinkünfte den Lebensunterhalt anderer Familienmitglieder sichern. Ein Appartement, komplett eingerichtet, steht allerdings bis auf wenige Wochen im Jahre leer. Es ist das Feriendomizil der Abuls, sechs Wochen

des Jahres verbringen sie dort, empfangen Besuch von Freunden und Verwandte, tauchen in das türkische Leben ein. An eine Rückkehr denkt das Ehepaar allerdings nicht. Die wollen weiterhin pendeln zwischen Orient und Okzident.

Migranten: Im Blickpunkt der Forschung

Dursun Tan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Soziologie der Universität Hannover. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Lebenssituation älterer Einwanderer und die Intellektualisierungsprozesse von Migranten. Der 34-Jährige lebt seit 25 Jahren in Deutschland. Canan Topçu sprach mit Tan über die türkische Bevölkerung.

- Wie schätzen Sie die Situation der hier lebenden Türken ein?

Es etabliert sich zunehmend eine nicht traditionell orientierte Minderheit von Deutsch-Türken. Daneben gibt es aber auch eine konservative Gruppe, die Getreu der Maxime „Zurück zu den Wurzeln“ lebt.

- Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Wir sprechen von Migrationsgewinnern und –verlierern. Zu den sogenannten Verlierern zählen wir die, die ihre Erfahrungen in Deutschland – aus unterschiedlichen Gründen – nicht verarbeiten konnten und sich den Traditionen verpflichtet fühlen. Diese Gruppe setzt sich im wesentlichen zusammen aus der ersten Generation. Diese Menschen kamen mit ganz anderen Vorstellungen: Sie wollten hier Geld verdienen und sich in der Heimat eine neue Lebensgrundlage schaffen. Jetzt stellen sie aber fest, dass die Rückkehr gar nicht mehr ohne weiteres möglich ist, denn auch in ihrer Heimat hat sich ja vielen verändert.

- Und die zweite Gruppe?

Diese setzt sich zum Großteil aus der zweiten und der dritten Generation zusammen, das heißt aus den Kindern und Enkeln der „Gastarbeiter“. Sie können sich auf die Lebensbedingungen hier einlassen, sprechen gut deutsch und sind mit den Werten und Normen der deutschen Gesellschaft vertraut. Sie erlernen einen Beruf oder studieren hier. Es etabliert sich auch eine Avantgarde-Minderheit im künstlerisch-intellektuellen Bereich. Anders als die ältere Generation sind die Jüngeren nicht so zerrissen. Viele haben sich für das Leben hier entschieden.

- Und die Älteren?

Viele ältere Menschen pendeln – auch gedanklich – zwischen hier und dort, verbringen ihren Urlaub in der Heimat und träumen nach wie vor von der Rückkehr. Aber auch wenn sie pensioniert sind, bleiben sie hier, weil ihre Kinder längst in Deutschland heimisch geworden sind. Die ältere Generation muss sich Gedanken über das Altern in der Fremde machen.

Die Fremden

Aus: Karl Valentin, Die Fremden (1940);

In: Ästhetik und Kommunikation 44, Berlin 1981)

Karlstadt: Wir haben in der letzten Unterrichtsstunde über die Kleidung des Menschen gesprochen, und zwar über das Hemd. Wer von euch kann mir nun einen Reim auf Hemd sagen?

Valentin: Auf Hemd reimt sich fremd!

Karlstadt: Gut – und wie heißt die Mehrzahl von fremd?

Valentin: Die Fremden.

Karlstadt: Jawohl die Fremden – Und aus was bestehen die Fremden?

Valentin: Aus „fremd“ und „den“.

Karlstadt: Gut – was ist ein Fremder?

Valentin: Fleisch, Gemüse, Obst, Mehlspeisen und so weiter.

Karlstadt: Nein, nein, nicht was er isst will ich wissen, sondern wie er ist?

Valentin: Ja, ein Fremder ist nicht immer ein Fremder

Karlstadt: Wieso?

Valentin: Fremd ist der Fremde nur in der Fremde.

Karlstadt: Das ist nicht unrichtig. – Und warum fühlt sich ein Fremder in der Fremde fremd?

Valentin: Weil jeder Fremde, der sich fremd fühlt, ein Fremder ist und zwar solange, bis er sich nicht mehr fremd fühlt, dann ist er kein Fremder mehr.

Karlstadt: Sehr richtig! – Wenn aber ein Fremder schon lange in der Fremde ist, bleibt er dann immer ein Fremder?

Zwei Jahrzehnte im Rückblick: Deutschland, kein Wintermärchen

von Handan Bal

Mein erster Tag in Deutschland fällt mir wieder ein: ein kalter, regnerischer Novembertag. Kein Schlaraffenland erwartete mich hier. Mein Deutschland-Traum – zusammengesetzt aus Briefen und Erzählungen meiner bereits hier lebenden Eltern und aus den Bildern eines Quellekatalogs, der sich aus unerklärlichen Gründen in unserem Haus in der Türkei befand – bricht zusammen.

Ich erinnere mich an die erste Schulzeit: Wie sich Klassenkameraden um mich kümmern. Schnell verlieren sie aber das Interesse an mir. Dann der Sportunterricht: Bei der Aufteilung von Mannschaften stehe ich als letzte da, mitten in der Turnhalle. Beim genaueren Nachdenken stelle ich aber fest, dass ich das Gefühl, nicht dazu zu gehören, auch während meiner Türkeiaufenthalte hatte. Ich spürte stark die Grenzen meiner Sprache, war nicht mehr so sicher im Umgang mit den Menschen dort. Schule in Deutschland, Abitur, dann Reisen in deutsche Städte, zu Ausstellungen, Konzerten oder Lesungen, besonders aber das Studium sind dann Ausdruck der schwierigen, aber für mich subjektiv erfolgreichen Integration in das hiesige Leben. Deutschland, das bedeutet Fremde und – im weitesten Sinne – Teilhabe an kulturellen Werten. Es ist das Deutschland der „Dichter und Denker“, und nicht das andere der „Richter und Henker“. Deutschland beginnt mich zu interessieren, gerade in seiner Größe und Grenze. Mein Türkei-Problem verändert sich dabei. War diese ferne Heimat in den ersten schwierigen Jahren sehnsüchtiges Land der Geborgenheit, so entwickle ich nun eine andere Beziehung. Auch die Türkei, so muss ich feststellen, ist ein gespaltenes Land, oszillierend zwischen Mittelalter und Moderne. Es ist nicht mehr das Land der Kindheit, ich kann nicht mehr so tun, als ob die Türkei schlechterdings Heimat sei, ich sehe auch dort zu viele Schatten. Meine Sehnsucht gilt dem freien Leben, wünsche es mir hier ebenso wie in der Türkei. Ich kann und möchte nicht auf Deutschland verzichten, und wünsche mir zugleich ein wirklich freies Leben, für die Menschen in der Türkei. Ich

hoffe, dass auch die Türkei, meine erste Heimat, sich nicht in nationalistischen Widersprüchlichkeiten verstrickt; ich denke vor allem an das kurdische Problem, dessen aggressive Praktik mich beunruhigt. Das Gedicht einer hier lebenden Türkin fällt mir ein, das auch meine Stimmung zum Ausdruck bringt: *„Fremd ist nicht mehr/ fremd./ Heimat ist nicht mehr/ Heimat./ Keine unaufhörlichen Träumereien mehr/ von der Heimat/ in der Fremde. Weder will ich/ das eine/ noch/ das andere./ Ich will beides/ als ein Ganzes.“*

Handal Bal wurde 1965 in Bursa/Türkei geboren und lebt seit 1973 in Deutschland. Sie besuchte in Hannover die Grundschule, Hauptschule, Realschule und das Gymnasium und studierte von 1985 bis 1992 Literaturwissenschaft.

Ein Leben lang: Fremde Heimat – Neue Heimat in der Fremde

„Ich fühle mich fremd, wenn ich in der Türkei bin“, sagt die 43-jährige Fatma. Trotzdem fliegt sie alle paar Jahre in die Heimat, die eigentlich keine mehr ist. Die Sehnsucht nach der Verwandtschaft zieht sie immer noch dort hin, aber leben will und kann sie in der Türkei nicht mehr. Die Urlaubswochen genießt sie, gern kehrt sie aber wieder zurück, zurück nach Deutschland, wo sie – abgesehen von einigen kürzeren Unterbrechungen – die Hälfte ihres Lebens verbracht hat. Dass Deutschland *„Isçi“* sucht, Menschen also, die arbeiten wollen, erfährt Fatma im Frühjahr 1973 von Bekannten. Die damals 21-Jährige meldet sich im Anwerbebüro. Nach dem Ausfüllen der zahlreichen Formulare bekommt sie eine schriftliche Benachrichtigung. Den an Fatma adressierten Brief zerreißen die Eltern aber – sie wollen nicht, dass ihre Tochter in das ferne und fremde Land fährt. Doch die junge Frau ist entschlossen und macht einen zweiten Anlauf, und diesmal gibt sie eine andere Adresse an. Fatma lässt die Gesundheitskontrolle über sich ergehen. Sie erhält nach einigen Wochen die Nachricht, wann und wohin sie fliegen wird. Angeworben von der Firma Telefunken und ohne jegliche Sprachkenntnisse und Vorstellungen davon, was sie in Deutschland erwartet, setzt sich Fatma im Sommer 1973 in das Flugzeug, um nach Hannover zu fliegen. Hier wird sie von Firmenangestellten abgeholt und in ihre zukünftige Bleibe gebracht: Ein Wohnheim in Springe, wo sie sich mit mehreren Frauen ein Zimmer teilen muss. Über die Ursachen ihrer Migration nachzudenken, ist für Fatma ein müßiges Unterfangen. *„Ich weiß gar nicht mehr, warum ich hierher gekommen bin“*, sagt die Frau aus Izmir. Vielleicht war es der Wunsch aus den engen Familienstrukturen auszubrechen. Inzwischen sind 22 Jahre vergangen – zwar nicht der Firma Telefunken, aber der Stadt Springe hat Fatma die Treue gehalten. Hier heiratet sie, 23-jährig einen Türken, bringt einen Sohn, Yagmur, und eine Tochter, Caglar, zur Welt. Sie führt aber eine unglückliche Ehe und lässt sich nach zwei Jahren – trotz der Kinder – scheiden. *„Ich habe sehr schwere Zeiten hinter mir“*, kommentiert sie ihr Leben. Inzwischen hat sie einen deutschen Ehemann und ihr drittes Kind, den zehnjährigen Sohn Arndt. Fatma hat aber auch das, wofür sich viele hier lebende Türken nicht entscheiden können: die deutsche Staatsangehörigkeit. Was sie nicht hat: Kontakt zu türkischen Familien. Darauf verzichtet Fatma bewusst. *„Ich will meine Ruhe haben und nicht mein Leben vor anderen rechtfertigen müssen“*, erklärt sie energisch. Ihre Muttersprache hat Fatma nicht verlernt, aber häufig schleichen sich deutsche Wörter in die türkischen Sätze; Wörter, die eng mit ihren Lebenserfahrungen hier verbunden sind.

„Wer die Wahrheit sagt, wird aus neun Dörfern vertrieben“

Was hat Sie nach Springe geführt?“, frage ich meine Gesprächspartnerin. Die junge Frau wird verlegen und blickt auf den Boden. *„Nun erzähl schon! Du brauchst keine*

Angst zu haben“, sagt ihre Bekannte, in deren Wohnung wir uns getroffen haben. Ayfer hat aber Angst. Sie hat zwar von ihrem Mann die Erlaubnis erhalten, sich mit mir zu treffen, aber auch die Warnung, ja nichts Falsches zu erzählen. Mit ihrem schüchternen Lächeln gibt sie mir zu verstehen, was damit gemeint ist. Sie zittert mit leiser Stimme eine bekannte türkische Redewendung: *„Wer die Wahrheit sagt, wird aus neun Dörfern vertrieben.“* Die junge Frau zieht ihr Kopftuch zurecht, rückt auf dem Stuhl hin und her und beginnt schließlich zu sprechen. *„In unserer Gegend heiraten die Mädchen sehr jung“*, sagt Ayfer, die aus einem mittelanatolischen Dorf bei Kütahya stammt. Viele Männer halten bei ihren Eltern um ihre Hand an. Einer der Bewerber droht damit, sie zu entführen, wenn die Eltern der Heirat nicht zustimmen. Das beunruhigt den Vater, der sich nur für ein paar Wochen in der Türkei aufhält. Er arbeitet in Deutschland und verbringt lediglich seinen Jahresurlaub in der Heimat. Unter den zahlreichen Heiratskandidaten ist auch ein junger Mann, der in Springe lebt und ebenfalls nur die Ferien im Dorf verbringt. Aus Sorge um die Familienehre stimmt der Vater dieser Anfrage zu: Innerhalb von drei Wochen findet die Verlobung und Hochzeit seiner Tochter statt. Noch bevor Ayfer versteht, was um sie geschieht, ist sie im Alter von 16 Jahren eine verheiratete Frau. Nach der Trauung und dem großen Hochzeitsfest zieht sie mit ihrer Aussteuer zu den Großeltern ihres Mannes. Er ist inzwischen wider in Springe, wo er mit seinen Eltern seit vielen Jahren lebt. *„Ich habe für seine Großeltern gekocht und geputzt, war so etwas wie ihr Hausmädchen“*, resümiert die auffällig schüchterne Frau heute. Es dauert zwei Jahre, bis die Braut ihrem Mann nach Deutschland folgen kann. Nach Deutschland habe sie eigentlich nie gewollt, aber das sei wohl *„auf ihre Stirn geschrieben“* worden. *„Schicksal halt!“* Seit sieben Jahren lebt Ayfer am Deister, Noch bis vor einem Jahr wohnte das junge Paar mit seinem Sohn bei den Schwiegereltern. Ayfer möchte nicht an diese konfliktreiche Zeit erinnert werden, obwohl sie auch heute noch oft dort ist. Aus anerzogenem Respekt kocht und wäscht sie auch weiterhin für ihre Schwiegereltern. Zwar lebt Ayfer gerne in Springe, sie vermisst aber ihr Dorf und ihre Freundinnen – denn Kontakt zu Deutschen hat sie kaum. Die deutsche Sprache ist ihr immer noch Buch mit sieben Siegeln. *„Wann komme ich schon dazu, deutsch zu sprechen?“*, erzählt sie. Warum sie ein Kopftuch trägt, frage ich sie zum Abschluss unseres Gesprächs. Ich erhalte eine kurze, aber klare Antwort: *Mein Mann will es.“*

„Wir schaffen uns unsere Kultur selber“

Eine Reportage über die Breaker der Original Crime Production

von Frank Grünberg

Pavillon. 17. Juni 1995. 0 Uhr 34. Gebannt blickt Mehmet auf die Bühne. Regungslos steht er da, seine Hände umklammern den Besenstiel. Die Menschen um sich herum scheint er kaum noch wahrzunehmen. Schweißperlen kullern ihm über das Gesicht, sein Dreitagebart glänzt im Scheinwerferlicht. Zwei Monate hartes Training liegen hinter ihm – und gleich ist es soweit. Pfiffe grellen durch den Saal, über Mehmeds Kopf schwebt Zigarettenqualm. Nicht einen Augenblick weichen seine Augen von den verheißungsvollen Lippen des Moderators. Gerade ergreift dieser das Mikrofon. Ein Aufschrei geht durch das dichtgedrängte Publikum. Lange haben die zahllosen Breakdance-Fans ausgeharrt. In wenigen Sekunden werden sie endlich wissen, wer an diesem Abend gewonnen hat. Und Mehmet hofft, dass es diesmal gereicht hat – für die Jury, für die Crew und für Platz vier.

Rückblende. Jugendzentrum Döhren. Anfang Juni. Unaufhörlich hämmern die übersteuerten Bässe in den schmutzigen Tanzsaal. „*Get on the scene, like a sexmachine*“ schreit James Brown aus der kleinen Box. Die Vorhänge vor den Fenstern sind zugezogen. Mattes Neon-Licht fällt auf die linoleum-graue Bühne. Es herrscht Bunkerstimmung. Knäuel aus Pullovern, Hosen und Schuhen liegen auf den Tischen. Daneben steht eine halbvolle Limoflasche. An den Wänden prangen bizarr-bunte Graffitis. Der schnörkelige Schriftzug zeigt, wer hier zu Hause ist: Original Crime Production. O.C.P.

Die Vorbereitungen von Mehmet, seinem Bruder Turgay, seiner Schwester Arzu und Chantal laufen auf Hochtouren. Dienstags und Donnerstags trainieren die vier inzwischen – ohne Trainer und ohne Verein. Noch bleiben ihnen knapp zwei Wochen bis zur „*Battle of the Year*“; dem Festival, das das hannoversche Kulturzentrum „*Pavillon*“ für zwei Nächte zum internationalen Zentrum der Breakdance-Szene machen wird. 16 Teams aus ganz Deutschland haben sich allein für den nationalen Vergleich angesagt, und nur die ersten vier dürfen sich einen Tag später mit der Crème de la Crème der europäischen Breaker messen. „*Second to none*“ aus England, „*Actuel Force*“ aus Frankreich oder die „*Broken Steps*“ aus Polen: Namen, die das Herz eines jeden Breakers höher schlagen lassen. Seit langem hat O.C.P. auf diese Chance gewartet. Platz vier ist nicht sicher, aber in Sicht. Doch ohne Schweiß kein Preis.

Mehmet tänzelt in die Bühnenmitte. Schwarzes Sweatshirt, blaue Trainingshose. Dann geht er in die Knie und stützt sich, die Beine weit nach hinten gestreckt, auf seinen linken Arm. Schnell, schnell, immer schneller läuft er um diesen herum – Bauch Richtung Boden. Und dann heben seine Füße ab. Auf nu einer Hand dreht sich Mehmet um sich selbst. Wie ein Propeller schleudert sein Körper in der Horizontalen, sein rechter Arm hält die Balance. Ein – zwei – drei Sekunden hält Mehmet die „*turtle*“, wie die Figur in der Breakersprache heißt. Dann klatscht er auf den Boden.

„*Den Grundstein für mein heutiges Können habe ich durch Krafttraining gelegt*“, keucht Mehmet während einer kurzen Pause. Verschwitzt klebt sein dünnes Haar an der Stirn. „*Den Rest habe ich mir selber beigebracht.*“ Seit mehr als zehn Jahren ist der 24-jährige Türke im Geschäft. Mit O.C.P. tanzt er seit drei Jahren. Mehmet breakt, um den Stress des Alltags loszuwerden, um sich von der Schichtarbeit beim Paketversand der Post zu erholen.

Von der Akrobatik bis zur Pantomime, von der Fitnessgymnastik bis zum Bodenturnen reicht die Palette der Breakdance-Elemente. Da gibt es die kraftvollen „*powermoves*“, zu denen Figuren wie „*turtle*“ (Schildkröte), „*windmill*“ (Windmühle) oder „*headspin*“ (Kopfdreher) gehören. Da gibt es gleichfalls die eleganten „*styles*“, die tänzerischen Passagen. Seine Wurzeln hat der Tanz im brasilianischen Kampftanz „*Capoeira*“, aber auch im „*Good Foot*“ eines James Brown oder dem „*Electric Boogie*“ eines Michael Jackson. Feste Regeln gibt es nicht. Breakdance ist Teil des Hip-Hops, jener Dreifaltigkeit aus Rapmusik, Graffiti-Kunst und eben Breakdance. Es waren die Schwarzen der New Yorker Ghettos, die den Hip-Hop Anfang der achtziger Jahre entwickelten, und es waren Gruppen wie die „*Rock Steady Crew*“, die den Breakdance auch bei den Jugendlichen in Europa populär machten. Anders als in den USA besitzt der Hip-Hop hierzulande jedoch keine Tradition; hier ist er nicht fest in der schwarzen Musik- und Kulturgeschichte verankert. „*Wir schaffen uns unsere Kultur selber*“, betont Mehmet, dessen Eltern kurz nach seiner Geburt von der türkischen Stadt Samsun nach Letter in den Norden Hannovers zogen. Hip-Hop in Deutschland bedeutet für ihn:

Gegen Rechts. Gegen Gewalt. Gegen Drogen. Das bedeutet für ihn aber auch: Keine Unterschiede und keine Nationalitäten. „*Das einzige, was beim Tanzen zählt, ist die Leistung*“ versichert er. „*Bei uns kann jeder mitmachen, der unseren Weg verfolgt.*“ Lediglich die Kontaktaufnahme ist zur Zeit nicht ganz einfach. Mehmet's Telefon ist seit einigen Tagen gesperrt. Wer die Crew sprechen will, kommt am besten hier ins Jugendzentrum an der Peiner Straße.

Die hannoversche Breaker-Szene liegt inzwischen fest in türkischer, kurdischer und griechischer Hand. Nur etwa einer von zehn Breakern ist Deutscher. Mehmet führt das auf mangelnden Ehrgeiz zurück. „*Einige, die mit Breakdance begonnen haben, sind mittlerweile in die Techno-Szene abgewandert*“, erzählt er ohne die geringste Spur von Überheblichkeit. Und was bedeutet Deutsch-Sein für ihn? „*Deutsch*“, sagt er und hält einen Moment inne, „*Deutsch ist zwar meine Muttersprache, aber nicht meine Kultur.*“ An Weggehen denkt er allerdings nicht, denn „*Verdienst und Lebensstandard sind noch ganz gut hier.*“ Eine Lehre als Kfz-Mechaniker hat er abgebrochen. „*Das war nicht mein Ding.*“ Jetzt will er erst einmal Geld verdienen. Auf Spenden ist er anderweitig angewiesen. 35.000 Mark kostet das geplante Hip-Hop-Konzert für Kinder in Not, das er zusammen mit dem Jugendzentrum im Herbst dieses Jahres plant. Der Erlös kommt der UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, zugute.

Eine Woche später. Noch sechs Tage bis zur Battle. Der Countdown läuft. Mehmet, der Kopf der Crew, hat die Trainingsregie übernommen. Lautstark kommentiert er Arzu's Leistungen bei der Gruppenshow, dem Showteil, bei dem alle gemeinsam tanzen. Wiederholt schleichen sich kleine Fehler ein, das Training stockt. Mehmet wird wütend, Arzu auch. Geredet wird in Deutsch. In Türkisch wird gestritten. Zornig rauscht die 17-Jährige aus dem Raum.

Turgay's headspin dagegen wird zusehends besser. Aus dem Kopfstand heraus beschleunigt er seinen in die Höhe gestreckten Körper. Immer schneller rotieren eineinhalb Meter Mensch um die eigene Achse, dann zieht Turgay die Arme ein. Geschafft, die Pirouette steht Kopf. Für einige Sekunden hält er durch. Dann kippt er nach vorn. Anerkennend klopf ihm sein großer Bruder auf die Schulter. *Aus ihm kann mal ein Großer werden*“, lobt Mehmet den 15-Jährigen, der seit seinem vierten Lebensjahr tanzt. Turgay strahlt wie bei Kinderschokolade. Manchmal hat der schwächliche Schüler Angst, nicht mehr zu wachsen.

Freitag Nachmittag. Noch sechs Stunden bis zur Battle. O.C.P. startet ihre Generalprobe. Auch Bayram und Mohammed sind jetzt da. Die beiden 17-Jährigen, der eine mit türkischem der andere mit marrokanischem Pass, sind Anfang des Jahres zur Crew zugestoßen. Sie leben in Dortmund und sind nur bei gemeinsamen Auftritten dabei. Kennen gelernt haben sie O.C.P. bei einem der vielen Jams, die das ganze Jahr hindurch stattfinden. Wie auf einer Messe werden hier Erfahrungen getauscht. Kontakte geknüpft und Utensilien verkauft. Und natürlich wird getanzt. Noch am vergangenen Wochenende waren die sechs zusammen in Mannheim.

Zum ersten Mal probt O.C.P. ihre Show in voller Länge. Sieben Minuten lang erzählen sie die Geschichte vom schicksalhaften Leben und Sterben der Breaker. Die Story beginnt schrill: Sirenen heulen, Schüsse fallen, Turgay und Bayram sinken zu Boden. Die Sanitäter Mehmet und Mohammed sind sofort zur Stelle und räumen die Toten zur Seite. Um den Rest kümmern sich zwei türkische Putzfrauen – Arzu und Chantal. In schwarzen Kleidern und Kopftüchern fegen sie mit ihren Besen noch einmal über die Bühne. Zum Schluss fassen sie sich mit schmerzverzerrtem Gesicht ins Kreuz. Es

dauert einige Versuche, bis sie es schaffen, an dieser Stelle nicht mehr über sich selber zu lachen. Nein, eine konkrete Aussage habe die Szene nicht, erklärt Arzu. Aber viele Putzfrauen seien nun mal Türkinnen. *„Außerdem wüsste ich nicht, wie ich mich als Deutsche bewegen sollte.“* Arzu und Chantal sind die Aushängeschilder von O.C.P. Sie bevorzugen weniger die kraftvollen powermoves, sondern legen Wert auf elegante Figuren und eine exakte Synchronisation. Sie wissen genau, dass allein ihre Anwesenheit Pluspunkte in der Publikumsgunst bringt. Beweisen sie doch, dass Breakerinnen – auch B-Girls genannt – mehr als nur Alibifrauen in der ansonsten männerdominierten B-Boy-Szene darstellen können. Und nicht nur das. *„Es gibt Jungs, die können noch nicht einmal halb so viel wie wir“*, behaupten sie stolz. Und: *„Wir sind unnormal, weil wir machen, was andere nicht machen.“*

Ihre Eltern hätten einige Zeit gebraucht, bis sie sich damit abgefunden hätten, dass sie breake, erzählt Arzu. Vor allem über die zahlreichen Wochenendtouren der Crew seien sie nicht gerade begeistert gewesen. *„Ich bin Türkin, lebe aber nicht als Türkin“*, unterstreicht sie. *„Ich fühle mich hier zu Hause, meine Heimat ist aber nirgendwo.“* In der Türkei sei sie immer die Deutsche, und in Deutschland immer die Türkin. Die Deutschen würden sie doch direkt an ihren braunen Augen und ihren dunklen Haaren erkennen. Erfolg in Schule und Beruf sind ihr wichtig. Einmal in den USA oder Australien studieren, ja, das würde sie gerne. Englisch mag sie besonders, manchmal schreibe sie auch Gedichte in dieser Sprache. *„Trotzdem“*, so bekennt sie, *„möchte ich in Deutschland bleiben, wegen der Freunde.“*

Eine ihrer besten Freundinnen ist Chantal, die seit einem Jahr bei O.C.P. mitmacht. Für die 16-jährige Spanierin ein wichtiger Schritt. Nicht nur, weil Breakdance eine ständige Party sei. *„Der Hip-Hop hat mich von alten Freunden weggebracht“*, sagt sie nachdenklich. *„Viele von denen sind heute auf Drogen.“* Gut finde sie aber, dass auf Hip-Hop-Veranstaltungen kaum Leute mit Bierflaschen herumlaufen. Ein Schatten an ihrer Seite beendet das Thema – Otto ist da. Küsschen links, Küsschen rechts, Chantal verschwindet vorübergehend in den Armen ihres Freundes.

Pavillon, 21 Uhr 32. *„Ladies and Gentlemen. And now – the O.C.P.“* Die Stimme vom Band krächzt ein wenig. Als zwölfte Crew tritt O.C.P. zur Battle an. Einheitlich in grauem Sweater und weißer Trainingshose bestreiten sie ihr Heimspiel. Sogar die Lightshow funktioniert. Begeistertes Johlen und Pfeifen im jugendlichen Publikum. Stehende Ovationen. Gratulationskur hinter der Bühne. *„Die Jury kann uns geben, was sie will“*, verkündet Mehmet überschwänglich. *„Wir können mit uns zufrieden sein, und damit haben wir schon gewonnen.“*

0 Uhr 35. *„Platz fünf – the O.C.P.“* Mehmet sackt in sich zusammen. Aus der Traum vom großen Finale. Nein – Gewinner sehen anders aus. *„Schade“*, sagt jemand aus dem Publikum. *„Denen hätte ich mehr gegönnt. Die haben echt 'ne geile Show geboten.“*

Aussiedler in Osnabrück

Die Eingliederung von 2.000 Aussiedlern überfordern Belm und die Belmer – Ein sozialer Brennpunkt ist entstanden

von Wilfried Hinrichs

Immer mehr geraten in den Sog eines Teufelskreises

Tatkraft und Lähmung, Aufbruch und Einbruch: Zu den Hintergründen und Gefahren einer unkontrollierbaren Entwicklung

In Russland waren sie „die Deutschen“, in Deutschland sind sie „die Russen“. Dabei wollten sie nur Deutsche unter Deutschen sein. In Belm sind sie weitgehend unter sich: Über 20.000 Aussiedler leben auf engstem Raum in den früheren britischen Armeewohnungen. Zwischen der Frankfurter Straße und dem Heideweg ist ein sozialer Brennpunkt entstanden.

Der Hintergrund: Die britischen Truppen ziehen sich nach der Wiedervereinigung aus Deutschland zurück. Binnen weniger Monate werden ab Mitte 1993 über 500 Wohnungen in Belm frei. Eine buntgemischte Mietergruppe, so wünschen es sie die Gemeindeväter, soll die Hochhauswohnungen beleben. Studenten, junge Familien, ältere Menschen, Arbeiter, Angestellte, Akademiker – sie alle sollen kommen.

Es kam anders. Die Vermietung der 500 Wohnungen war nicht steuerbar, da sie im Besitz fast ebenso vieler Investoren sind. Die Gemeinde schaltete die Neue Heimat ein, die mit den Vermietern die Vergabe der Wohnungen koordinieren sollte. Doch von den etwa 350 einzeln angeschriebenen Vermietern, so Gemeindedirektor Horst Schröder, hätten viele gar nicht geantwortet, andere hätten verärgert an die Hausverwalter verwiesen und sich die Einmischung verboten. Die hohen Mieten schreckten überdies viele Interessenten ab. Übrig blieben jene, denen auf dem Wohnungsmarkt keine große Wahl bleibt: die Menschen aus Osteuropa.

Etwa ein Viertel aller in Niedersachsen ankommenden Aussiedler ziehen in den Landkreis Osnabrück, die meisten davon nach Belm. Familien, die seit langem dort wohnen, holen Verwandte und Freunde nach. Die Familien verschließen mit ihren Kindern, manchmal zehn und mehr, und ein paar Habseligkeiten ihr Zuhause in Kasachstan, Sibirien oder an der Wolga, weil das Leben dort unerträglich wurde – und weil sie in Deutschland, im Land ihrer Väter, mit Mut und Tatkraft in ein besseres Leben starten wollen.

Die Lage: Fehlende Sprachkenntnisse erschweren die Eingliederung erheblich. Nur die Alten sprechen einen deutschen Dialekt. Die Kleinsten finden im Kindergarten rasch Freunde und lernen schnell die Sprache, die Schüler pauken Deutsch in Förderklassen. Den Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter bleibt dagegen nur ein halbjähriger Sprachkursus, der nach Angaben der Eingliederungsbeauftragten des DRK, Ursula Suchotzki, bei weitem nicht ausreicht, um den Menschen das wichtigste Integrationsfeld zu erschließen: die Arbeit. Ein Viertel der in Belm arbeitslos Gemeldeten sind Aussiedler. Anfang 1994 wurden die Kurse von neun auf sechs Monate verkürzt, um Geld zu sparen. Klaus Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung an der Universität Osnabrück, befürchtet, dass diese Ersparnis der Gesellschaft noch teuer zu stehen kommen.

Die Gefahren: Bade und sein Kollege Hans-Joachim Wenzel, Professor für Sozialgeographie, beobachtet die Situation in Belm mit Sorge. Die neue Generation der Aussiedler sei „sehr familienorientiert“ und daher immobil, sagen sie. Es beginne sich ein Teufelskreis zu drehen: keine Deutschkenntnisse – keine Arbeit – keine Chance auf eine Wohnung außerhalb des Belmer Ballungsraumes – keine

Außenkontakte – keine Spracheinübung: das Getto ist da. Menschen, die in diesem Viertel wohnen, seien für lange Zeit gebrandmarkt. Die Folgen sind in allen Trabantenstädten zu beobachten: Alkohol, Drogen, Kriminalität, Gewalt, Verwahrlosung. Noch ist die Situation in Belm nach Einschätzung aller Experten, Betreuer und Betroffenen nicht eskaliert, doch die Gefahr besteht.

Vor allem junge Leute, die in Russland die Schule abgeschlossen haben und hier einen Ausbildungsplatz suchen müssen, sind gefährdet. Die Auswanderung trennte sie – meist gegen ihren Willen – von ihren Freunden. In einer kritischen Phase der Persönlichkeitsentwicklung müssen sie sich auch noch in einer neuen Welt zurechtfinden. Da suchen manche Zuflucht im Drogenrausch – auch mit Heroin.

„Ich habe in Russland nie so viele schwache Menschen gesehen“, sagt Josef (29). Die er gesehen hat, sind hier schwach geworden. Ihnen zu helfen, bemühen sich bereits zahlreiche Belmer Bürger, Behörden, Gruppen und Sozialarbeiter. Ein „Runder Tisch zur Integration“ wird im März auf Initiative der Gemeinde gebildet. Dennoch: Die Anstrengungen reichen noch nicht aus.

Die Hoffnung, endlich zu Hause zu sein Schwerer Start für Familie Deisling

Urgroßmutter Arda Sommer (84) schaut irritiert auf das Gekritzel des fremden Gastes. Ob der Name ihres Enkels Vitalik richtig geschrieben ist? Sie schüttelt den Kopf. Als sie, sechsjährig, in die Dorfschule von Michailowka im Altai-Gebiet gehen sollte, brach die russische Revolution aus: Lesen und schreiben hat sie nie gelernt.

Sprachlich hat sie ihrer Familie dennoch etwas voraus, denn sie lernte noch von ihren Eltern die deutsche Sprache. Ihr Dialekt vermischt Deutsch mit russischen Brocken und ist fremd für unsere Ohren.

Aber Arda Sommer weiß sich auszudrücken: „Gut, dass alle zusammen sind“, sagt sie, breitet die Arme über alle Köpfe in der Küche aus und schließt sie vor der Brust. Neun Erwachsene und Igor, der vierjährige Urenkel, haben sich nach und nach in dem winzigen Raum versammelt.

Arda Sommer büßte wie fast alle Deutschstämmigen in der früheren UDSSR für die Taten der Deutschen während beider Weltkriege. Sie blieb unversehrt, das war wichtiger als lesen und schreiben zu lernen. Noch bis in unsere Tage blieben die Deutschstämmigen, als „Faschisten“ verschrien, Vertriebene im eigenen Land. Kein Wunder, dass Arda Sommer der Reichtum des Westens weniger reizte als die Hoffnung, als Deutsche unter Deutschen endlich zu Hause zu sein.

Die 84-Jährige ist die allseits verehrte Matrone der Deisling-Familie. Hannes Deisling, „Tochtermann“ von Arda Sommer, ist mit Schwiegermutter, Frau, zwei erwachsenen Kindern, Schwiegersohn und Enkel Igor (4) vor vier Wochen nach Belm gekommen, wo Bruder Peter schon länger mit seiner neunköpfigen Familie lebt. Die Deislings verkörpern die neue Generation der Aussiedler, wie sie die Migrationswissenschaftler der Universität Osnabrück beschreiben: familienorientiert, landwirtschaftlich geprägt, hochmotiviert, aber überfordert, sich ohne fremde Hilfe in die Gesellschaft einzugliedern.

Wenn die Erwachsenen am Tage zum Sprachkursus sind, sitzen Arda und Urenkel Igor allein in der Wohnung im dritten Stock. Die Zimmer sind spärlich ausgestattet. Igors Eltern, Marina und Waldemar, schlafen auf dem Boden, weil es noch an Betten fehlt. Die Möbel, gespendet von Belmer Bürgern, hat ihnen Vera Zimmer besorgt, die Frauenbeauftragte und Mutter aller Aussiedler. Zu ihr haben sie Vertrauen. Auch jetzt sitzt sie am Tisch in der kleinen Küche und vermittelt.

Sieben Menschen, vier Generationen teilen sich die 78-Quadratmeter-Wohnung an der Stettiner Straße – für 1.260 DM kalt, das sind mehr als 16 DM pro Quadratmeter. Ein stolzer Preis.

Einige Hochhäuser weiter wohnt Peter Deisling. Sein Leben lang hat der 54-Jährige in der Landwirtschaft gearbeitet und würde dort gern wieder mit anpacken. Nach dem Sprachkurs, so erzählt er, fuhr er mit dem Rad über Land, dorthin, „*wo die Trecker fahren*“, und fragte nach Arbeit. Kaum hatte ihm ein Bauer einen Job versprochen, wurde er krank und musste operiert werden. Jetzt sitzt er wieder tatenlos in der Wohnung an der Stettiner Straße, kerngesund und voller Energie: „*Ich kann arbeiten, kräftig*“.

Das Thema Arbeit beherrscht das Küchengespräch. Arbeit bedeutet Unabhängigkeit und die Chance, die Eingliederung schnell zu schaffen. Josef (29), ein Sohn Peter Deislings, könnte es geschafft haben: In diesen Tagen soll er eine Stelle bei einem Belmer Unternehmen antreten.

Kaum ist Josef da, steht er in der Mitte der Küche, und alle anderen suchen seine Dolmetscherdienste. Er spricht laut und gestenreich. Josef könnte eine Führungspersönlichkeit sein, wie sie sich etwa der Leiter des Arbeitskreises Ausländersicherheit der Polizei, Karl-Heinz Heuer, wünscht. Die Wortführer unter den Aussiedlern sollen Ansprechpartner und Vermittler sein und helfen, die Integrationsprobleme mit den Betroffenen anzugehen.

Josef beklagt vehement, dass das Bild der Aussiedler in Belm von wenigen, „*die Scheiße machen*“, geprägt werden. „*Schwache Menschen*“ gebe es überall, auch unter Einheimischen.

Josef hat versucht, mit gleichaltrigen Belmern Kontakt zu knüpfen. In der Kneipe sei er auf junge Leute zugegangen, habe gesagt, lasst uns ein Bier trinken. „*Die haben gesagt, Du bist ein Russe.*“ Das war's.

Sicherheit in der Clique Jugendtreff kann nicht alles leisten

Kinder finden in der Schule eine Rundumbetreuung, Jugendlichen steht der Jugendtreff an der Frankfurter Straße offen. Nur Heranwachsende ab 18 stehen auf der Straße.

Sie sind überfordert, nach nur einem halbjährigen Sprachkursus einen Ausbildungsplatz zu finden. Ohne Lebensperspektive driften sie leicht in den Alkohol- und Drogenkonsum, verschaffen sich durch Kleinkriminalität, was ihnen an sozialer Anerkennung fehlt.

Silke Groop, hauptamtliche Sozialarbeiterin im Jugendtreff, hält den Drogenkonsum für „*kein aussiedlerspezifisches Problem*“. Dennoch müsse mehr getan werden, um jungen Russlanddeutschen einen anderen Lebensweg zu zeigen. „*Die kennen ihre Möglichkeiten oft gar nicht*“, sagt sie. Die Möglichkeiten zu zeigen, darum bemüht sich der Jugendsozialarbeiter Wolfgang Lammert, der auf ABM-Basis für zunächst ein Jahr in Belm tätig ist. Er hilft den verunsicherten Jugendlichen, sich in der Vielfalt der Berufe zurechtzufinden.

Sicherheit suchen die 13- bis 18-Jährigen vor allem in ihrer Clique. Ein typisches Verhalten in diesem Alter, das jedoch durch die Sprachbarriere ein entscheidendes Integrationshindernis wird: Die Jungen und Mädchen sprechen untereinander nur Russisch. Doch die Kontaktaufnahme mit gleichaltrigen Belmer Jugendlichen ist dadurch fast ausgeschlossen. So ist es auch Silke Groops „*Fernziel*“, durch lockere Begegnungen Einheimische und Zuwanderer zu mischen.

Schneisen im Ämterdschangel Beratungsstelle ist sehr gefragt

In der Stettiner Straße 15 findet der Papierkrieg statt. Wer amtliche Schreiben nicht entziffern kann, kommt zu Roswitha Gottwald und Karl Beischmid.

Ein Plakat im provisorischen Wartezimmer warnt vor Alkohol am Steuer, auf Matratzen türmen sich Berge von Legosteine. Heute, am Freitag, kommen nur vereinzelt Aussiedler mit der Bitte um Hilfe. Montags und dienstags, sagt Roswitha Gottwald, „*ist hier das Haus voll*“.

Es sind die kleinen Tücken des Alltags, die die Menschen in die Beratungsstelle führen. Ein Mann im Rentenalter weiß mit einem Brief nichts anzufangen. „*Wir haben Ihr Schreiben zuständigkeithalber an die unten angegebene Stelle weitergeleitet*“, liest Karl Beischmid laut aus dem Brief vor und erklärt den Sinn. Wie soll ein Neubürger solches Verwaltungsdeutsch verstehen?

Fast immer können die beiden helfen. „*Seit wir hier sind, haben sie keine Angst mehr, weil sie wissen, dass sie mit allen Sachen zu uns kommen können*“, sagt Karl Beischmid. Eine ihrer Aufgaben ist es, Männer und Frauen über das Projekt „*Arbeit statt Sozialhilfe*“ des Landkreises in eine Beschäftigung zu vermitteln. In „*drei oder vier Ordner*“ hat Frau Gottwald die „*positiven Fälle*“ abgelegt.

Die Beratungsstelle ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, die bis zum 01. März befristet ist. Die Gemeinde hat beim Arbeitsamt eine Verlängerung beantragt, und Sozialamtsleiter Karl Diekmann ist zuversichtlich, dass es weitergeht. Alles andere wäre für die Ratsuchenden ein Unglück.